BE VIETNAM WISE · GESCHÄFTE IN VIETNAM

Der Leitfaden für ausländische und vietnamesische Investoren

Kapitel 9 von 11

Schiedsverfahren und Streitbeilegung

Eine Streitigkeit wird lange vor ihrem Entstehen gewonnen oder verloren: in der Gerichtsstands- bzw. Schiedsklausel, im anwendbaren Recht, in der Vertretungsmacht des Unterzeichners, in den bestellten Sicherheiten und in der Stellung des Investors nach den Investitionsschutzabkommen. Dieses Kapitel erläutert, wie Handelsstreitigkeiten in Vietnam mit Stand 10. Oktober 2026 beigelegt werden, nach einem Jahr, in dem die Gerichte, das Vollstreckungssystem und die maßgebliche Schiedsordnung neu gestaltet wurden, und wie sich ein ausländischer Investor auf jeden dieser Wege vorbereiten sollte.

Überprüft am 26. November 2026. Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam.
Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung. Sätze, Schwellenwerte und Verfahren ändern sich: Lassen Sie alles Wichtige vor einer Entscheidung von der zuständigen Behörde oder einem zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in Vietnam zugelassenen Rechtsanwalt bestätigen. Die deutsche Ausgabe ist aus der englischen Ausgabe übersetzt; maßgeblich ist allein der vietnamesische Wortlaut der Gesetze.
Online lesen, mit Aktualisierungen, Links und Lawbot: https://bewiseapps.com/geschaefte-in-vietnam/schiedsverfahren-und-streitbeilegung/
© Be Wise Apps

Inhalt

9	Kapitelüberblick
9.1	Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums
9.2	Handelsschiedsverfahren und VIAC
9.3	Ausländische Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen
9.4	Vietnamesische Gerichte und Prozessführung
9.5	Mediation und Verhandlung
9.6	Vollstreckung von Urteilen und Vollstreckung von Zivilurteilen
9.7	Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen
9.8	Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren

Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung. Sätze, Schwellenwerte und Verfahren ändern sich: Lassen Sie alles Wichtige vor einer Entscheidung von der zuständigen Behörde oder einem zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in Vietnam zugelassenen Rechtsanwalt bestätigen. Die deutsche Ausgabe ist aus der englischen Ausgabe übersetzt; maßgeblich ist allein der vietnamesische Wortlaut der Gesetze.

KAPITEL 9 VON 11

Schiedsverfahren und Streitbeilegung

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

AUF EINEN BLICK

Maßgebliche Rechtsvorschriften

- Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren, mit Dekret Nr. 63/2011/ND-CP in der geänderten Fassung und Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP
- Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15 (ab 1. Juli 2025)
- Gesetz Nr. 81/2025/QH15 zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der Volksgerichte (ab 1. Juli 2025)
- Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen (ab 1. Juli 2026)
- Gesetz Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen, Artikel 13; Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg über internationale Investitionsstreitigkeiten
- Dekret Nr. 22/2017/ND-CP über die Handelsmediation, geändert durch Dekret Nr. 112/2025/ND-CP; Gesetz Nr. 58/2020/QH14 über Mediation und Dialog bei Gericht
- Gesetz Nr. 150/2025/QH15 über das Fachgericht am Internationalen Finanzzentrum (ab 1. Januar 2026); Dekret Nr. 328/2025/ND-CP

Ihre Ansprechpartner

- Volksgerichte: seit 1. Juli 2025 das Oberste Volksgericht, 34 Provinzgerichte und 355 regionale Gerichte; die Wirtschaftskammern von Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt entscheiden über Anträge auf Aufhebung von Schiedssprüchen
- Justizministerium: Zulassung von Schiedsinstitutionen, Rechtshilfe, das System der Vollstreckung von Zivilurteilen über seine Abteilung für die Verwaltung der Zivilurteilsvollstreckung sowie Beratung in Investor-Staat-Streitigkeiten
- Behörden für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinzen und ihre 355 regionalen Abteilungen sowie ab 1. Juli 2026 zugelassene private Vollstreckungsbüros
- Vietnam International Arbitration Centre (VIAC) und sein Vietnam Mediation Centre (VMC), angegliedert an die Industrie- und Handelskammer Vietnams; die Justizbehörden der Provinzen für Handelsmediationszentren

Wichtige Zahlen

New Yorker Übereinkommen für Vietnam in Kraft	**Seit 11. Dezember 1995**
Frist für den Antrag auf Aufhebung eines vietnamesischen Schiedsspruchs	**30 Tage ab Zugang**

Was sich 2025–2026 geändert hat

- Gesetz Nr. 81/2025/QH15 und Gesetz Nr. 85/2025/QH15 haben zum 1. Juli 2025 die Bezirksgerichte und die Hohen Gerichte abgeschafft; die regionalen Gerichte verhandeln nun in erster Instanz Handelssachen und Anträge auf Anerkennung ausländischer Schiedssprüche, und die

Frist für den Antrag auf Anerkennung eines ausländischen Schiedsspruchs oder Urteils	**3 Jahre**
Gerichtsaufbau seit 1. Juli 2025	**1 oberstes, 34 Provinz- und 355 regionale Gerichte**
Vorbereitungsfrist für eine Handelssache	**2 Monate (+1 Monat)**
Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil	**15 Tage**
Frist für den Vollstreckungsantrag	**5 Jahre**
Geltende bilaterale Investitionsschutzabkommen	**45**

Aufhebungsverfahren sind in Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt konzentriert.

- Die VIAC-Schiedsordnung 2026 gilt für ab dem 1. Juli 2026 eingeleitete Schiedsverfahren und sieht Einbeziehung Dritter, Verfahrensverbindung, ein erweitertes beschleunigtes Verfahren und die Offenlegung von Prozessfinanzierung durch Dritte vor.
- Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen hat am 1. Juli 2026 das Gesetz von 2008 abgelöst und private Vollstreckungsbüros sowie eine nationale Vollstreckungsdatenbank eingeführt.
- Gesetz Nr. 150/2025/QH15 hat ab 1. Januar 2026 ein englischsprachiges Fachgericht für das Internationale Finanzzentrum Vietnam geschaffen, und Dekret Nr. 328/2025/ND-CP regelt das internationale Schiedszentrum des Finanzzentrums.
- Dekret Nr. 112/2025/ND-CP hat die Zulassung von Handelsmediationszentren vom Justizministerium auf die Provinzen übertragen.

Für wen dieses Kapitel gilt. Gerichte, Schiedsrecht, Mediation und Vollstreckung gelten für alle Unternehmen gleichermaßen. Unterschiedlich ist die Wahlfreiheit: Nach Artikel 13 des Investitionsgesetzes kann ein ausländischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % Streitigkeiten mit anderen Investoren vor ein ausländisches oder internationales Schiedsgericht bringen, mit einer staatlichen Stelle ein internationales Schiedsverfahren vereinbaren oder sich auf ein Investitionsschutzabkommen berufen; vietnamesische Investoren und Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von höchstens 50 % sind auf vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte beschränkt.

Wie Streitigkeiten in Vietnam beigelegt werden

Handelsstreitigkeiten werden in Vietnam durch Verhandlung, Mediation, Schiedsverfahren oder vor Gericht beigelegt. Artikel 13 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen legt für Investitionsstreitigkeiten die Reihenfolge fest, zuerst Verhandlung und Mediation, danach Schiedsverfahren oder Gericht, und die Streitbeilegungsklausel im Vertrag entscheidet, welcher der beiden letzten Wege gilt, denn eine wirksame Schiedsvereinbarung entzieht die Streitigkeit nach dem Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren der staatlichen Gerichtsbarkeit. Das Forum

wird daher bei Vertragsunterzeichnung gewählt. Die wichtigste Regel für einen ausländischen Investor ist die Grenzziehung in Artikel 13 Abs. 3: Ist mindestens eine Partei ein ausländischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 %, können Streitigkeiten zwischen Investoren vor ein ausländisches oder internationales Schiedsgericht gebracht werden; andernfalls bleiben sie in Vietnam. Wie zwischen den Wegen zu wählen ist, welche Grenzen für die Wahl ausländischen Rechts gelten, welche Rolle der Schiedsort spielt und welche Punkte jede Streitbeilegungsklausel regeln muss, erläutert Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums.

Die Vollstreckbarkeit entscheidet die meisten Wahlfragen. Ein vietnamesischer Schiedsspruch wird unmittelbar vollstreckt, sobald die 30-tägige Frist für die Aufhebung abgelaufen ist; ein ausländischer Schiedsspruch ist nach dem New Yorker Übereinkommen nach Anerkennung durch ein vietnamesisches Gericht vollstreckbar; ein ausländisches Gerichtsurteil wird nur auf Grundlage eines Rechtshilfeabkommens oder der Gegenseitigkeit anerkannt, und Vietnam hat kein solches Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder Singapur. Deshalb wählen ausländische Investoren, die mit vietnamesischen Vertragspartnern kontrahieren, ein Schiedsverfahren, entweder beim VIAC oder im Ausland, und nur selten ausländische Gerichte.

Schiedsverfahren im In- und Ausland

Schiedsverfahren mit Schiedsort in Vietnam unterliegen dem Gesetz über Handelsschiedsverfahren, ergänzt durch die Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP des Obersten Volksgerichts. Eine Schiedsvereinbarung bedarf der Schriftform und ist in den sechs Fällen des Artikels 18 nichtig, von denen die fehlende Vertretungsmacht des Unterzeichners am häufigsten geltend gemacht wird. Das Vietnam International Arbitration Centre (VIAC) ist die führende Institution, und seine neue Schiedsordnung gilt für ab dem 1. Juli 2026 eingeleitete Schiedsverfahren; sie führt die Einbeziehung Dritter, die Verfahrensverbindung, Ansprüche aus mehreren Verträgen, vom Schiedsgericht bestellte Sachverständige, die Offenlegung von Prozessfinanzierung durch Dritte und ein erweitertes beschleunigtes Verfahren ein. Das vietnamesische Recht kennt keinen Eilschiedsrichter; dringender Rechtsschutz vor Konstituierung des Schiedsgerichts kommt daher vom staatlichen Gericht. Eine Partei kann innerhalb von 30 Tagen nach Zugang die Aufhebung eines vietnamesischen Schiedsspruchs aus abschließend aufgezählten Gründen beantragen; seit 1. Juli 2025 gehen diese Anträge an die Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt, deren Entscheidung endgültig ist. Siehe Handelsschiedsverfahren und VIAC.

Ein Schiedsverfahren im Ausland beim SIAC, beim HKIAC oder bei der ICC bietet Neutralität und Vollstreckbarkeit in mehr als 170 Vertragsstaaten des Übereinkommens, um den Preis eines Anerkennungsverfahrens in Vietnam. Der Antrag ist innerhalb von drei Jahren nach Wirksamwerden des Schiedsspruchs zu stellen, wird seit Juli 2025 von einem regionalen Gericht verhandelt, mit Rechtsmittel zum Provinzgericht, und die Anerkennung kann aus Gründen nach dem Muster des Übereinkommens versagt werden, einschließlich eines Verstoßes gegen die Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts, den die Gerichte zuweilen weit ausgelegt haben. Der Nachweis der Vertretungsmacht des vietnamesischen Unterzeichners und der ordnungsgemäßen Benachrichtigung über das Schiedsverfahren sind die kostengünstigsten Schutzmaßnahmen. Siehe Ausländische Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen.

Gerichte und Mediation

Die Gerichte wurden am 1. Juli 2025 durch Gesetz Nr. 81/2025/QH15 neu geordnet: in das Oberste Volksgericht, 34 Provinzgerichte und 355 regionale Gerichte. Die regionalen Gerichte verhandeln Handelsstreitigkeiten in erster Instanz, auch solche mit Auslandsbezug, mit Berufung zum Provinzgericht und, darüber, Kassation auf Protest. Die Zivilprozessordnung räumt dem Gericht zwei Monate zur Vorbereitung einer Handelssache ein, verlängerbar um einen Monat, doch streitige Verfahren dauern in erster Instanz häufig ein Jahr oder länger. Vorläufige Maßnahmen wie das Einfrieren von Konten und die Beschlagnahme von Vermögenswerten sind gegen Sicherheitsleistung innerhalb von 48 Stunden erhältlich, wenn sie mit der Klage beantragt werden. Die Gerichtsgebühren richten sich nach der Staffel in der Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14, und nur vietnamesische Rechtsanwälte dürfen vor Gericht auftreten. Siehe Vietnamesische Gerichte und Prozessführung.

Die meisten Streitigkeiten enden mit einem Vergleich. Handelsmediation nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP, geändert durch Dekret Nr. 112/2025/ND-CP, wird von registrierten Mediatoren und Zentren angeboten, darunter das Vietnam Mediation Centre beim VIAC; eine erfolgreiche außergerichtliche Mediation kann innerhalb von sechs Monaten von einem Gericht anerkannt und dann wie ein Urteil vollstreckt werden, und die Gerichte bieten nach Gesetz Nr. 58/2020/QH14 eine vertrauliche vorprozessuale Mediation an. Vietnam ist nicht Vertragspartei des Übereinkommens von Singapur über Mediation, sodass internationale Vergleiche einen anderen Weg zur Vollstreckung benötigen. Das vietnamesische Recht kennt kein allgemeines Verwertungsverbot für Vergleichsgespräche (Without-Prejudice-Privileg), weshalb eine schriftliche Vertraulichkeitsvereinbarung unerlässlich ist. Siehe Mediation und Verhandlung.

Von der Entscheidung zum Geld

Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen hat am 1. Juli 2026 das Gesetz von 2008 abgelöst. Die Vollstreckung erfolgt durch die 34 Behörden für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinzen und ihre regionalen Abteilungen oder, nach dem neuen Gesetz, durch zugelassene private Vollstreckungsbüros, die auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags beauftragt werden. Der Gläubiger muss die Vollstreckung innerhalb von fünf Jahren beantragen, der Schuldner hat zehn Tage Zeit zur freiwilligen Erfüllung, und die Vollstreckungsbeamten können Banken, Register und Steuerbehörden zur Offenlegung von Vermögenswerten verpflichten. Die Anerkennung ausländischer Gerichtsurteile und der Rang eingetragener Sicherheiten nach dem Zivilgesetzbuch, dem Dekret Nr. 21/2021/ND-CP und dem Dekret Nr. 99/2022/ND-CP werden erläutert in Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung. In der Praxis sind zu Beginn bestellte Sicherheiten und eine Bankgarantie wichtiger als die Wahl des Forums.

Streitigkeiten mit dem Staat und die neuen Foren

Die Streitigkeit eines ausländischen Investors mit einer vietnamesischen Behörde gehört vor vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte, sofern nicht sein Vertrag mit der staatlichen Stelle oder ein Abkommen etwas anderes vorsieht. Für Vietnam sind 45 bilaterale Investitionsschutzabkommen in Kraft, und das CPTPP sowie das umfassende ASEAN-Investitionsabkommen (ASEAN Comprehensive Investment Agreement) sehen Investor-Staat-Schiedsverfahren vor; Vietnam ist nicht Mitglied des ICSID, sodass Ansprüche nach den UNCITRAL-Regeln oder anderen zulässigen Regeln verfolgt werden.

Das CPTPP verlangt Konsultationen, eine Wartefrist von sechs Monaten und eine Ankündigung mit 90 Tagen Vorlauf, und bei Ansprüchen gegen Vietnam schließt eine zuvor erhobene inländische Klage wegen derselben Maßnahme das Schiedsverfahren aus. Die Reaktion der Regierung wird nach der Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg koordiniert, und UNCTAD verzeichnet 13 bekannte Verfahren gegen Vietnam. Das Verfahren, PPP- und Erdölverträge sowie die Vollstreckung gegen den Staat behandelt Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen, aufbauend auf Investitionsgarantien und Abkommen.

Gesetz Nr. 150/2025/QH15 hat ab 1. Januar 2026 ein Fachgericht für das Internationale Finanzzentrum Vietnam geschaffen, das in Ho-Chi-Minh-Stadt sitzt, in englischer Sprache arbeitet, ausländischen Richtern und Rechtsanwälten offensteht und endgültig über Rechtsmittel entscheidet; seine Verfahrensregeln sollten bis Ende 2026 fertiggestellt werden. Dekret Nr. 328/2025/ND-CP regelt das internationale Schiedszentrum des Finanzzentrums. Arbeits-, Verwaltungs-, Steuer-, IP- und Wettbewerbsstreitigkeiten haben jeweils ihr eigenes Forum. Siehe Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren.

So nutzen Sie dieses Kapitel

Lesen Sie den ersten Abschnitt, bevor Sie einen bedeutenden Vertrag unterzeichnen, und die Abschnitte über Schiedsverfahren und ausländische Schiedssprüche, bevor Sie zwischen dem VIAC und einer ausländischen Institution wählen. Das Vertragsrecht selbst, einschließlich der Obergrenze von 8 % für Vertragsstrafen, der zweijährigen Verjährungsfrist und der Regeln zu Währung und Sprache, finden Sie unter Handelsverträge in Vietnam, Sicherheiten für Darlehen in Kapitel 6. Jeder Abschnitt schließt mit den zugehörigen FAQs, den amtlichen Quellen und einer Frage, die Sie Lawbot zu Ihrem eigenen Sachverhalt stellen können. Mehrere hier beschriebene Rechtsakte, darunter die Durchführungsdekrete zum Vollstreckungsgesetz, die Verfahrensregeln des VIFC-Gerichts und die Schwelle für das beschleunigte Verfahren des VIAC, wurden 2026 noch erlassen oder festgelegt; prüfen Sie den aktuellen Stand, bevor Sie sich darauf verlassen. Beauftragen Sie bei Entstehen einer Streitigkeit frühzeitig einen vietnamesischen Rechtsanwalt.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen, Artikel 13; Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren; Zivilgesetzbuch Nr. 91/2015/QH13, Artikel 663 bis 683 — https://vbpl.vn
- Vietnam International Arbitration Centre (Musterklausel und Schiedsordnung 2026) — https://www.viac.vn
- UNCITRAL: Ratifikationsstand des New Yorker Übereinkommens — https://uncitral.un.org/en/texts/arbitration/conventions/foreign_arbitral_awards/status2
- Justizministerium (Zulassung von Schiedszentren) — https://moj.gov.vn
- Oberstes Volksgericht: Präzedenzentscheidungen und Leitlinien — https://www.toaan.gov.vn
- Gerichtszeitschrift des Obersten Volksgerichts (Zuständigkeit nach der Neuorganisation 2025) — https://tapchitoaan.vn
- UNCITRAL: Status des Übereinkommens von Singapur über Mediation — https://uncitral.un.org/en/texts/mediation/conventions/international_settlement_agreements/status
- Nationales Unternehmensregisterportal (Beteiligungen des Schuldners und Unternehmensinformationen) — https://dangkykinhdoanh.gov.vn
- UNCTAD Investment Dispute Settlement Navigator: Fälle gegen Viet Nam — https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/country/229/viet-nam
- UNCTAD Investment Policy Hub: internationale Investitionsabkommen Vietnams — https://investmentpolicy.unctad.org/international-investment-agreements/countries/229/viet-nam
- Regierungsportal: Resolution Nr. 222/2025/QH15 und Dekret Nr. 328/2025/ND-CP über das internationale Schiedszentrum — https://chinhphu.vn

Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums: Verhandlung, Mediation, Schiedsverfahren und Gerichte, die Regeln des Artikels 13 zum Auslandsbezug, anwendbares Recht und Schiedsort, Vollstreckbarkeit sowie Wahl und Formulierung der Klausel

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Investitionsstreitigkeiten sind zunächst durch Verhandlung und Mediation und danach durch Schiedsverfahren oder vor Gericht beizulegen (Artikel 13, Gesetz Nr. 143/2025/QH15); in der Praxis entscheidet die Streitbeilegungsklausel im Vertrag, welches Forum zuständig ist.
- Ist mindestens ein Investor ein ausländischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 %, können die Parteien vietnamesische Gerichte, ein vietnamesisches Schiedsverfahren, ein ausländisches oder internationales Schiedsverfahren oder ein Ad-hoc-Schiedsverfahren wählen; rein inländische Streitigkeiten verbleiben bei vietnamesischen Schiedsgerichten oder Gerichten (Artikel 13 Abs. 3).
- Ein Vertrag mit Auslandsbezug kann nach Artikel 683 des Zivilgesetzbuchs (Gesetz Nr. 91/2015/QH13) ausländisches Recht wählen, vorbehaltlich der zwingenden Vorschriften und der Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts; im Schiedsverfahren wird eine Streitigkeit ohne Auslandsbezug nach vietnamesischem Recht entschieden (Artikel 14, Gesetz Nr. 54/2010/QH12).
- Ausländische Schiedssprüche sind in Vietnam nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckbar, das für Vietnam seit 11. Dezember 1995 in Kraft ist; ausländische Gerichtsurteile werden nur auf Grundlage eines Abkommens oder der Gegenseitigkeit anerkannt (Artikel 423, Zivilprozessordnung, Gesetz Nr. 92/2015/QH13).
- Seit 1. Juli 2025 besteht die Gerichtsbarkeit aus dem Obersten Volksgericht, 34 Provinzgerichten und 355 regionalen Gerichten (Gesetz Nr. 81/2025/QH15); erstinstanzliche Handelssachen verhandeln die regionalen Gerichte.

Vier Wege, eine Entscheidung bei Vertragsunterzeichnung

Eine Handelsstreitigkeit wird in Vietnam auf einem von vier Wegen beigelegt: durch Verhandlung zwischen den Parteien, durch Mediation mit einem neutralen Dritten, durch Schiedsverfahren oder durch einen Rechtsstreit vor den Volksgerichten. Artikel 13 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen legt für Streitigkeiten im Zusammenhang mit Geschäftsinvestitionen die Reihenfolge fest: zuerst Verhandlung und Mediation, dann Schiedsverfahren oder Gericht (FAQ 71). Bei gewöhnlichen Handelsverträgen ist diese Reihenfolge eher eine programmatische Aussage als eine

verfahrensrechtliche Sperre; sie wird jedoch zu einer echten Voraussetzung, wenn der Vertrag oder ein Investitionsschutzabkommen Verhandlung oder Mediation zur Bedingung für die Einleitung eines Verfahrens macht, und ein Schiedsgericht kann die Fortführung ablehnen oder das Verfahren aussetzen, wenn dieser Schritt übersprungen wurde.

Schiedsverfahren und Rechtsstreit schließen einander aus. Eine wirksame Schiedsvereinbarung entzieht die Streitigkeit der staatlichen Gerichtsbarkeit: Nach Artikel 6 des Gesetzes Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren muss ein mit einer Streitigkeit befasstes Gericht, die unter eine wirksame Schiedsvereinbarung fällt, seine Zuständigkeit verneinen, sofern die Vereinbarung nicht nichtig oder undurchführbar ist. Umgekehrt bleibt bei einem Vertrag ohne Schiedsklausel oder mit einer mangelhaften Klausel das nach der Zivilprozessordnung zuständige Gericht zuständig. Das Forum wird daher bei Vertragsunterzeichnung festgelegt, nicht erst bei Entstehen der Streitigkeit. Nach Entstehen einer Streitigkeit können die Parteien zwar noch ein Schiedsverfahren vereinbaren, doch eine Partei, die damit rechnet, Beklagte zu sein, stimmt selten zu.

Dieses Kapitel behandelt jeden Weg der Reihe nach: Schiedsverfahren in Vietnam in Handelsschiedsverfahren und VIAC, ausländische Schiedsverfahren und die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Ausländische Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen, die Gerichte in Vietnamesische Gerichte und Prozessführung, die Mediation in Mediation und Verhandlung und die Vollstreckungsphase in Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung. Dieser Abschnitt erläutert, wie zwischen ihnen zu wählen ist.

Artikel 13: Wer ins Ausland ausweichen darf

Artikel 13 des Investitionsgesetzes zieht die Grenze, die jede Forumswahl bestimmt. Bei **Streitigkeiten zwischen Investoren**, bei denen mindestens eine Partei ein ausländischer Investor oder eine Wirtschaftsorganisation mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % im Sinne von Artikel 20 ist, können die Parteien ein vietnamesisches Gericht, ein vietnamesisches Schiedsverfahren, ein ausländisches Schiedsverfahren, ein internationales Schiedsverfahren oder ein Ad-hoc-Schiedsverfahren wählen (Artikel 13 Abs. 3). Streitigkeiten zwischen inländischen Investoren sowie zwischen Unternehmen, deren ausländische Beteiligung die Schwelle von 50 % nicht überschreitet, müssen vor vietnamesische Schiedsgerichte oder vietnamesische Gerichte gebracht werden (FAQ 72). Eine vietnamesische Joint-Venture-Gesellschaft mit 49 % ausländischer Beteiligung ist für diesen Zweck daher ein inländischer Investor, und ihre Verträge mit vietnamesischen Lieferanten können Streitigkeiten nicht wirksam dem SIAC oder der ICC zuweisen, während dies einer Gesellschaft mit 51 % ausländischer Beteiligung möglich ist.

Bei **Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer staatlichen Behörde** gehört die Streitigkeit eines ausländischen Investors vor vietnamesische Schiedsgerichte oder vietnamesische Gerichte, sofern nicht der Vertrag mit der staatlichen Stelle oder ein Abkommen, dem Vietnam angehört, etwas anderes vorsieht; die Streitigkeit eines inländischen Investors mit dem Staat gehört vor vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte (FAQ 77). Die Garantien, das Netz der Abkommen und Artikel 13 selbst werden in Investitionsgarantien und Abkommen erläutert; Ansprüche gegen den Staat behandelt Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen.

Artikel 13 steht neben dem Gesetz über Handelsschiedsverfahren, das Schiedsverfahren für Streitigkeiten aus Handelstätigkeiten zulässt, für Streitigkeiten, bei denen mindestens eine Partei Handelstätigkeiten ausübt, sowie für sonstige Streitigkeiten, deren schiedsgerichtliche Entscheidung das Gesetz erlaubt (Artikel 2). Keines der beiden Gesetze verbietet, eine Streitigkeit mit Auslandsbezug in Vietnam schiedsgerichtlich zu entscheiden: Ein ausländischer Investor kann das VIAC ebenso wählen wie das SIAC. Die Frage ist, was die Parteien mit der jeweiligen Wahl gewinnen oder verlieren.

Anwendbares Recht: ausländisches Recht und seine Grenzen

Anwendbares Recht und Forum sind getrennte Wahlentscheidungen. Hat ein Vertrag Auslandsbezug, was nach Artikel 663 des Zivilgesetzbuchs eine ausländische Partei, die Begründung, Durchführung oder Beendigung des Rechtsverhältnisses im Ausland oder einen im Ausland belegenen Gegenstand des Rechtsverhältnisses bedeutet, können die Parteien das anwendbare Recht nach Artikel 683 wählen. Die Wahl unterliegt drei Grenzen. Erstens wird ausländisches Recht nicht angewandt, wenn seine Folgen den Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts widersprächen (Artikel 670). Zweitens gelten zwingende Vorschriften unabhängig von der Rechtswahl: Verträge über Immobilien in Vietnam unterliegen vietnamesischem Recht, und Arbeits- und Verbraucherverträge können der schwächeren Partei den vietnamesischen Schutz nicht entziehen. Drittens unterliegt ein Vertrag zwischen zwei vietnamesischen Gesellschaften ohne Auslandsbezug vietnamesischem Recht, und ein Schiedsgericht mit Schiedsort in Vietnam muss eine Streitigkeit ohne Auslandsbezug nach vietnamesischem Recht entscheiden (Artikel 14 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren).

Ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ist eine vietnamesische juristische Person. Sein Vertrag mit einer anderen vietnamesischen Gesellschaft ist allein deshalb kein Vertrag mit Auslandsbezug im Sinne des Zivilgesetzbuchs, auch wenn Artikel 13 des Investitionsgesetzes ihm die Wahl eines ausländischen Schiedsverfahrens erlaubt. Viele Praktiker empfehlen daher, einen inländischen Vertrag unter Beteiligung einer mehrheitlich in ausländischem Eigentum stehenden Gesellschaft auch dann vietnamesischem Recht zu unterstellen, wenn ein ausländisches Schiedsverfahren gewählt wird, um dem Einwand vorzubeugen, die Wahl ausländischen Rechts sei unwirksam. Gilt ausländisches Recht, muss sein Inhalt nachgewiesen werden, und ein damit nicht vertrautes vietnamesisches Gericht oder Schiedsgericht stützt sich auf Sachverständigengutachten. Die nach vietnamesischem Recht geltenden Vertragsregeln, einschließlich der Obergrenze von 8 % für Vertragsstrafen und der zweijährigen Verjährungsfrist, werden in Handelsverträge in Vietnam erläutert.

Schiedsort, Institution und Sprache

Der **Schiedsort** ist die rechtliche Heimat eines Schiedsverfahrens. Er bestimmt, welche Gerichte das Schiedsverfahren unterstützen und den Schiedsspruch aufheben dürfen und ob der Schiedsspruch für Vollstreckungszwecke als vietnamesisch oder ausländisch gilt. Ein in Singapur nach der SIAC-Schiedsordnung ergangener Schiedsspruch ist ein ausländischer Schiedsspruch, der von einem vietnamesischen Gericht anerkannt werden muss, bevor er in Vietnam vollstreckt werden kann; ein vom VIAC mit Schiedsort Hanoi erlassener Schiedsspruch ist ein vietnamesischer Schiedsspruch, der ohne Anerkennung unmittelbar vollstreckt, aber innerhalb von 30 Tagen vor den vietnamesischen Gerichten angefochten werden kann. Ein von einer ausländischen Institution mit Schiedsort in Vietnam erlassener

Schiedsspruch fällt in eine unklare Kategorie, weil Artikel 3 Abs. 11 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren und die Zivilprozessordnung ausländische Schiedssprüche nicht übereinstimmend definieren; die meisten Berater meiden diese Kombination.

Die **Institution** verwaltet das Verfahren nach ihrer Schiedsordnung. Das VIAC, das Vietnam International Arbitration Centre, ist die führende vietnamesische Institution, und seine Schiedsordnung 2026 gilt für ab dem 1. Juli 2026 eingeleitete Schiedsverfahren (FAQ 73). Für Schiedsverfahren im Ausland sind das SIAC in Singapur, das HKIAC in Hongkong und die ICC die üblichen Optionen. Ein Ad-hoc-Schiedsverfahren nach den UNCITRAL-Regeln ist zulässig, legt jedoch die Last der Bestellungen und der Verfahrensverwaltung auf die Parteien.

Die **Sprache** eines Schiedsverfahrens in Vietnam ist Vietnamesisch, es sei denn, die Streitigkeit hat Auslandsbezug oder eine Partei ist ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; in diesem Fall können die Parteien eine andere Sprache vereinbaren, und mangels Vereinbarung entscheidet das Schiedsgericht (Artikel 10 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren). Gerichtsverfahren werden stets auf Vietnamesisch geführt, und jedes fremdsprachige Dokument muss übersetzt werden.

Die Vollstreckbarkeit entscheidet die meisten Fälle

Das beste Forum ist dasjenige, dessen Entscheidung gegen das Vermögen der Partei vollstreckt werden kann, die am wahrscheinlichsten unterliegt. Liegt das gesamte Vermögen des vietnamesischen Vertragspartners in Vietnam, endet jeder Weg bei einer vietnamesischen Vollstreckungsbehörde, und die Frage lautet, welche Entscheidung diese Behörde am verlässlichsten erreicht. Ein **vietnamesischer Schiedsspruch** wird unmittelbar vollstreckt, sobald die 30-tägige Frist für die Aufhebung abgelaufen ist. Ein **ausländischer Schiedsspruch** ist nach dem New Yorker Übereinkommen, das für Vietnam seit 11. Dezember 1995 in Kraft ist, nach Anerkennung durch ein vietnamesisches Gericht vollstreckbar; die Anerkennung kann aus Gründen nach dem Muster des Übereinkommens versagt werden, einschließlich eines Verstoßes gegen die Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts, den die Gerichte mitunter weit ausgelegt haben (FAQ 74). Ein **ausländisches Gerichtsurteil** wird nur anerkannt, wenn Vietnam mit dem Urteilsstaat ein Rechtshilfeabkommen geschlossen hat, oder auf Grundlage der Gegenseitigkeit, und mit dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder Singapur besteht kein solches Abkommen (FAQ 75). Ein **vietnamesisches Urteil** wird unmittelbar vollstreckt, doch bis es nach Ausschöpfung von Berufung und Kassation vorliegt, können Jahre vergehen.

Diese Unterschiede erklären die herrschende Praxis. Ausländische Investoren, die mit vietnamesischen Vertragspartnern kontrahieren, wählen in der Regel ein Schiedsverfahren, entweder beim VIAC oder bei einer ausländischen Institution, und vermeiden Gerichtsstandsklauseln zugunsten ausländischer Gerichte, die Urteile hervorbringen, die Vietnam grundsätzlich nicht vollstreckt. Hat der Vertragspartner Vermögen im Ausland, eröffnet ein ausländischer Schiedsort die Vollstreckung in mehr als 170 Vertragsstaaten des New Yorker Übereinkommens sowie in Vietnam.

ENTSCHEIDUNGSHILFE

Wahl des Forums für einen Vertrag mit einem vietnamesischen Vertragspartner

Eine Prüfreihenfolge für die Streitbeilegungsklausel. Sie setzt voraus, dass der Vertrag ein Handelsvertrag und schiedsfähig ist; Streitigkeiten mit staatlichen Stellen, Arbeitnehmern und Verbrauchern unterliegen besonderen Regeln, die an anderer Stelle in diesem Kapitel behandelt werden.

Q1 **Ist mindestens eine Partei ein ausländischer Investor oder eine vietnamesische Gesellschaft mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % im Sinne von Artikel 20 des Investitionsgesetzes?**

Ja Weiter zu Frage 2.

Nein Artikel 13 beschränkt die Streitigkeit auf vietnamesische Schiedsgerichte oder vietnamesische Gerichte. Wählen Sie das VIAC oder ein anderes vietnamesisches Zentrum oder das zuständige Volksgericht, mit vietnamesischem Recht als anwendbarem Recht.

Q2 **Befindet sich das wesentliche Vermögen des Vertragspartners ausschließlich in Vietnam?**

Ja Weiter zu Frage 3.

Nein Ein ausländischer Schiedsort (SIAC, HKIAC oder ICC) ermöglicht die Vollstreckung dort, wo sich das Vermögen befindet, sowie die Anerkennung in Vietnam nach dem New Yorker Übereinkommen.

Q3 **Ist der Vertragswert hoch genug, um die Kosten eines ausländischen Schiedsverfahrens und eines gesonderten Anerkennungsverfahrens in Vietnam zu rechtfertigen?**

Ja Erwägen Sie einen ausländischen Schiedsort mit einer neutralen Institution und ausländischem anwendbarem Recht, sofern der Vertrag Auslandsbezug hat, unter Inkaufnahme des Anerkennungsrisikos in Vietnam.

Nein Ein VIAC-Schiedsverfahren mit Schiedsort in Vietnam passt in der Regel besser: geringere Kosten, verfügbare vietnamesischsprachige Schiedsrichter und unmittelbare Vollstreckung ohne Anerkennung.

Q4 **Betrifft der Vertrag Grundstücke, eine staatliche Stelle, Arbeitnehmer oder Verbraucher?**

Ja Prüfen Sie zuerst die Sonderregeln: Immobilienverträge unterliegen vietnamesischem Recht, Arbeitsstreitigkeiten gehen in die Arbeitsmediation, vor ein Arbeitsschiedsgericht oder vor Gericht, Verbraucher können sich nach Artikel 17 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren für das Gericht entscheiden, und Verträge mit dem Staat folgen dem gesonderten Investor-Staat-Teil von Artikel 13.

Nein Formulieren Sie die Klausel anhand der nachstehenden Checkliste und der Musterklausel der Institution.

Musterklauseln und gestufte Klausel

Die Musterklausel des VIAC verweist jede Streitigkeit, die sich aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit ihm ergibt, an ein Schiedsverfahren beim VIAC nach dessen Schiedsordnung, und das VIAC empfiehlt, die Zahl der Schiedsrichter, den Schiedsort, das anwendbare Recht und die Sprache zu ergänzen, insbesondere wenn eine ausländische Partei oder ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung beteiligt ist (FAQ 73). SIAC, HKIAC und ICC veröffentlichen vergleichbare Klauseln. Den Text der Institution ohne Umformulierung zu verwenden, ist der wirksamste Einzelschutz dagegen, dass eine Klausel für mangelhaft befunden wird; die meisten Klauseln, die in Vietnam scheitern, scheitern, weil sie eine nicht existierende Institution oder zwei Institutionen benennen oder die Wahl zwischen Schiedsverfahren und Gericht offenlassen.

Eine **gestufte Klausel** sieht Verhandlungen für einen festen Zeitraum vor, danach Mediation und danach ein Schiedsverfahren. Sie eignet sich für langfristige Geschäftsbeziehungen und spiegelt die Reihenfolge des Artikels 13 wider, doch jede Stufe muss einen klaren Auslöser und ein Enddatum haben, damit eine Partei nach Fristablauf das Schiedsverfahren einleiten kann, ohne darüber zu streiten, ob die vorherige Stufe abgeschlossen wurde. Einstweiliger Rechtsschutz durch ein Gericht oder Schiedsgericht sollte ausdrücklich von der Wartefrist ausgenommen werden, und die Klausel sollte festhalten, dass die für Verhandlungen aufgewandte Zeit die zweijährige Verjährungsfrist für Handelsansprüche nach Artikel 319 des Handelsgesetzes nicht verlängert, die weiterläuft, sofern sie nicht unterbrochen wird.

Was jede Streitbeilegungsklausel regeln muss

Punkte, die vor Unterzeichnung eines Vertrags mit einem vietnamesischen Vertragspartner zu entscheiden und festzuhalten sind.

- [ ] **Forum**
  Schiedsverfahren oder Gericht, niemals beides als Alternativen. Bei einem Schiedsverfahren eine namentlich benannte Institution oder ausdrücklich ad hoc.

- [ ] **Institution und Schiedsordnung**
  Die genaue Bezeichnung, zum Beispiel das Vietnam International Arbitration Centre (VIAC) nach seiner Schiedsordnung, oder SIAC, HKIAC bzw. ICC; verwenden Sie die Musterklausel.
- [ ] **Schiedsort**
  Eine Stadt, zum Beispiel Hanoi, Ho-Chi-Minh-Stadt oder Singapur. Der Schiedsort bestimmt das Aufsichtsgericht und ob der Schiedsspruch vietnamesisch oder ausländisch ist.
- [ ] **Zahl der Schiedsrichter**
  Einer bei kleineren Streitigkeiten; drei bei größeren oder komplexeren.
- [ ] **Sprache**
  Eine andere Sprache als Vietnamesisch ist nur bei Auslandsbezug oder Beteiligung eines Unternehmens mit ausländischer Beteiligung zulässig (Artikel 10 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren).
- [ ] **Anwendbares Recht**
  Ausländisches Recht nur bei Auslandsbezug; vietnamesisches Recht für Immobilien und für rein inländische Verträge.
- [ ] **Schritte vor dem Schiedsverfahren**
  Verhandlungs- und Mediationsfristen mit festen Enddaten; Ausnahme für dringenden einstweiligen Rechtsschutz.
- [ ] **Gebundene Parteien**
  Unterzeichnet von bevollmächtigten Vertretern jeder Partei, die gebunden sein soll; gesonderte Klauseln in zusammenhängenden Verträgen einheitlich formuliert, um eine Verfahrensverbindung zu ermöglichen.
- [ ] **Behörde**
  Vollmacht des gesetzlichen Vertreters für den Unterzeichner beigefügt; eine ohne Vertretungsmacht unterzeichnete Vereinbarung ist nach Artikel 18 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren nichtig.

Die vier Wege im Vergleich (Oktober 2026)

Transaktionsweg	Rechtsgrundlage	Durchsetzbarkeit in Vietnam	Typische Nutzung
Verhandlung	Gesetz Nr. 143/2025/QH15, Art. 13; der Vertrag	Eine Vergleichsvereinbarung ist ein Vertrag; durchsetzbar durch Klage oder, bei Mediation, durch gerichtliche Anerkennung	Erster Schritt bei jeder Streitigkeit; von gestuften Klauseln und Abkommen vorgeschrieben

Transaktionsweg	Rechtsgrundlage	Durchsetzbarkeit in Vietnam	Typische Nutzung
Handelsmediation	Dekret Nr. 22/2017/ND-CP in der geänderten Fassung; Zivilprozessordnung, Art. 416 bis 419	Eine erfolgreiche außergerichtliche Mediation kann gerichtlich anerkannt und dann wie ein Urteil vollstreckt werden	Langfristige Geschäftsbeziehungen; Streitigkeiten, bei denen beide Seiten einen raschen Vergleich wünschen
Vietnamesische Schiedsverfahren (VIAC und andere)	Gesetz Nr. 54/2010/QH12; Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP	Unmittelbar vollstreckbar nach Ablauf der 30-tägigen Aufhebungsfrist	Standardwahl für inländische und viele Verträge mit Auslandsbezug
Ausländische Schiedsverfahren (SIAC, HKIAC, ICC)	Art. 13 Abs. 3 Investitionsgesetz; New Yorker Übereinkommen; Zivilprozessordnung, Art. 451 bis 463	Nach Anerkennung durch ein regionales Gericht; Versagung aus Gründen des Übereinkommens möglich	Verträge mit Auslandsbezug, bei denen mindestens ein Investor ausländisch oder mehrheitlich in ausländischem Eigentum ist
Vietnamesische Gerichte	Zivilprozessordnung; Gesetz Nr. 81/2025/QH15 (Gerichtsaufbau)	Unmittelbar vollstreckbar nach Rechtskraft des Urteils	Inländische Streitigkeiten, geringfügige Forderungen, nicht schiedsfähige Angelegenheiten
Ausländische Gerichte	Zivilprozessordnung, Art. 423 bis 445	Nur auf Grundlage eines Rechtshilfeabkommens oder der Gegenseitigkeit	Gegenüber einem vietnamesischen Vertragspartner selten empfehlenswert

RECHENBEISPIEL

Forumswahl für einen Liefer- und Servicevertrag über Ausrüstung im Wert von 8 Mio. USD

Ein deutscher Hersteller liefert Produktionsanlagen an eine vietnamesische Aktiengesellschaft mit 30 % ausländischer Beteiligung; Installation und fünfjährige Wartung übernimmt die vietnamesische Tochtergesellschaft des Herstellers, die zu 100 % in ausländischem Eigentum steht. Zur Veranschaulichung; die Parteien lassen sich in jeder Rechtsordnung beraten.

Liefervertrag (deutscher Verkäufer, vietnamesischer Käufer)	Auslandsbezug gegeben (ausländische Partei, Waren aus dem Ausland). Artikel 13 Abs. 3 erlaubt ein ausländisches Schiedsverfahren, weil der Verkäufer ein ausländischer Investor ist.
Servicevertrag (vietnamesische Tochtergesellschaft, vietnamesischer Käufer)	Kein Auslandsbezug im Sinne des Zivilgesetzbuchs, doch die Tochtergesellschaft steht zu mehr als 50 % in ausländischem Eigentum, sodass ein ausländisches Schiedsverfahren nach Artikel 13 Abs. 3 zulässig ist. Vietnamesisches Recht gewählt, um jeden Streit über ausländisches Recht zu vermeiden.

Wo sich das Vermögen befindet	Das Vermögen des Käufers befindet sich vollständig in Vietnam: Fabrik, Forderungen und Bankkonten. Jeder Schiedsspruch muss in Vietnam vollstreckt werden.
Abgewogene Optionen	SIAC mit Schiedsort Singapur und englischem Recht für den Liefervertrag (neutral, doch ein Anerkennungsantrag in Vietnam kostet etwa vier bis acht Monate zusätzlich und birgt ein Versagungsrisiko); oder VIAC mit Schiedsort Ho-Chi-Minh-Stadt für beide Verträge (unmittelbare Vollstreckung, geringere Kosten).
Entscheidung	VIAC-Schiedsverfahren mit Schiedsort Ho-Chi-Minh-Stadt für beide Verträge, drei Schiedsrichter, Englisch als Verfahrenssprache für den Liefervertrag und Vietnamesisch mit englischer Übersetzung für den Servicevertrag, Verfahrensverbindung zulässig; vietnamesisches Recht für den Servicevertrag und englisches Recht für den Liefervertrag.
Gestufte Klausel	30 Tage Verhandlungen auf Ebene der Geschäftsleitung, danach 60 Tage Mediation beim Vietnam Mediation Centre, danach VIAC-Schiedsverfahren; dringender einstweiliger Rechtsschutz ausgenommen.
Sicherheit	Eine auf erstes Anfordern zahlbare Bankgarantie einer vietnamesischen Bank über 10 % des Preises, damit der Hauptschutz des Verkäufers von keinem Forum abhängt.

Hätte der Käufer Vermögen in Singapur oder Hongkong gehalten, wäre ein ausländischer Schiedsort attraktiver gewesen, weil der Schiedsspruch dort ohne vietnamesisches Anerkennungsverfahren hätte vollstreckt werden können.

Hätte die vietnamesische Tochtergesellschaft zu 49 % in ausländischem Eigentum gestanden, hätte der Servicevertrag nach Artikel 13 nicht wirksam das SIAC wählen können; nur vietnamesische Schiedsverfahren oder die Gerichte wären verfügbar gewesen.

Fragen von Investoren zur Wahl des Forums

Sollte ein ausländischer Investor ein Schiedsverfahren oder die vietnamesischen Gerichte wählen?

In der Regel ein Schiedsverfahren. Artikel 13 des Investitionsgesetzes erlaubt einem ausländischen Investor oder einem Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 %, ein vietnamesisches oder ausländisches Schiedsverfahren zu wählen; Schiedssprüche sind vertraulich und endgültig, und ausländische Schiedssprüche sind nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckbar. Gerichtsverfahren sind öffentlich, werden auf Vietnamesisch geführt und können sich über Berufung und Kassation hinziehen.

Kann eine vietnamesische Gesellschaft in 100 % ausländischem Eigentum mit einem vietnamesischen Lieferanten ein SIAC-Schiedsverfahren vereinbaren?

Ja. Artikel 13 Abs. 3 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 erlaubt, Streitigkeiten zwischen Investoren, von denen mindestens einer ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % ist, vor ein ausländisches oder internationales Schiedsgericht zu bringen. Für einen solchen Vertrag wird häufig vietnamesisches Recht gewählt, weil dem Vertrag selbst nach dem Zivilgesetzbuch der Auslandsbezug fehlen kann.

Ist ein ausländisches Gerichtsurteil in Vietnam vollstreckbar?

Nur wenn Vietnam mit dem Urteilsstaat ein Rechtshilfeabkommen geschlossen hat, oder auf Grundlage der Gegenseitigkeit, nach Artikel 423 der Zivilprozessordnung. Vietnam hat kein solches Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder Singapur, sodass Gerichtsstandsklauseln zugunsten ausländischer Gerichte gegenüber einem Vertragspartner mit Vermögen in Vietnam selten empfehlenswert sind.

Was geschieht, wenn die Schiedsklausel mangelhaft ist?

Ein vietnamesisches Gericht verneint seine Zuständigkeit nur, wenn die Schiedsvereinbarung wirksam und durchführbar ist. Ist sie nach Artikel 18 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren nichtig oder undurchführbar, etwa weil sie ein nicht existierendes Zentrum benennt, geht die Streitigkeit an das zuständige Gericht. Die Übernahme der Musterklausel der Institution vermeidet die meisten Mängel.

Schreibt Artikel 13 eine Mediation vor dem Schiedsverfahren vor?

Artikel 13 des Investitionsgesetzes bestimmt, dass Investitionsstreitigkeiten zunächst durch Verhandlung und Mediation und danach durch Schiedsverfahren oder Gericht beigelegt werden. Bei gewöhnlichen Handelsverträgen gilt dies als programmatische Reihenfolge, doch eine vertragliche gestufte Klausel oder ein Investitionsschutzabkommen kann die vorgelagerten Schritte zu einer verbindlichen Voraussetzung machen.

AUSBLICK AUF 2027

- Das Justizministerium hat eine Überarbeitung des Gesetzes Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren angekündigt; vorläufige Maßnahmen, beschleunigte Verfahren und die Definition ausländischer Schiedssprüche gehören zu den geprüften Punkten. Mit Stand Oktober 2026 war kein Gesetzentwurf verabschiedet, sodass für jetzt unterzeichnete Verträge vom geltenden Gesetz auszugehen ist.
- Das durch Gesetz Nr. 150/2025/QH15 geschaffene Fachgericht des Internationalen Finanzzentrums Vietnam wartet auf Verfahrensregeln des Obersten Volksgerichts; sobald es arbeitet, bietet es ein englischsprachiges gerichtliches Forum für Streitigkeiten unter Beteiligung eines Mitglieds des Finanzzentrums (Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren).
- Das Inkrafttreten des Investitionsschutzabkommens EU-Vietnam würde, sofern die Ratifizierungen abgeschlossen werden, die Optionen ändern, die EU-Investoren in Streitigkeiten mit dem Staat aus Abkommen zur Verfügung stehen.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Dispute resolution	*Giải quyết tranh chấp*	Oberbegriff für Verhandlung, Mediation, Schiedsverfahren und Rechtsstreit.
Negotiation	*Thương lượng*	Direkte Gespräche zwischen den Parteien, der erste Schritt nach Artikel 13.
Commercial mediation	*Hòa giải thương mại*	Mediation durch einen registrierten Mediator oder ein registriertes Zentrum nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP.
Commercial arbitration	*Trọng tài thương mại*	Schiedsverfahren nach Gesetz Nr. 54/2010/QH12.
Arbitration agreement	*Thỏa thuận trọng tài*	Die Klausel oder gesonderte Vereinbarung, die Streitigkeiten einem Schiedsverfahren zuweist.
Foreign element	*Yếu tố nước ngoài*	Eine ausländische Partei, ein ausländischer Erfüllungsort oder ein im Ausland belegener Gegenstand (Artikel 663, Zivilgesetzbuch).
Applicable law	*Pháp luật áp dụng*	Das auf den Vertrag anwendbare Recht, gewählt nach Artikel 683 des Zivilgesetzbuchs.
Seat of arbitration	*Địa điểm giải quyết tranh chấp bằng trọng tài*	Der rechtliche Ort des Schiedsverfahrens, der das Aufsichtsgericht bestimmt.
Fundamental principles of Vietnamese law	*Nguyên tắc cơ bản của pháp luật Việt Nam*	Der Ordre-public-Grund für die Ablehnung der Anwendung ausländischen Rechts oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Die entscheidende Grenze zieht Artikel 13 des Investitionsgesetzes. Ein ausländischer Investor oder eine vietnamesische Gesellschaft mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % kann für Streitigkeiten mit anderen Investoren ein ausländisches oder internationales Schiedsverfahren wählen; ein vietnamesischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von höchstens 50 % ist auf vietnamesische Schiedsgerichte oder die vietnamesischen Gerichte beschränkt, und ein rein inländischer Vertrag wird nach vietnamesischem Recht entschieden. Beide können das VIAC, die Mediation oder die Gerichte wählen, und beide vollstrecken über dieselben Behörden für die Vollstreckung von Zivilurteilen.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Eine Klausel, die die Wahl zwischen Schiedsverfahren und Gericht lässt oder zwei Institutionen benennt: Sie läuft Gefahr, für nichtig oder undurchführbar erklärt zu werden.
- Die Wahl eines ausländischen Schiedsverfahrens durch ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von höchstens 50 %: Artikel 13 lässt dies für Streitigkeiten mit inländischen Investoren nicht zu.
- Eine Gerichtsstandsklausel zugunsten ausländischer Gerichte gegenüber einem Vertragspartner mit Vermögen in Vietnam: Das Urteil wird in der Regel nicht anerkannt.
- Ausländisches anwendbares Recht in einem Vertrag ohne Auslandsbezug oder für Immobilien in Vietnam: Es gilt vietnamesisches Recht.
- Gestufte Klauseln ohne Enddaten, die zu dem Einwand einladen, das Schiedsverfahren sei zu früh eingeleitet worden.
- Die zweijährige Verjährungsfrist für Handelsansprüche während der Verhandlungen weiterlaufen zu lassen.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen, Artikel 13; Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren; Zivilgesetzbuch Nr. 91/2015/QH13, Artikel 663 bis 683 — https://vbpl.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15; Gesetz Nr. 81/2025/QH15 über die Organisation der Volksgerichte (geändert) — https://vbpl.vn
- Vietnam International Arbitration Centre (Musterklausel und Schiedsordnung 2026) — https://www.viac.vn
- UNCITRAL: Ratifikationsstand des New Yorker Übereinkommens — https://uncitral.un.org/en/texts/arbitration/conventions/foreign_arbitral_awards/status2

Handelsschiedsverfahren in Vietnam und VIAC: das Gesetz über Handelsschiedsverfahren und die Resolution 01/2014, Schiedsfähigkeit, wirksame und mangelhafte Schiedsvereinbarungen, die VIAC-Schiedsordnung 2026, vorläufige Maßnahmen, Kosten, Sprache und die Aufhebung von Schiedssprüchen vor den zuständigen Gerichten

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Schiedsverfahren mit Schiedsort in Vietnam unterliegen dem Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren, dem Dekret Nr. 63/2011/ND-CP in der geänderten Fassung und der Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP des Richterrats des Obersten Volksgerichts, die die Rolle der Gerichte erläutert.
- Eine Schiedsvereinbarung bedarf der Schriftform und ist in den sechs Fällen des Artikels 18 nichtig, darunter bei einer Streitigkeit außerhalb der schiedsfähigen Kategorien des Artikels 2 und bei einem Unterzeichner ohne Vertretungsmacht; ein Gericht muss seine Zuständigkeit für eine von einer wirksamen Vereinbarung erfasste Streitigkeit verneinen (Artikel 6).
- Die VIAC-Schiedsordnung 2026 gilt, sofern nichts anderes vereinbart ist, für ab dem 1. Juli 2026 eingeleitete Schiedsverfahren und führt die Einbeziehung Dritter, eine erweiterte Verfahrensverbindung, ein erweitertes beschleunigtes Verfahren, vom Schiedsgericht bestellte Sachverständige und die Offenlegung von Prozessfinanzierung durch Dritte ein.
- Schiedsgerichte können sechs Arten vorläufiger Maßnahmen anordnen, und vor Konstituierung des Schiedsgerichts kann eine Partei sich an das staatliche Gericht wenden (Artikel 48 bis 53); das vietnamesische Recht kennt kein Eilschiedsrichterverfahren.
- Ein Schiedsspruch ist ab Erlass endgültig; eine Partei kann innerhalb von 30 Tagen nach Zugang aus den Gründen des Artikels 68 seine Aufhebung beantragen, und seit 1. Juli 2025 gehen die Anträge an die Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt, deren Entscheidung endgültig ist (Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15).

Der rechtliche Rahmen

Schiedsverfahren mit Schiedsort in Vietnam unterliegen dem **Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren**, das seit 1. Januar 2011 in Kraft ist; es lehnt sich in vielerlei Hinsicht an das UNCITRAL-Modellgesetz an, weicht aber in mehreren Punkten davon ab. Konkretisiert wird es durch Dekret Nr. 63/2011/ND-CP, geändert durch Dekret Nr. 124/2018/ND-CP, das vor allem die Zulassung von Schiedsinstitutionen sowie von Zweigniederlassungen und Repräsentanzen ausländischer Schiedsinstitutionen regelt. Die **Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP** vom 20. März 2014 des Richterrats des Obersten Volksgerichts leitet die Gerichte bei der Anwendung des Gesetzes an: Sie erläutert, wann eine Schiedsvereinbarung nichtig oder undurchführbar ist, wie Gerichte Schiedsverfahren unterstützen und wie die Aufhebungsgründe, einschließlich der Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts, anzuwenden sind. Die Zivilprozessordnung (Gesetz Nr. 92/2015/QH13, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15) bestimmt die zuständigen Gerichte.

Das Gesetz erfasst institutionelle Schiedsverfahren, die von einem vom Justizministerium zugelassenen Schiedszentrum verwaltet werden, und Ad-hoc-Schiedsverfahren, die die Parteien selbst organisieren. Artikel 4 legt die Grundsätze fest: Das Schiedsgericht achtet die Vereinbarung der Parteien, soweit sie rechtmäßig ist, Schiedsrichter sind unabhängig und unparteiisch, die Parteien sind gleichberechtigt, das Verfahren ist nichtöffentlich, sofern nichts anderes vereinbart ist, und der Schiedsspruch ist endgültig. Artikel 13 des Investitionsgesetzes bestimmt, wann eine Streitigkeit mit Auslandsbezug stattdessen ins Ausland gehen kann (Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums).

Was schiedsfähig ist

Artikel 2 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren lässt drei Kategorien von Streitigkeiten zum Schiedsverfahren zu: Streitigkeiten zwischen Parteien aus Handelstätigkeiten; Streitigkeiten zwischen Parteien, von denen mindestens eine Handelstätigkeiten ausübt; und sonstige Streitigkeiten zwischen Parteien, für die das Gesetz die Beilegung durch Schiedsverfahren vorsieht. Die Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP legt den Begriff „Handelstätigkeiten“ unter Verweis auf das Handelsgesetz weit aus, sodass Warenkauf, Dienstleistungen, Vertrieb, Bau, Investitionen, Finanzierung, Versicherung, Transport und die Übertragung von Kapitalanteilen an Gesellschaften schiedsfähig sind, ebenso Streitigkeiten zwischen einem Unternehmen und einer natürlichen Person, sofern das Unternehmen geschäftlich handelte. Streitigkeiten zwischen Gesellschaftern oder Aktionären einer Gesellschaft sowie zwischen einem Gesellschafter und der Gesellschaft gelten grundsätzlich als schiedsfähig, wenn die Satzung oder eine Gesellschaftervereinbarung eine Schiedsklausel enthält.

Manche Angelegenheiten sind dem Schiedsverfahren gänzlich entzogen: Anfechtungen von Verwaltungsentscheidungen, die vor die Verwaltungsgerichte gehören; individuelle Arbeitsstreitigkeiten, die dem eigenen Weg des Arbeitsgesetzbuchs über Mediation und Arbeitsschiedsverfahren folgen (Innerbetriebliche Arbeitsordnung, Gewerkschaften und Streitigkeiten); Familien- und Personenstandssachen; Strafsachen; und Konkurs, der nach dem Gesetz Nr. 142/2025/QH15 über Sanierung und Konkurs den Gerichten vorbehalten ist. Bestand und Verletzung eingetragener Rechte des geistigen Eigentums werfen Fragen staatlicher Erteilung auf und werden in der Regel gerichtlich ausgetragen; eine Streitigkeit über Lizenzgebühren ist schiedsfähig. Ein Verbraucher, der durch eine formularmäßige Schiedsklausel eines Anbieters gebunden ist, kann bei Entstehen der Streitigkeit dennoch das Gericht wählen (Artikel 17).

Die Schiedsvereinbarung: Form und Wirksamkeit

Nach Artikel 16 kann eine Schiedsvereinbarung eine Klausel im Vertrag oder eine gesonderte Vereinbarung sein, vor oder nach Entstehen der Streitigkeit geschlossen werden, und sie bedarf der Schriftform. Als schriftlich gelten auch der Austausch per Telegramm, Fax, Telex, E-Mail und in anderen gesetzlich vorgesehenen Formen, die schriftliche Aufzeichnung einer mündlichen Vereinbarung, die schriftlich bestätigt wird, die Bezugnahme in einem Vertrag auf ein Dokument mit einer Schiedsklausel sowie der Austausch von Klageschrift und Klageerwiderung, in dem eine Partei die Vereinbarung behauptet und die andere sie nicht bestreitet. Die Klausel ist vom Hauptvertrag trennbar: Ihre Wirksamkeit wird durch Beendigung, Unwirksamkeit oder Undurchsetzbarkeit des Vertrags nicht berührt (Artikel 19), und sie überdauert eine Verschmelzung, Spaltung oder einen Wechsel der Parteien und bindet Rechtsnachfolger, sofern nichts anderes vereinbart ist (Artikel 5).

Artikel 18 nennt sechs Fälle, in denen eine Schiedsvereinbarung **nichtig** ist: Die Streitigkeit ist nach Artikel 2 nicht schiedsfähig; die Person, die die Vereinbarung geschlossen hat, hatte keine Vertretungsmacht; diese Person war nicht geschäftsfähig; die Form entspricht nicht Artikel 16; eine Partei wurde getäuscht, bedroht oder genötigt und beantragt, die Vereinbarung für nichtig zu erklären; und die Vereinbarung verstößt gegen ein gesetzliches Verbot. Der Grund der fehlenden Vertretungsmacht wird gegenüber ausländischen Investoren am häufigsten geltend gemacht: Ein Vertrag, den ein Leiter einer Zweigniederlassung oder ein stellvertretender Direktor ohne schriftliche Vollmacht des gesetzlichen Vertreters unterzeichnet, kann eine Schiedsklausel enthalten, die die Gesellschaft nicht bindet, wobei die Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP eine spätere Genehmigung oder Annahme des Vertrags als Heilung des Mangels behandelt.

Mangelhafte Klauseln und die Kompetenz-Kompetenz des Schiedsgerichts

Eine wirksame Klausel kann dennoch **undurchführbar** sein. Die Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP nennt Beispiele: Das benannte Schiedszentrum hat ohne Rechtsnachfolger aufgehört zu bestehen, und die Parteien können sich nicht auf ein anderes einigen; der benannte Ad-hoc-Schiedsrichter kann nicht tätig werden, und die Parteien können sich nicht auf einen Ersatz einigen; oder die Parteien haben die Verwaltung durch eine Institution, aber die Schiedsordnung einer anderen Institution gewählt, und die Institution wendet diese nicht an. Eine Klausel, die ein Schiedszentrum ungenau, aber erkennbar bezeichnet, wird grundsätzlich aufrechterhalten, und das Gesetz über Handelsschiedsverfahren (Artikel 43) lässt den Kläger das Zentrum wählen, wenn die Klausel ein Schiedsverfahren vorsieht, ohne ein Zentrum zu benennen, und die Parteien sich nicht einigen. Eine Klausel, die die Wahl zwischen Schiedsverfahren und Gericht lässt, ist eine häufige Streitquelle und sollte vermieden werden.

Das Schiedsgericht entscheidet zuerst über seine eigene Zuständigkeit. Nach Artikel 43 prüft es Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Schiedsvereinbarung, bevor es sich der Sache selbst zuwendet; eine Partei, die mit der Zuständigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts nicht einverstanden ist, kann innerhalb von fünf Arbeitstagen nach deren Zugang das zuständige Gericht um Überprüfung ersuchen, und die Entscheidung des Gerichts ist endgültig (Artikel 44). Das Schiedsverfahren kann währenddessen fortgesetzt werden. Seit 1. Juli 2025 ist für diese und andere unterstützende Aufgaben

ein örtlich bestimmtes regionales Volksgericht zuständig, während Aufhebungsverfahren und die Registrierung von Ad-hoc-Schiedssprüchen bei drei Gerichten auf Provinzebene konzentriert sind (FAQ 71).

Das VIAC und die VIAC-Schiedsordnung 2026

Das **Vietnam International Arbitration Centre** (VIAC), angegliedert an die Industrie- und Handelskammer Vietnams, mit Hauptsitz in Hanoi und einer Zweigniederlassung in Ho-Chi-Minh-Stadt, ist die führende Schiedsinstitution Vietnams und bearbeitet den größten Anteil der Fälle mit Auslandsbezug. Seine **Schiedsordnung 2026** ersetzt die Schiedsordnung von 2017 und gilt für Schiedsverfahren, die am oder nach dem 1. Juli 2026 eingeleitet werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren (FAQ 73). Fachkommentare nennen als wichtigste Änderungen: ein Verfahren zur Einbeziehung einer weiteren Partei, die prima facie durch die Schiedsvereinbarung gebunden ist, über die der VIAC-Präsident entscheidet (Artikel 18); die Verfahrensverbindung auf Antrag einer Partei, nicht mehr nur bei Einvernehmen, wenn die Ansprüche aus derselben Schiedsvereinbarung oder aus kompatiblen Vereinbarungen über dasselbe Rechtsverhältnis oder dieselbe Reihe von Transaktionen stammen (Artikel 17); ausdrückliche Regeln für Ansprüche aus mehreren Verträgen in einem einzigen Schiedsverfahren (Artikel 6); eine strengere Fallprüfung, die es dem VIAC erlaubt, einen Antrag zurückzuweisen, dessen Mängel nicht rechtzeitig behoben werden (Artikel 7); die Befugnis des Schiedsgerichts, eigene unabhängige Sachverständige zu bestellen (Artikel 27); eine Verfahrensmanagementkonferenz; die zwingende Offenlegung von Prozessfinanzierung durch Dritte (Artikel 16); und ein erweitertes beschleunigtes Verfahren.

Nach der Schiedsordnung 2017 setzte das beschleunigte Verfahren die Zustimmung aller Parteien voraus. Nach der Schiedsordnung 2026 steht es weiterhin bei Einvernehmen zur Verfügung und kann zudem auf einen vor Konstituierung des Schiedsgerichts gestellten Antrag hin angewandt werden, unter Berücksichtigung des Streitwerts und der Art des Falls, gemessen an einer vom VIAC veröffentlichten Wertgrenze; Kommentare deuten darauf hin, dass der Weg ohne Zustimmung für nach dem 1. Juli 2026 geschlossene Schiedsvereinbarungen gilt. Der Schiedsspruch in einem beschleunigten Verfahren ist innerhalb von zwei Monaten nach Benachrichtigung der Parteien über die Konstituierung des Schiedsgerichts zu erlassen (Anhang II). Die Musterklausel des VIAC und die Empfehlung, Schiedsort, Zahl der Schiedsrichter, anwendbares Recht und Sprache zu ergänzen, werden in Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums behandelt.

Daneben arbeiten weitere vom Justizministerium zugelassene Schiedszentren, vor allem in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt, von denen einige wachsende inländische Fallzahlen verzeichnen, doch das VIAC bleibt die Standardwahl ausländischer Investoren. Das Gesetz über Handelsschiedsverfahren erlaubt zudem ausländischen Schiedsinstitutionen, mit einer Zulassung des Justizministeriums Zweigniederlassungen und Repräsentanzen in Vietnam zu eröffnen.

Ablauf eines VIAC-Schiedsverfahrens

1. **Streitigkeit anzeigen und verhandeln**

   Zeigen Sie die Streitigkeit schriftlich an und durchlaufen Sie jeden vom Vertrag verlangten Verhandlungs- oder Mediationsschritt; notieren Sie die zweijährige Verjährungsfrist nach Artikel 319 des Handelsgesetzes, die für Schiedsverfahren ebenso gilt wie für Klagen vor Gericht (Artikel 33 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren).

2. **Schiedsantrag einreichen**

   Reichen Sie den Antrag mit der Schiedsvereinbarung, einer Zusammenfassung des Anspruchs, dem begehrten Rechtsschutz, dem vom Kläger benannten Schiedsrichter (sofern drei vereinbart sind) und der Registrierungsgebühr ein; das Schiedsverfahren beginnt, wenn beim VIAC ein ordnungsgemäßer Antrag eingeht.

3. **Klageerwiderung und Widerklage des Beklagten**

   Der Beklagte reicht seine Klageerwiderung in der Regel innerhalb von 30 Tagen nach Zugang des Antrags ein (Artikel 35 des Gesetzes, vorbehaltlich der Schiedsordnung) und benennt seinen Schiedsrichter; eine etwaige Widerklage wird mit der Erwiderung eingereicht.

4. **Schiedsgericht konstituieren**

   Jede Partei benennt einen Schiedsrichter, und die beiden wählen einen Vorsitzenden; erfolgt keine Benennung, bestellt der VIAC-Präsident. Schiedsrichter legen Umstände offen, die ihre Unabhängigkeit berühren, und können nach Artikel 42 abgelehnt werden.

5. **Verfahrensmanagement und Kostenvorschuss**

   Das Schiedsgericht hält bei Bedarf eine Verfahrensmanagementkonferenz ab und legt den Zeitplan fest; die Parteien zahlen den Kostenvorschuss, der nach der Gebührenordnung des VIAC auf Grundlage des Streitwerts berechnet wird.

6. **Schriftsätze, Beweise und mündliche Verhandlung**

   Schriftsätze, Dokumente, Zeugenaussagen und etwaige Sachverständigengutachten werden ausgetauscht; das Schiedsgericht kann das Gericht ersuchen, bei der Beweiserhebung zu helfen oder Zeugen zu laden (Artikel 46 und 47). Die Verhandlungen sind nichtöffentlich.

7. **Schiedsspruch**

   Der Schiedsspruch ergeht mit Mehrheit, ist zu begründen, sofern nichts anderes vereinbart ist, und wird innerhalb von 30 Tagen nach der letzten mündlichen Verhandlung erlassen (Artikel 61); er ist ab dem Tag seines Erlasses endgültig und bindend.

8. **Erfüllung, Aufhebung oder Vollstreckung**

   Jede Partei kann innerhalb von 30 Tagen nach Zugang die Aufhebung beantragen; zahlt die unterlegene Partei weder noch stellt sie einen Antrag, wendet sich die obsiegende Partei an die Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen (Artikel 66).

Vorläufige Maßnahmen

Artikel 49 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren erlaubt dem Schiedsgericht, auf Antrag einer Partei sechs Arten vorläufiger Maßnahmen anzuordnen: das Verbot, den Zustand der streitigen Vermögenswerte zu verändern; das Verbot oder Gebot, bestimmte Handlungen vorzunehmen, um eine Beeinträchtigung des Verfahrens zu verhindern; die Beschlagnahme der streitigen Vermögenswerte; die Anordnung der Erhaltung, Lagerung, des Verkaufs oder der Verwertung von Vermögenswerten; die Anordnung einer vorläufigen Geldzahlung zwischen den Parteien; und das Verbot der Übertragung von Eigentumsrechten an den streitigen Vermögenswerten. Das Schiedsgericht kann vom Antragsteller eine Sicherheitsleistung verlangen (Artikel 50). Eine Anordnung des Schiedsgerichts wird von der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen vollstreckt.

Vor Konstituierung des Schiedsgerichts oder für Maßnahmen, die das Schiedsgericht nicht gewähren kann, kann eine Partei nach Artikel 53 beim zuständigen Gericht einen Antrag stellen, das das Verfahren der Zivilprozessordnung für vorläufige Maßnahmen anwendet; ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz bei Gericht gilt nicht als Verzicht auf die Schiedsvereinbarung. Eine Partei darf dieselbe Maßnahme nicht zugleich bei Gericht und beim Schiedsgericht beantragen. Das vietnamesische Recht sieht keinen **Eilschiedsrichter** vor, und die veröffentlichten Kommentare zur VIAC-Schiedsordnung 2026 beschreiben keinen; eine Eilanordnung nach der SIAC-, HKIAC- oder ICC-Schiedsordnung ist kein Schiedsspruch, den ein vietnamesisches Gericht anerkennt. Dringender Rechtsschutz gegen Vermögen in Vietnam wird daher beim vietnamesischen Gericht beantragt, das binnen Tagen Konten einfrieren und Vermögenswerte beschlagnahmen kann (FAQ 79).

Sprache, Vertraulichkeit, Kosten und Dauer

Die Sprache ist Vietnamesisch, es sei denn, die Streitigkeit hat Auslandsbezug oder eine Partei ist ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; in diesem Fall vereinbaren die Parteien die Sprache, und mangels Vereinbarung entscheidet das Schiedsgericht (Artikel 10). Der Schiedsort wird von den Parteien vereinbart oder vom Schiedsgericht bestimmt, und Verhandlungen können an anderen Orten oder online stattfinden (Artikel 11). Verfahren und Schiedssprüche sind vertraulich, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, wobei ein Aufhebungsantrag oder ein Vollstreckungsschritt den Schiedsspruch in die öffentliche Gerichtsakte bringt.

Die Gebühren des VIAC ergeben sich aus seiner veröffentlichten Gebührenordnung und hängen vom Streitwert und der Zahl der Schiedsrichter ab; der Vorschuss wird vom Kläger gezahlt und bei Erfolg der Klage im Schiedsspruch erstattet, und das Schiedsgericht kann auch angemessene Rechtsverfolgungskosten zusprechen, wenn die Parteien dies vereinbaren oder die Schiedsordnung es erlaubt. Als typische Marktspanne liegen die Anwaltshonorare für einen mittelgroßen VIAC-Fall, den eine vietnamesische Kanzlei betreut, häufig zwischen 30.000 USD und 150.000 USD, und eine internationale Kanzlei berechnet ein Mehrfaches davon; dies sind keine Angebote. Ein inländischer Fall mittlerer Komplexität endet häufig innerhalb von etwa einem Jahr nach dem Antrag, ein beschleunigtes Verfahren schneller, und eine Mehrparteienstreitigkeit im Bau- oder Joint-Venture-Bereich kann zwei Jahre oder länger dauern.

Aufhebung eines Schiedsspruchs

Ein Schiedsspruch ist ab dem Tag seines Erlasses endgültig und bindend (Artikel 61). Eine Partei kann innerhalb von **30 Tagen** nach Zugang beim Gericht seine **Aufhebung** beantragen; durch höhere Gewalt verlorene Zeit wird nicht mitgerechnet (Artikel 69). Die Gründe sind abschließend (Artikel 68): Es lag keine Schiedsvereinbarung vor oder sie war nichtig; die Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder das Verfahren entsprach nicht der Vereinbarung der Parteien oder dem Gesetz; die Streitigkeit lag außerhalb der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, wobei dann nur der außerhalb der Zuständigkeit liegende Teil aufgehoben wird; die Beweise, auf die sich der Schiedsspruch stützte, waren gefälscht, oder ein Schiedsrichter hat von einer Partei Geld, Vermögenswerte oder einen anderen Vorteil erhalten, der die Objektivität des Schiedsspruchs beeinträchtigt; oder der Schiedsspruch widerspricht den Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts. Artikel 14 Abs. 2 der Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP erläutert den letzten Grund: Das Gericht muss das konkret verletzte Grundprinzip benennen und darlegen, dass der Schiedsspruch dagegen verstößt und dass der Verstoß die Interessen des Staates oder die berechtigten Rechte Dritter oder der Parteien beeinträchtigt; die bloße Ablehnung der tatsächlichen oder rechtlichen Feststellungen des Schiedsgerichts genügt nicht. Das Gericht prüft die Sache nicht erneut in der Sache.

Seit **1. Juli 2025** werden Aufhebungsanträge und die Registrierung von Ad-hoc-Schiedssprüchen von den **Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt** verhandelt, jeweils für eine festgelegte Gruppe von Provinzen: Hanoi für die nördlichen Provinzen einschließlich Hai Phong, Da Nang für die zentralen Provinzen einschließlich Hue, Khanh Hoa und Gia Lai, und Ho-Chi-Minh-Stadt für die südlichen Provinzen einschließlich Can Tho, Dong Nai und Tay Ninh (Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15; Resolution Nr. 81/2025/UBTVQH15). Das Gericht bestellt innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Annahme des Antrags einen Spruchkörper aus drei Richtern, der innerhalb von 30 Tagen nach seiner Bestellung die Verhandlung abhalten muss und die Verhandlung für bis zu 60 Tage aussetzen kann, damit das Schiedsgericht einen Verfahrensmangel heilen kann (Artikel 71). Die Entscheidung, den Schiedsspruch aufzuheben oder nicht aufzuheben, ist endgültig und unterliegt weder der Berufung noch dem Protest der Volksstaatsanwaltschaft. Wird der Schiedsspruch aufgehoben, können die Parteien erneut ein Schiedsverfahren vereinbaren, oder jede Partei kann vor Gericht klagen.

Schiedsverfahren mit Schiedsort in Vietnam: die Kennzahlen (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Schiedsfähige Streitigkeiten	Handelsstreitigkeiten; Streitigkeiten, bei denen eine Partei Handel treibt; sonstige gesetzlich zugelassene	Gesetz Nr. 54/2010/QH12, Art. 2
Nichtige Schiedsvereinbarung	Sechs Gründe, darunter fehlende Schiedsfähigkeit und fehlende Vertretungsmacht	Art. 18; Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP
Gerichtliche Überprüfung der Zuständigkeitsentscheidung	Antrag innerhalb von 5 Arbeitstagen nach der Entscheidung des Schiedsgerichts	Art. 44
Klageerwiderung	In der Regel 30 Tage ab Zugang des Antrags	Art. 35; VIAC-Schiedsordnung

Posten	Regel	Quelle
Schiedsspruch	Innerhalb von 30 Tagen nach der letzten mündlichen Verhandlung; ab Erlass endgültig	Art. 61
Schiedsspruch im beschleunigten VIAC-Verfahren	Innerhalb von 2 Monaten nach Benachrichtigung über die Konstituierung des Schiedsgerichts	VIAC-Schiedsordnung 2026, Anhang II
Registrierung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs	Freiwillig, innerhalb von 1 Jahr nach Erlass; vor der Vollstreckung erforderlich	Art. 62
Aufhebungsantrag	Innerhalb von 30 Tagen nach Zugang des Schiedsspruchs	Art. 69
Aufhebungsgericht	Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt	Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15
Aufhebungsverhandlung	Spruchkörper innerhalb von 7 Arbeitstagen nach Annahme; Verhandlung innerhalb von 30 Tagen; Aussetzung bis zu 60 Tage	Art. 71
Gerichtsgebühr für schiedsbezogene Anträge (einschließlich Aufhebung und Registrierung)	500.000 VND	Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14
Vollstreckung	Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen nach Ablauf der Aufhebungsfrist	Art. 66; Gesetz Nr. 106/2025/QH15

RECHENBEISPIEL

Eine Vertriebsstreitigkeit beim VIAC mit Aufhebungsantrag

Eine vietnamesische Konsumgütergesellschaft in japanischem Eigentum (100 % ausländische Beteiligung) kündigt einen fünfjährigen Exklusivvertriebsvertrag mit einem Vertriebshändler in Hanoi, der 40 Mrd. VND entgangenen Gewinn geltend macht. Der Vertrag sieht ein VIAC-Schiedsverfahren in Hanoi, drei Schiedsrichter, Englisch als Verfahrenssprache und vietnamesisches Recht vor. Daten und Zahlen zur Veranschaulichung.

Tag 0 (2. September 2026)	Der Vertriebshändler reicht seinen Schiedsantrag ein; die VIAC-Schiedsordnung 2026 gilt, weil das Schiedsverfahren nach dem 1. Juli 2026 eingeleitet wird.
Tag 30	Die Gesellschaft reicht ihre Klageerwiderung und eine Widerklage über 6 Mrd. VND wegen unbezahlter Rechnungen ein und benennt ihren Schiedsrichter; sie rügt, dass der Vertrag vom stellvertretenden Direktor des Vertriebshändlers ohne schriftliche Vollmacht unterzeichnet wurde.
Tag 75	Der Vorsitzende wird bestellt; die Verfahrensmanagementkonferenz legt einen Zeitplan und eine englischsprachige mündliche Verhandlung im 7. Monat fest.

Monat 3	Das Schiedsgericht bejaht seine Zuständigkeit: Der Vertriebshändler hat den Vertrag durch vierjährige Erfüllung genehmigt. Der Antrag des Vertriebshändlers auf gerichtliche Überprüfung innerhalb von fünf Arbeitstagen wird vom regionalen Gericht zurückgewiesen.
Monat 4	Die Gesellschaft beantragt beim regionalen Gericht nach Artikel 53, das Konto des Vertriebshändlers einzufrieren, auf dem Kundenzahlungen für die Waren der Gesellschaft eingehen; die Anordnung ergeht binnen Tagen gegen Sicherheitsleistung.
Monat 9	Schiedsspruch: Kündigung nach der Kündigungsklausel des Vertrags rechtmäßig; Anspruch des Vertriebshändlers abgewiesen; Widerklage über 6 Mrd. VND nebst Verzugszinsen stattgegeben; Kosten zugunsten der Gesellschaft.
Monat 10	Der Vertriebshändler beantragt bei der Wirtschaftskammer des Volksgerichts Hanoi die Aufhebung und macht einen Verstoß gegen die Grundprinzipien geltend, weil das Schiedsgericht den englischen Vertragstext angewandt habe.
Monat 11	Der Spruchkörper weist den Antrag zurück: Die Parteien haben Englisch gewählt, und die Ablehnung der Auslegung des Schiedsgerichts ist kein Grund nach Artikel 68. Die Entscheidung ist endgültig.
Monat 12	Die Gesellschaft stellt einen Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinz; die eingefrorenen Mittel werden auf den Schiedsspruch angerechnet.

Hätte die Gesellschaft das SIAC mit Schiedsort Singapur gewählt, hätte sie zunächst eine berufungsfähige Anerkennungsentscheidung eines vietnamesischen regionalen Gerichts benötigt, bevor die Vollstreckungsbehörde hätte tätig werden können.

Die Rechtsverfolgungskosten jeder Seite liegen in einem Fall dieser Art typischerweise innerhalb der oben genannten Marktspanne; die Erstattung hängt von der Kostenentscheidung des Schiedsgerichts ab.

Fragen von Investoren zu Schiedsverfahren in Vietnam

Wann gilt die VIAC-Schiedsordnung 2026?

Für Schiedsverfahren, die am oder nach dem 1. Juli 2026 eingeleitet werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren. Sie führt die Einbeziehung Dritter, die Verfahrensverbindung auf Antrag einer Partei, Ansprüche aus mehreren Verträgen, vom Schiedsgericht bestellte Sachverständige, die Offenlegung von Prozessfinanzierung durch Dritte und ein erweitertes beschleunigtes Verfahren ein, in dem der Schiedsspruch innerhalb von zwei Monaten nach Konstituierung des Schiedsgerichts zu erlassen ist.

Kann ein VIAC-Schiedsverfahren auf Englisch geführt werden?

Ja, wenn die Streitigkeit Auslandsbezug hat oder eine Partei ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ist. Artikel 10 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren erlaubt diesen Parteien, die Sprache zu vereinbaren; mangels Vereinbarung entscheidet das Schiedsgericht. Eine Streitigkeit zwischen zwei Gesellschaften in vietnamesischem Eigentum ohne Auslandsbezug muss auf Vietnamesisch geführt werden.

Wie viel Zeit habe ich, um einen vietnamesischen Schiedsspruch anzufechten?

Dreißig Tage ab Zugang des Schiedsspruchs, nach Artikel 69 des Gesetzes Nr. 54/2010/QH12. Seit 1. Juli 2025 geht der Antrag je nach örtlicher Zuständigkeit an die Wirtschaftskammer des Volksgerichts von Hanoi, Da Nang oder Ho-Chi-Minh-Stadt. Die Entscheidung des Gerichts ist endgültig und nicht berufungsfähig.

Gibt es in Vietnam einen Eilschiedsrichter?

Das vietnamesische Schiedsrecht sieht keinen vor. Vor Konstituierung des Schiedsgerichts beantragt eine Partei vorläufige Maßnahmen beim zuständigen Gericht nach Artikel 53 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren, das rasch Konten einfrieren und Vermögenswerte beschlagnahmen kann. Nach ausländischen Schiedsordnungen ergangene Eilanordnungen werden in Vietnam nicht als Schiedssprüche anerkannt.

Was macht eine Schiedsklausel in Vietnam nichtig?

Artikel 18 nennt sechs Gründe: Die Streitigkeit ist nicht schiedsfähig, dem Unterzeichner fehlte die Vertretungsmacht oder die Geschäftsfähigkeit, die Vereinbarung ist nicht schriftlich, eine Partei wurde getäuscht oder genötigt, oder die Vereinbarung verstößt gegen ein gesetzliches Verbot. Unabhängig davon kann eine Klausel, die ein nicht existierendes Zentrum benennt oder eine unklare Forumswahl enthält, undurchführbar sein.

AUSBLICK AUF 2027

- Eine Überarbeitung des Gesetzes Nr. 54/2010/QH12 wird vom Justizministerium und der Schiedsgemeinschaft erörtert; zu den Themen gehören vorläufige Maßnahmen, Eilschiedsrichter, die Definition ausländischer Schiedssprüche und die Aufhebungsgründe. Mit Stand Oktober 2026 war kein Gesetzentwurf verabschiedet.
- Es wird erwartet, dass das VIAC die Wertgrenze für das beschleunigte Verfahren ohne Zustimmung nach der Schiedsordnung 2026 veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert; prüfen Sie den aktuellen Betrag, bevor Sie sich darauf verlassen.
- Die ersten Aufhebungsentscheidungen der drei nach der Neuordnung 2025 zuständigen Wirtschaftskammern werden zeigen, ob die Konzentration zu einer einheitlicheren Anwendung des Aufhebungsgrunds der Grundprinzipien führt.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Arbitration centre	*Trung tâm trọng tài*	Eine vom Justizministerium zur Verwaltung von Schiedsverfahren zugelassene Institution.
Ad hoc arbitration	*Trọng tài vụ việc*	Ein von den Parteien ohne Institution organisiertes Schiedsverfahren.
Arbitral tribunal	*Hội đồng trọng tài*	Der Einzelschiedsrichter oder Spruchkörper, der die Streitigkeit entscheidet.
Arbitral award	*Phán quyết trọng tài*	Die abschließende Entscheidung, ab Erlass bindend (Artikel 61).
Void arbitration agreement	*Thỏa thuận trọng tài vô hiệu*	Eine Vereinbarung, auf die einer der sechs Gründe des Artikels 18 zutrifft.
Incapable of being performed	*Thỏa thuận trọng tài không thể thực hiện được*	Eine wirksame Vereinbarung, die nicht umgesetzt werden kann, wie in der Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP erläutert.
Interim measures	*Biện pháp khẩn cấp tạm thời*	Sicherungsanordnungen des Schiedsgerichts oder des Gerichts (Artikel 48 bis 53).
Annulment of an arbitral award	*Hủy phán quyết trọng tài*	Die gerichtliche Aufhebung eines Schiedsspruchs aus den Gründen des Artikels 68.
Registration of an ad hoc award	*Đăng ký phán quyết trọng tài vụ việc*	Gerichtliche Registrierung, die vor der Vollstreckung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs erforderlich ist (Artikel 62).

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Schiedsverfahren in Vietnam stehen beiden zu denselben Bedingungen offen. Die Unterschiede betreffen Sprache und anwendbares Recht: Eine ausländische Partei oder ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung kann eine andere Sprache als Vietnamesisch vereinbaren, und eine Streitigkeit mit Auslandsbezug kann nach einem gewählten ausländischen Recht entschieden werden, während eine rein inländische Streitigkeit auf Vietnamesisch und nach vietnamesischem Recht geführt wird. Ein vietnamesischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von höchstens 50 % kann für Streitigkeiten mit inländischen Investoren kein Schiedsverfahren im Ausland wählen, sodass das VIAC oder ein anderes vietnamesisches Zentrum seine einzige schiedsgerichtliche Option ist.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Ein Unterzeichner des Vertragspartners ohne schriftliche Vollmacht seines gesetzlichen Vertreters: Die Schiedsvereinbarung kann nach Artikel 18 nichtig sein.
- Versäumen der 30-tägigen Aufhebungsfrist oder der fünf Arbeitstage für die gerichtliche Überprüfung einer Zuständigkeitsentscheidung.
- Sich für Vermögen in Vietnam auf einen Eilschiedsrichter nach ausländischer Schiedsordnung zu verlassen; wenden Sie sich stattdessen an das vietnamesische Gericht.
- Versäumen der Registrierung eines Ad-hoc-Schiedsspruchs innerhalb eines Jahres, was die Vollstreckung verhindert.
- Klauseln, die die Verwaltung durch das VIAC mit der Schiedsordnung einer anderen Institution kombinieren oder eine Institution ungenau bezeichnen.
- Die Annahme, nach der Schiedsordnung 2017 könne eine Partei einbezogen oder könnten Ansprüche verbunden werden: Die neuen Mechanismen gelten für Schiedsverfahren nach der Schiedsordnung 2026.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 54/2010/QH12 über Handelsschiedsverfahren; Dekret Nr. 63/2011/ND-CP in der geänderten Fassung; Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP — https://vbpl.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 85/2025/QH15 zur Änderung der Zivilprozessordnung und zugehöriger Gesetze — https://vbpl.vn
- Vietnam International Arbitration Centre: Schiedsordnung 2026, Gebührenordnung und Musterklausel — https://www.viac.vn
- Justizministerium (Zulassung von Schiedszentren) — https://moj.gov.vn

Ausländische Schiedsverfahren und die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Vietnam: das New Yorker Übereinkommen und die Vorbehalte Vietnams, das Anerkennungsverfahren nach der Zivilprozessordnung, Unterlagen, Gebühren und Fristen, die Versagungsgründe, die Wahl von SIAC, HKIAC oder ICC und der Zugriff auf Vermögen in Vietnam

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Vietnam ist dem New Yorker Übereinkommen am 12. September 1995 mit Wirkung zum 11. Dezember 1995 beigetreten und wendet es auf Schiedssprüche aus anderen Vertragsstaaten, auf Schiedssprüche aus Nichtvertragsstaaten nur bei Gegenseitigkeit und nur auf Handelsstreitigkeiten im Sinne des vietnamesischen Rechts an.
- Ein ausländischer Schiedsspruch muss von einem vietnamesischen Gericht anerkannt werden, bevor er vollstreckt werden kann; der Antrag ist innerhalb von drei Jahren nach Rechtskraft des Schiedsspruchs zu stellen, über das Justizministerium, wenn ein Abkommen dies vorsieht, oder unmittelbar beim Gericht (Artikel 451, Zivilprozessordnung, Gesetz Nr. 92/2015/QH13).
- Seit 1. Juli 2025 wird der Antrag in erster Instanz von einem regionalen Volksgericht verhandelt, mit Rechtsmittel zum Provinzgericht, nach der Zivilprozessordnung in der Fassung des Gesetzes Nr. 85/2025/QH15; die Gerichtsgebühr beträgt 3 Mio. VND (Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14).
- Das Gericht verhandelt die Streitigkeit nicht neu; es darf die Anerkennung nur aus den Gründen des Artikels 459 versagen, die Artikel V des Übereinkommens folgen und den Verstoß gegen die Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts einschließen.
- Nach der Anerkennung wird der Schiedsspruch von der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinz nach dem Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen vollstreckt, das seit 1. Juli 2026 in Kraft ist.

Wann ein Schiedsverfahren im Ausland möglich ist und warum es gewählt wird

Artikel 13 Abs. 3 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen erlaubt, Streitigkeiten zwischen Investoren vor ein ausländisches oder internationales Schiedsgericht zu bringen, wenn mindestens eine Partei ein ausländischer Investor oder eine vietnamesische Gesellschaft mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % ist (FAQ 72). Ausländische Investoren nutzen diese Freiheit aus drei Gründen: Neutralität, weil keine Institution aus dem Heimatland einer Seite den Fall entscheidet; die Möglichkeit, auf Englisch vor Schiedsrichtern mit Erfahrung in internationalen Transaktionen zu verhandeln; und die Vollstreckbarkeit außerhalb Vietnams, denn ein Schiedsspruch mit Schiedsort Singapur, Hongkong, London oder Paris kann in jedem der mehr als 170 Vertragsstaaten des New Yorker Übereinkommens vollstreckt werden, wo immer die unterlegene Partei Vermögen hält.

Der Preis ist ein zweites Verfahren in Vietnam. Ein ausländischer Schiedsspruch bindet die vietnamesischen Vollstreckungsbehörden erst, wenn ein vietnamesisches Gericht ihn anerkannt hat, und die Anerkennung kann versagt werden. Befindet sich das gesamte Vermögen des vietnamesischen Vertragspartners in Vietnam, wählt der Investor zwischen einem unmittelbar vollstreckbaren vietnamesischen Schiedsspruch und einem ausländischen Schiedsspruch, der nach einem Anerkennungsantrag vollstreckbar wird, der in erster Instanz typischerweise mehrere Monate und bei Berufung länger dauert. Diese Abwägung und die Alternative eines VIAC-Schiedsverfahrens mit Schiedsort in Vietnam werden in Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums und Handelsschiedsverfahren und VIAC dargestellt.

Das New Yorker Übereinkommen und die Vorbehalte Vietnams

Vietnam ist dem Übereinkommen von 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche am 12. September 1995 beigetreten, und das Übereinkommen ist für Vietnam seit **11. Dezember 1995** in Kraft (FAQ 74). Vietnam hat die beiden nach dem Übereinkommen zulässigen Vorbehalte erklärt. Nach dem **Gegenseitigkeitsvorbehalt** wendet es das Übereinkommen auf Schiedssprüche an, die im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind, und auf Schiedssprüche aus Nichtvertragsstaaten nur, soweit diese Staaten Gegenseitigkeit gewähren. Nach dem **Handelssachenvorbehalt** wendet es das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus vertraglichen oder außervertraglichen Rechtsverhältnissen an, die nach vietnamesischem Recht als Handelssachen gelten. Da fast jeder Handelsstaat Vertragspartei ist, spielt die Gegenseitigkeit in der Praxis selten eine Rolle; der Handelssachenvorbehalt ist bei jeder Streitigkeit erfüllt, die unter den weiten Begriff der Handelstätigkeiten im Handelsgesetz und in Artikel 2 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren fällt.

Das Übereinkommen wird im vietnamesischen Recht durch die **Zivilprozessordnung** (Gesetz Nr. 92/2015/QH13) umgesetzt, vor allem durch die Artikel 451 bis 463, die den Antrag, die Prüfung durch das Gericht und die Versagungsgründe regeln. Artikel 424 der Zivilprozessordnung definiert die anerkennungsfähigen ausländischen Schiedssprüche als Schiedssprüche eines ausländischen Schiedsgerichts nach dem Übereinkommen oder im Übrigen auf Grundlage der Gegenseitigkeit, und das Gesetz über Handelsschiedsverfahren (Artikel 3 Abs. 11) fügt eine eigene Definition hinzu; die Überschneidung schafft Unsicherheit für einen Schiedsspruch einer ausländischen Institution mit Schiedsort in Vietnam, den die meisten Berater meiden.

Wo und wie der Antrag zu stellen ist

Der Antragsteller, in der Regel der Gläubiger aus dem Schiedsspruch oder sein rechtmäßiger Vertreter, reicht innerhalb von **drei Jahren** ab dem Tag, an dem der Schiedsspruch rechtskräftig wurde, einen schriftlichen Antrag auf Anerkennung und Vollstreckung ein; durch höhere Gewalt oder objektive Hindernisse verlorene Zeit wird nicht mitgerechnet (Artikel 451). Verlangt ein Abkommen, dem Vietnam angehört, dies, wird der Antrag an das **Justizministerium** gerichtet, das innerhalb von fünf Arbeitstagen eine Akte anlegt und sie an das zuständige Gericht weiterleitet (Artikel 454); fehlt eine solche Abkommensbestimmung, was bei Schiedssprüchen nach dem New Yorker Übereinkommen der Regelfall ist, kann der Antrag **unmittelbar beim zuständigen Gericht** eingereicht werden.

Seit 1. Juli 2025 ist in erster Instanz ein **regionales Volksgericht** zuständig: das Gericht des Ortes, an dem der Schuldner aus dem Schiedsspruch als natürliche Person wohnt oder arbeitet oder als Organisation seinen Hauptsitz hat, oder des Ortes, an dem sich seine für die Vollstreckung maßgeblichen Vermögenswerte befinden (FAQ 74). Die Neuordnung 2025 hat diese Zuständigkeit von den früheren Provinzgerichten nach unten verlagert; Rechtsmittel gehen nun an das Provinzgericht. Ist mindestens eine Partei Mitglied des Internationalen Finanzzentrums Vietnam und sind keine staatlichen oder öffentlichen Interessen berührt, weist das Gesetz Nr. 150/2025/QH15 die Zuständigkeit für die Anerkennung stattdessen dem Fachgericht des Finanzzentrums zu, sobald dieses Gericht arbeitet (Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren).

Der Antrag muss Namen und Anschriften der Parteien, den Schiedsspruch und den begehrten Rechtsschutz angeben sowie, wenn die Vollstreckung in Vermögen begehrt wird, den Ort dieser Vermögenswerte (Artikel 452). Ihm sind das **Original oder eine beglaubigte Abschrift des Schiedsspruchs** und das **Original oder eine beglaubigte Abschrift der Schiedsvereinbarung** beizufügen (Artikel 453). Fremdsprachige Dokumente müssen mit notariell beglaubigter oder bestätigter Übersetzung ins Vietnamesische übersetzt werden. Im Ausland ausgestellte Dokumente bedürfen der konsularischen Legalisation oder, ab dem 11. September 2026, wenn Vietnam das Apostille-Übereinkommen anwendet, einer Apostille aus einem Staat, der ebenfalls Vertragspartei ist. Die Gerichtsgebühr für den Antrag beträgt nach der Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14 **3 Mio. VND**.

Anerkennung eines ausländischen Schiedsspruchs Schritt für Schritt

1. **Endgültigkeit des Schiedsspruchs und Frist prüfen**
   Vergewissern Sie sich, dass der Schiedsspruch nach dem Recht des Schiedsorts bindend ist und dort kein Aufhebungsantrag anhängig ist; notieren Sie die Frist von drei Jahren ab dem Tag, an dem er rechtskräftig wurde (Artikel 451).

2. **Vermögen ermitteln und Gericht wählen**
   Ermitteln Sie den Hauptsitz des Schuldners und sein Vermögen in Vietnam (Bankkonten, Forderungen, Grundbesitz, Anteile); zuständig ist das regionale Gericht dieses Ortes.

3 **Unterlagen vorbereiten und legalisieren**

Beglaubigte Abschriften des Schiedsspruchs und der Schiedsvereinbarung, die Gesellschaftsunterlagen und die Vollmacht des Antragstellers, jeweils mit Apostille oder konsularischer Legalisation und von einem zugelassenen Übersetzer ins Vietnamesische übersetzt (Artikel 453).

4 **Antrag einreichen und Gebühr zahlen**

Reichen Sie den Antrag unmittelbar beim regionalen Gericht ein oder über das Justizministerium, wenn ein Abkommen dies verlangt; zahlen Sie 3 Mio. VND. Das Gericht nimmt die Sache innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang der Akte an und benachrichtigt die Parteien, die Volksstaatsanwaltschaft und das Justizministerium (Artikel 455).

5 **Vorbereitungsfrist**

Das Gericht hat ab Annahme zwei Monate zur Vorbereitung, verlängerbar um bis zu zwei Monate, wenn es den Antragsteller um Klarstellung bittet; es kann die Prüfung aus rechtlichen Gründen aussetzen oder einstellen (Artikel 457).

6 **Verhandlung vor drei Richtern**

Die Verhandlung beginnt innerhalb von 20 Tagen nach der Entscheidung, sie abzuhalten, wobei die Akte mindestens 15 Tage vorher der Volksstaatsanwaltschaft übermittelt wird; der Spruchkörper prüft Schiedsspruch und Unterlagen anhand des vietnamesischen Rechts und des Übereinkommens, ohne die Streitigkeit neu zu verhandeln, und entscheidet mit Mehrheit (Artikel 458).

7 **Rechtsmittel**

Die Parteien können Berufung einlegen und die Volksstaatsanwaltschaft kann Protest erheben; das Provinzgericht entscheidet innerhalb eines Monats nach Eingang der Akte, verlängerbar auf zwei Monate, und seine Entscheidung wird mit Erlass wirksam, vorbehaltlich nur der Kassation oder der Wiederaufnahme.

8 **Vollstrecken**

Stellen Sie mit einer wirksamen Anerkennungsentscheidung innerhalb der fünfjährigen Vollstreckungsfrist einen Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinz oder beauftragen Sie ein zugelassenes privates Vollstreckungsbüro, nach dem Gesetz Nr. 106/2025/QH15.

Versagungsgründe

Artikel 459 der Zivilprozessordnung nennt die Gründe, aus denen die Anerkennung versagt wird. Die meisten muss die Partei beweisen, die sich der Vollstreckung widersetzt: Einer Partei der Schiedsvereinbarung fehlte nach dem anwendbaren Recht die Geschäftsfähigkeit; die Schiedsvereinbarung ist nach dem von den Parteien gewählten Recht oder, mangels Wahl, nach dem Recht des Ortes, an dem der Schiedsspruch ergangen ist, unwirksam; der Schuldner wurde von der Bestellung eines Schiedsrichters oder vom Verfahren nicht ordnungsgemäß benachrichtigt oder konnte aus einem berechtigten Grund sein Verteidigungsrecht nicht ausüben; der Schiedsspruch betrifft eine Streitigkeit, die dem Schiedsverfahren nicht unterbreitet wurde, oder überschreitet den Umfang der Vereinbarung, wobei der innerhalb des Umfangs liegende Teil anerkannt werden kann, wenn er

abtrennbar ist; die Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder das Verfahren entsprach nicht der Vereinbarung der Parteien oder dem Recht des Schiedsorts; und der Schiedsspruch ist noch nicht bindend geworden oder wurde in dem Land, in dem er ergangen ist, aufgehoben oder ausgesetzt. Zwei Gründe prüft das Gericht von Amts wegen: Die Streitigkeit ist nach vietnamesischem Recht nicht schiedsfähig, und die Anerkennung würde **den Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts widersprechen**.

Diese Gründe entsprechen Artikel V des Übereinkommens, doch ihre Anwendung war die Hauptsorge ausländischer Investoren. Vietnamesische Gerichte haben in veröffentlichten Fällen die Anerkennung aus Gründen versagt, die in den meisten Vertragsstaaten keinen Erfolg hätten: eine enge Sicht auf die Vertretungsmacht der Person, die die Schiedsvereinbarung unterzeichnet hat, formale Mängel bei der Benachrichtigung oder die Behandlung einer fehlerhaften Anwendung des vietnamesischen materiellen Rechts als Verstoß gegen die Grundprinzipien. Die Resolution Nr. 01/2014/NQ-HDTP, die die inländische Aufhebung betrifft, verlangt, dass ein Grundprinzip konkret benannt und dargelegt wird, dass sein Verstoß den Staat, Dritte oder die Parteien beeinträchtigt, und die Gerichte wenden diese Disziplin zunehmend auch auf ausländische Schiedssprüche an. Veröffentlichte Statistiken sind lückenhaft, und die von Kommentatoren genannten Zahlen schwanken; es ergibt sich das Bild einer Gerichtspraxis, die sich verbessert hat, in der Versagungen aber weiterhin häufiger sind als in den führenden Schiedsrechtsordnungen. Die Anerkennung sollte eingeplant, nicht vorausgesetzt werden.

Wird der Schiedsspruch später am Schiedsort aufgehoben oder ausgesetzt, hebt das vietnamesische Gericht auf Antrag seine Anerkennungsentscheidung auf, und die Vollstreckungsbehörde stellt die Vollstreckung ein oder macht sie rückgängig (Artikel 463); solange im Ausland ein Aufhebungsantrag anhängig ist, kann das Gericht die Vollstreckungsbehörde um Aussetzung ersuchen.

Wahl von SIAC, HKIAC oder ICC mit Blick auf die Vollstreckung in Vietnam

Das **SIAC** in Singapur ist die häufigste ausländische Wahl für Verträge mit Vietnambezug: Singapur liegt nahe, seine Gerichte sind schiedsfreundlich, und unter seinen Schiedsrichtern sind viele mit Vietnamerfahrung. Das **HKIAC** ist üblich, wenn der Vertragspartner oder die Finanzierung einen Bezug zu Hongkong oder Festlandchina hat. Die **ICC** eignet sich für große, mehrere Rechtsordnungen berührende Verträge und solche mit europäischen Parteien, und ihre Prüfung der Schiedsspruchentwürfe verringert das Risiko formaler Mängel; der Schiedsort eines ICC-Verfahrens ist gesondert zu benennen und ist häufig Singapur, Paris oder London. Alle drei sehen inzwischen Eilschiedsrichter, beschleunigte Verfahren und die Einbeziehung Dritter vor, doch die Anordnung eines Eilschiedsrichters ist kein Schiedsspruch und kann in Vietnam nicht anerkannt werden, sodass dringender Rechtsschutz gegen Vermögen in Vietnam weiterhin von einem vietnamesischen Gericht kommen muss.

Fünf Punkte bei Vertragsgestaltung und Verfahrensführung verringern das Anerkennungsrisiko. Stellen Sie sicher, dass die Schiedsvereinbarung vom gesetzlichen Vertreter der vietnamesischen Partei oder von einer Person mit schriftlicher Vollmacht unterzeichnet wird, und bewahren Sie diese Vollmacht auf, denn die Vertretungsmacht ist die häufigste Einwendung. Stellen Sie alle Mitteilungen an der eingetragenen Anschrift des Vertragspartners in Vietnam sowie per E-Mail zu, bewahren Sie Zustellungsnachweise auf und geben Sie der vietnamesischen Partei jede verfahrensrechtliche

Gelegenheit, auch wenn sie sich nicht beteiligt. Bitten Sie das Schiedsgericht, im Schiedsspruch auf Argumente aus zwingendem vietnamesischem Recht einzugehen, etwa die Obergrenze von 8 % für Vertragsstrafen nach Artikel 301 des Handelsgesetzes, damit ein Gericht nicht sagen kann, der Schiedsspruch habe ein Grundprinzip missachtet. Bevorzugen Sie Englisch oder eine andere Sprache, die ein zugelassener Übersetzer in Vietnam genau wiedergeben kann, und planen Sie die Übersetzung des Schiedsspruchs im Budget ein. Prüfen Sie schließlich, ob die Streitigkeit in Vietnam schiedsfähig ist; ein Schiedsspruch über eine den vietnamesischen Gerichten oder Behörden vorbehaltene Angelegenheit, etwa die Gültigkeit einer Landnutzungsrechtsbescheinigung, wird nicht anerkannt.

Zugriff auf Vermögen in Vietnam

Die Anerkennung macht den Schiedsspruch in Vietnam zu einem vollstreckbaren Titel, doch Geld lässt sich nur aus identifizierbarem Vermögen beitreiben. Der anerkannte Schiedsspruch wird von der **Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinz** vollstreckt, in der die Behörde bzw. das Vermögen belegen ist, nach dem Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen, das seit 1. Juli 2026 gilt und ausdrücklich ausländische Schiedssprüche erfasst, die von einem vietnamesischen Gericht anerkannt wurden; der Gläubiger kann stattdessen ein zugelassenes privates Vollstreckungsbüro auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags beauftragen. Der Vollstreckungsbeamte kann Konten einfrieren, Forderungen pfänden, Vermögenswerte beschlagnahmen und versteigern und Banken, Steuerbehörden und Register zur Auskunft verpflichten (Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung).

Da das Anerkennungsverfahren öffentlich ist und der Schuldner benachrichtigt wird, kann Vermögen vor der Entscheidung verschoben werden. Der Gläubiger sollte erwägen, bei Antragstellung beim zuständigen vietnamesischen Gericht vorläufige Maßnahmen zu beantragen, etwa das Einfrieren eines Bankkontos oder ein Verbot der Übertragung von Grundbesitz, und nach Möglichkeit während der Vertragslaufzeit Sicherheiten an Vermögenswerten bestellen lassen (FAQ 80). Richtet sich der ausländische Schiedsspruch gegen ein staatseigenes Unternehmen, ist dessen Vermögen grundsätzlich wie das jeder anderen Gesellschaft zugänglich; die Vollstreckung gegen den Staat selbst wirft die gesonderten Fragen auf, die in Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen behandelt werden.

Anerkennung eines ausländischen Schiedsspruchs in Vietnam (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Übereinkommen für Vietnam in Kraft	11. Dezember 1995 (Beitritt am 12. September 1995)	New Yorker Übereinkommen; UNCITRAL-Statustabelle
Vorbehalte	Gegenseitigkeit; nur Handelsstreitigkeiten	Beitrittserklärungen Vietnams
Frist	3 Jahre ab Rechtskraft des Schiedsspruchs	Zivilprozessordnung, Art. 451
Wo der Antrag einzureichen ist	Unmittelbar beim zuständigen Gericht oder über das Justizministerium, wenn ein Abkommen dies vorsieht	Art. 451 und 454

Posten	Regel	Quelle
Gericht erster Instanz	Regionales Volksgericht (seit 1. Juli 2025)	Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15
Dokumente	Original oder beglaubigte Abschrift von Schiedsspruch und Schiedsvereinbarung; beglaubigte vietnamesische Übersetzung; Legalisation oder Apostille	Art. 453
Gerichtsgebühr	3.000.000 VND	Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14
Annahme	5 Arbeitstage ab Eingang der Akte	Art. 455
Vorbereitung	2 Monate ab Annahme, verlängerbar um bis zu 2 Monate	Art. 457
Verhandlung	Innerhalb von 20 Tagen nach der Entscheidung über ihre Eröffnung; Spruchkörper aus drei Richtern	Art. 457 und 458
Rechtsmittel	Zum Provinzgericht, Entscheidung innerhalb von 1 Monat (2 Monate bei Verlängerung)	Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15
Versagungsgründe	Gründe nach Art. V des Übereinkommens sowie fehlende Schiedsfähigkeit und Grundprinzipien	Art. 459
Vollstreckung	Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen der Provinz oder privates Vollstreckungsbüro	Gesetz Nr. 106/2025/QH15

RECHENBEISPIEL

Vollstreckung eines SIAC-Schiedsspruchs gegen einen vietnamesischen Käufer

Ein Rohstoffhändler aus Singapur erwirkt einen SIAC-Schiedsspruch mit Schiedsort Singapur über 3,2 Mio. USD zuzüglich Zinsen und Kosten gegen ein vietnamesisches Stahlunternehmen mit Hauptsitz in Hai Phong, das sich am Schiedsverfahren nicht beteiligt hat. Daten und Zahlen zur Veranschaulichung; die tatsächliche Dauer ist von Gericht zu Gericht verschieden.

14. Januar 2026	Schiedsspruch erlassen. Der Händler lässt sich von seinem Rechtsbeistand in Singapur bestätigen, dass innerhalb der singapurischen Frist kein Aufhebungsantrag gestellt wird.
Februar 2026	Die Apostille steht für Vietnam noch nicht zur Verfügung; daher werden beglaubigte Abschriften des Schiedsspruchs und des Kaufvertrags mit der Schiedsklausel in Singapur notariell beglaubigt, bei der vietnamesischen Botschaft konsularisch legalisiert und anschließend in Hanoi von einem zugelassenen Übersetzer übersetzt.

März 2026	Antrag unmittelbar beim zuständigen regionalen Gericht in Hai Phong eingereicht, mit der Gebühr von 3 Mio. VND; das Gericht nimmt die Akte innerhalb von fünf Arbeitstagen an und benachrichtigt die Parteien, die Volksstaatsanwaltschaft und das Justizministerium.
März 2026	Gleichzeitig beantragt der Händler eine vorläufige Anordnung zum Einfrieren des Kontos des Käufers bei einer Bank in Hai Phong und leistet die vom Gericht festgesetzte Sicherheit.
Mai 2026	Vorbereitungsfrist: Das Gericht bittet den Händler um Klarstellung, wie die Benachrichtigung über das Schiedsverfahren erfolgte; der Händler legt Kurierbelege für die Zustellung an die eingetragene Anschrift und E-Mail-Protokolle vor. Die Frist wird um einen Monat verlängert.
Juli 2026	Verhandlung vor drei Richtern. Der Käufer macht geltend, seinem stellvertretenden Direktor habe die Vertretungsmacht zur Unterzeichnung des Vertrags gefehlt; der Händler legt die schriftliche Vollmacht des Verwaltungsrats vor. Anerkennung gewährt.
August 2026	Der Käufer legt Berufung ein; das Provinzgericht Hai Phong weist die Berufung innerhalb eines Monats zurück.
September 2026	Der Händler stellt einen Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen in Hai Phong nach dem Gesetz Nr. 106/2025/QH15; zunächst werden die eingefrorenen Mittel von etwa 1,1 Mio. USD verwendet, und der Beamte prüft Forderungen und Grundbesitz für den Restbetrag.

Hätte der Vertrag das VIAC mit Schiedsort Hanoi gewählt, hätte der Händler etwa 30 Tage nach dem Schiedsspruch ohne Anerkennungsverhandlung oder Berufung bei der Vollstreckungsbehörde den Antrag stellen können.

Wäre die Vollmacht des Verwaltungsrats nicht aufbewahrt worden, hätte die Einwendung fehlender Vertretungsmacht echte Erfolgsaussichten gehabt; der Nachweis der Unterzeichnungsbefugnis bereits bei Vertragsschluss ist der kostengünstigste Schutz gegen eine Versagung.

Fragen von Investoren zu ausländischen Schiedssprüchen

Vollstreckt ein vietnamesisches Gericht einen SIAC- oder ICC-Schiedsspruch?

Grundsätzlich ja. Vietnam wendet das New Yorker Übereinkommen seit 11. Dezember 1995 an. Der Schiedsspruch muss zunächst von einem vietnamesischen Gericht nach den Artikeln 451 bis 463 der Zivilprozessordnung anerkannt werden; die Anerkennung kann nur aus Gründen nach dem Muster des Übereinkommens versagt werden, einschließlich eines Verstoßes gegen die Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts, und danach wird die Vollstreckungsbehörde tätig.

Wie viel Zeit habe ich für den Anerkennungsantrag?

Drei Jahre ab dem Tag, an dem der Schiedsspruch rechtskräftig wurde, nach Artikel 451 der Zivilprozessordnung, ohne die durch höhere Gewalt oder objektive Hindernisse verlorene Zeit. Ein früher Antrag ist besser: Der Schuldner erfährt bei Benachrichtigung von dem Antrag und kann Vermögen verschieben; erwägen Sie daher gleichzeitig vorläufige Maßnahmen.

Welches Gericht ist seit der Gerichtsreform 2025 für den Antrag zuständig?

Ein regionales Volksgericht am Wohnsitz oder Hauptsitz des Schuldners oder am Ort seines Vermögens, mit Rechtsmittel zum Provinzgericht, nach der Zivilprozessordnung in der Fassung des Gesetzes Nr. 85/2025/QH15. Streitigkeiten unter Beteiligung eines Mitglieds des Internationalen Finanzzentrums Vietnam können stattdessen vor das Fachgericht des Finanzzentrums gehen, sobald es arbeitet.

Kann das vietnamesische Gericht den Schiedsspruch in der Sache überprüfen?

Nein. Nach Artikel 458 der Zivilprozessordnung verhandelt der Spruchkörper die Streitigkeit nicht neu; er prüft Schiedsspruch und Unterlagen anhand des vietnamesischen Rechts und des Abkommens. Er darf die Anerkennung nur aus den Gründen des Artikels 459 versagen, die Artikel V des New Yorker Übereinkommens folgen und fehlende Schiedsfähigkeit sowie die Grundprinzipien hinzufügen.

Ist die Anordnung eines Eilschiedsrichters in Vietnam vollstreckbar?

In der Praxis nein. Eine Eilanordnung nach der SIAC-, HKIAC- oder ICC-Schiedsordnung ist kein endgültiger Schiedsspruch im Sinne des New Yorker Übereinkommens, wie es die vietnamesischen Gerichte anwenden. Dringender Rechtsschutz gegen Vermögen in Vietnam sollte beim zuständigen vietnamesischen Gericht beantragt werden, das Konten einfrieren und Vermögenswerte beschlagnahmen kann.

AUSBLICK AUF 2027

- Die Anwendung des Apostille-Übereinkommens durch Vietnam ab 11. September 2026 dürfte die Vorbereitung der Unterlagen für 2027 gestellte Anerkennungsanträge verkürzen, sobald Gerichte und Übersetzer ihre Praxis für mit Apostille versehene Schiedssprüche gefestigt haben.
- Vom Obersten Volksgericht werden weitere Leitlinien oder Präzedenzentscheidungen zum Versagungsgrund der Grundprinzipien bei ausländischen Schiedssprüchen erwartet; solche Leitlinien wären die wichtigste Änderung für das Anerkennungsrisiko.
- Das Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen und seine Durchführungsdekrete, einschließlich der Regeln für private Vollstreckungsbüros, entfalten im Laufe der Jahre 2026 und 2027 ihre volle Wirkung und könnten verändern, wie rasch anerkannte Schiedssprüche beigetrieben werden.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
New York Convention	*Công ước New York 1958 về công nhận và thi hành phán quyết trọng tài nước ngoài*	Das Abkommen, nach dem ausländische Schiedssprüche anerkannt werden; für Vietnam seit 1995 in Kraft.
Foreign arbitral award	*Phán quyết của Trọng tài nước ngoài*	Ein von einem ausländischen Schiedsgericht erlassener Schiedsspruch, der nach der Zivilprozessordnung anerkannt wird.
Recognition and enforcement	*Công nhận và cho thi hành*	Die gerichtliche Entscheidung, die einen ausländischen Schiedsspruch in Vietnam vollstreckbar macht.
Reciprocity	*Nguyên tắc có đi có lại*	Die Grundlage für die Anwendung des Übereinkommens auf Schiedssprüche aus Nichtvertragsstaaten.
Application	*Đơn yêu cầu*	Der schriftliche Antrag auf Anerkennung (Artikel 452).
Consular legalisation	*Hợp pháp hóa lãnh sự*	Beglaubigung ausländischer Dokumente, zwischen Vertragsstaaten des Apostille-Übereinkommens durch eine Apostille ersetzt.
Refusal of recognition	*Không công nhận*	Die Ablehnung durch das Gericht aus den Gründen des Artikels 459.
Civil judgment enforcement agency	*Cơ quan thi hành án dân sự*	Die staatliche Stelle, die anerkannte Schiedssprüche und Urteile vollstreckt.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Das Anerkennungsverfahren ist für jeden Gläubiger aus einem Schiedsspruch dasselbe. Der Unterschied liegt früher: Nur ein ausländischer Investor oder ein Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 50 % kann nach Artikel 13 des Investitionsgesetzes für eine Streitigkeit mit einem anderen Investor ein ausländisches Schiedsverfahren wählen. Eine vietnamesische Gesellschaft, deren ausländischer Handelspartner auf dem SIAC besteht, kann zustimmen, weil die ausländische Partei das maßgebliche Element liefert, und sie durchläuft dann dasselbe Anerkennungsverfahren, wenn sie obsiegt und in Vietnam vollstrecken muss.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Eine Schiedsvereinbarung, die für die vietnamesische Partei von jemandem ohne schriftliche Vollmacht unterzeichnet wurde: der häufigste Grund, mit dem der Anerkennung entgegengetreten wird.
- Eine Benachrichtigung über das Schiedsverfahren nur per E-Mail, ohne Nachweis der Zustellung an die eingetragene Anschrift.
- Die Dreijahresfrist während Zahlungsverhandlungen ablaufen zu lassen.
- Vermögensverschiebungen, sobald der Schuldner von dem Antrag benachrichtigt wird; beantragen Sie bei Einreichung vorläufige Maßnahmen.
- Sich für Vermögen in Vietnam auf die Anordnung eines Eilschiedsrichters zu verlassen.
- Ungenaue Übersetzungen des Schiedsspruchs, die zu Streit über seinen Inhalt einladen.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13, Artikel 451 bis 463, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15 — https://vbpl.vn
- UNCITRAL: Ratifikationsstand des New Yorker Übereinkommens und Erklärungen Vietnams — https://uncitral.un.org/en/texts/arbitration/conventions/foreign_arbitral_awards/status2
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen; Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14 über Gerichtsgebühren — https://vbpl.vn
- Justizministerium (internationale Rechtshilfe) — https://moj.gov.vn

Vietnamesische Gerichte und Prozessführung in Handelssachen: der Gerichtsaufbau seit 1. Juli 2025, die Zuständigkeit für Handelsstreitigkeiten, Verfahren und Fristen, Beweise, vorläufige Maßnahmen, Gerichtsgebühren, Berufung und Kassation, ausländische Parteien, Präzedenzentscheidungen und was in der Praxis zu erwarten ist

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Seit 1. Juli 2025 besteht die Volksgerichtsbarkeit aus dem Obersten Volksgericht, 34 Provinzgerichten und 355 regionalen Gerichten; die Bezirksgerichte und die Hohen Volksgerichte wurden abgeschafft (Gesetz Nr. 81/2025/QH15).
- Die regionalen Gerichte verhandeln Geschäfts- und Handelsstreitigkeiten in erster Instanz, auch solche mit Auslandsbezug, mit Berufung zum Provinzgericht und Kassation darüber (Zivilprozessordnung, Gesetz Nr. 92/2015/QH13, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15).
- Das Gericht hat ab Annahme zwei Monate, um eine Handelssache für die Hauptverhandlung vorzubereiten, verlängerbar um einen Monat, und sollte die Verhandlung innerhalb eines Monats nach der Entscheidung über die Anberaumung eröffnen (Artikel 203); Berufungen sind innerhalb von 15 Tagen nach dem Urteil einzulegen (Artikel 273).
- Die Gerichte können vorläufige Maßnahmen wie die Beschlagnahme von Vermögenswerten und das Einfrieren von Konten gewähren, in der Regel innerhalb von 48 Stunden bei Antrag mit der Klage und sonst innerhalb von drei Arbeitstagen, und können eine Sicherheitsleistung verlangen (Artikel 111 bis 142).
- Die erstinstanzlichen Gerichtsgebühren in einer Handelsstreitigkeit mit Geldwert richten sich nach einer Staffel von 3 Mio. VND bis 112 Mio. VND zuzüglich 0,1 % des 4 Mrd. VND übersteigenden Betrags (Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14); in der Regel trägt sie die unterlegene Partei.

Das Gerichtssystem nach der Neuordnung 2025

Die vietnamesischen Gerichte wurden am **1. Juli 2025** neu aufgebaut. Das Gesetz Nr. 81/2025/QH15 zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der Volksgerichte hat die 693 Bezirksgerichte und die drei Hohen Volksgerichte abgeschafft und einen dreistufigen Aufbau geschaffen: das **Oberste Volksgericht**, **34 Volksgerichte auf Provinzebene** entsprechend den zusammengelegten Provinzen und

355 regionale Volksgerichte (FAQ 71). Das Gesetz Nr. 85/2025/QH15 hat mit Wirkung zum selben Tag die Zivilprozessordnung, das Verwaltungsprozessgesetz, das Konkursgesetz und das Gesetz über Mediation und Dialog bei Gericht geändert, und die Resolution Nr. 81/2025/UBTVQH15 des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung hat die örtliche Zuständigkeit jedes Gerichts festgelegt.

Die regionalen Gerichte sind Eingangsgerichte für nahezu alle Zivil-, Geschäfts-, Handels- und Arbeitssachen, einschließlich der Fälle mit Auslandsbezug, die früher vor die Provinzgerichte gingen. Sie sind in Fachkammern gegliedert, darunter Zivil-, Wirtschafts-, Familien- und Jugendkammern sowie Kammern für geistiges Eigentum und Technologietransfer. Einige regionale Gerichte haben besondere landesweite oder provinzübergreifende Aufgaben: Die Kammern für geistiges Eigentum des Regionalen Volksgerichts Nr. 2 in Hanoi und des Regionalen Volksgerichts Nr. 1 in Ho-Chi-Minh-Stadt verhandeln IP-Sachen in erster Instanz, und Konkursverfahren sind bei bestimmten regionalen Gerichten in Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt konzentriert (Insolvenz, Restrukturierung und Konkurs). Die Provinzgerichte verhandeln Berufungen gegen Entscheidungen der regionalen Gerichte, überprüfen deren rechtskräftige Urteile über ihre Richterausschüsse im Kassations- und Wiederaufnahmeverfahren und entscheiden in Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt über Anträge auf Aufhebung von Schiedssprüchen (Handelsschiedsverfahren und VIAC). Das Oberste Volksgericht überprüft Entscheidungen der Provinzgerichte im Kassationsverfahren, erlässt über seinen Richterrat Leitlinien und wählt Präzedenzentscheidungen aus.

Welches Gericht eine Handelsstreitigkeit verhandelt

Artikel 30 der Zivilprozessordnung bestimmt die **Geschäfts- und Handelsstreitigkeiten**, für die die Gerichte zuständig sind: Streitigkeiten zwischen gewerblich registrierten natürlichen Personen oder Organisationen aus gewinnorientierten Handelstätigkeiten; Streitigkeiten zwischen ihnen über Rechte des geistigen Eigentums und Technologietransfer mit Gewinnerzielungsabsicht; Streitigkeiten zwischen einer Gesellschaft und ihren Gesellschaftern oder unter Gesellschaftern über Gründung, Tätigkeit, Auflösung, Verschmelzung, Spaltung, Übertragung von Kapitalanteilen und organisatorische Veränderungen der Gesellschaft; und sonstige Geschäftsstreitigkeiten, die das Gesetz den Gerichten zuweist. Eine Streitigkeit, die unter eine wirksame Schiedsvereinbarung fällt, ist ausgenommen (Artikel 6 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren).

Die örtliche Zuständigkeit folgt dem Beklagten: das regionale Gericht, in dessen Bezirk der Beklagte als Organisation seinen Hauptsitz hat oder als natürliche Person wohnt oder arbeitet (Artikel 39). Die Parteien können schriftlich vereinbaren, dass das Gericht am Ort des Klägers die Sache verhandelt, und Streitigkeiten über Grundbesitz gehen an das Gericht am Ort des Grundstücks. Für Fälle mit Auslandsbezug legen die Artikel 469 und 470 fest, wann vietnamesische Gerichte zuständig sind, und weisen ihnen unter anderem die ausschließliche Zuständigkeit für Rechte an Grundbesitz in Vietnam zu. Ein vietnamesisches Gericht verneint seine Zuständigkeit in der Regel nicht zugunsten eines von den Parteien gewählten ausländischen Gerichts, wenn nach diesen Regeln eine vietnamesische Zuständigkeit besteht, und ein ausländisches Urteil in einer Angelegenheit seiner ausschließlichen Zuständigkeit wird nicht anerkannt (Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung).

Verfahren und Fristen

Ein Verfahren beginnt mit einer **Klageschrift**, die persönlich, per Post oder online mit den dann verfügbaren Beweismitteln bei Gericht eingereicht wird. Der Gerichtspräsident weist die Sache innerhalb von drei Arbeitstagen einem Richter zu, und der Richter hat fünf Arbeitstage, um die Klage anzunehmen, Ergänzungen zu verlangen, sie zu verweisen oder zurückzugeben (Artikel 191). Wird die Sache angenommen, wird der Kläger aufgefordert, den **Gerichtskostenvorschuss** zu zahlen, in der Regel innerhalb von sieben Tagen, und die Sache gilt mit Vorlage der Quittung als förmlich angenommen (Artikel 195). Der Beklagte hat dann 15 Tage Zeit, eine schriftliche Stellungnahme und Beweismittel einzureichen, verlängerbar um 15 Tage (Artikel 199).

Bei Geschäfts- und Handelssachen hat das Gericht ab Annahme **zwei Monate** zur Vorbereitung der Hauptverhandlung, verlängerbar um einen Monat bei komplexen Fällen oder objektiven Hindernissen (Artikel 203). Während der Vorbereitung hält der Richter einen Termin zum Austausch und zur Offenlegung der Beweise ab und, sofern der Fall nicht mediationsfähig ist, einen **Mediationstermin** (Artikel 205 und 210); ein Mediationsvergleich, den die Parteien nicht innerhalb von sieben Tagen widerrufen, wird durch einen Gerichtsbeschluss anerkannt, der sofort wirksam wird und nicht anfechtbar ist. Scheitert die Mediation, entscheidet der Richter, die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen, und die Verhandlung sollte innerhalb eines Monats beginnen, aus wichtigem Grund innerhalb von zwei Monaten (FAQ 79). Einfache Fälle mit klarem Sachverhalt und unstreitigen Dokumenten können dem vereinfachten Verfahren der Artikel 316 bis 324 folgen, mit einem Einzelrichter und einer Verhandlung innerhalb eines Monats.

Die Praxis weicht vom Gesetz ab. Aussetzungen, während Beweise von Behörden beschafft werden, die Bewertung von Vermögenswerten, die Zustellung an ausländische Parteien und die Arbeitsbelastung der Gerichte führen dazu, dass ein streitiges erstinstanzliches Handelsverfahren häufig ein Jahr oder länger dauert, Verfahren mit ausländischen Parteien länger. Ein Verfahren, das durch Berufung und anschließend Kassation geht, kann mehrere Jahre dauern. Investoren sollten die gesetzlichen Fristen als Mindestdauer betrachten.

Beweise

Der vietnamesische Zivilprozess ist urkundengestützt, und die Beweislast trägt die Partei, die eine Behauptung aufstellt (Artikel 91). Eine Discovery nach Common-Law-Art gibt es nicht: Eine Partei kann ihren Gegner nicht zwingen, Kategorien von Dokumenten vorzulegen, kann aber das Gericht ersuchen, eine natürliche Person, Organisation oder Behörde, die bestimmte Beweismittel besitzt, zu deren Vorlage zu verpflichten (Artikel 97 und 106). Der Richter setzt eine Frist für die Vorlage von Beweismitteln, die die Vorbereitungsfrist nicht überschreiten darf, und später vorgelegte Beweise werden nur bei triftigem Grund zugelassen (Artikel 96). Elektronische Datennachrichten, E-Mails und digital signierte Dokumente sind zulässig, und ihr Beweiswert hängt von der Verlässlichkeit ihrer Erstellung und Speicherung ab. Zeugenbeweise wiegen weniger als zeitnahe Dokumente, und ein Kreuzverhör im Sinne des Common Law gibt es nicht; die Richter befragen Parteien und Zeugen.

Im Ausland erstellte Dokumente bedürfen der konsularischen Legalisation oder, sobald Vietnam ab dem 11. September 2026 das Apostille-Übereinkommen anwendet, einer Apostille, sofern kein Abkommen sie davon befreit, und jedem fremdsprachigen Dokument muss eine beglaubigte vietnamesische

Übersetzung beigefügt werden (Artikel 478). Sachverständigenbeweise werden durch gerichtlich angeordnete Begutachtung (giám định) oder Bewertung erhoben, und von Parteien beauftragte Gutachten werden als gewöhnliche Dokumente behandelt. Die praktische Lehre lautet, unterzeichnete Originale, Besprechungsprotokolle, Liefer- und Abnahmenachweise und Korrespondenz von Beginn der Geschäftsbeziehung an geordnet aufzubewahren; im vietnamesischen Prozess gewinnt in der Regel die Partei mit den besseren Dokumenten.

Vorläufige Maßnahmen

Artikel 114 der Zivilprozessordnung nennt die verfügbaren **vorläufigen Maßnahmen**, darunter die Beschlagnahme streitiger Vermögenswerte, das Verbot der Übertragung von Eigentumsrechten, das Verbot der Veränderung des Zustands streitiger Vermögenswerte, das Einfrieren von Bankkonten, das Einfrieren sonstiger Vermögenswerte, das Verbot oder Gebot bestimmter Handlungen und ein vorübergehendes Ausreiseverbot aus Vietnam für eine verpflichtete Partei. Eine Partei kann den Antrag bei Einreichung der Klage oder in jedem Verfahrensstadium stellen; in dringenden Fällen, zur Sicherung von Beweisen oder zur Abwendung eines nicht wiedergutzumachenden Schadens, kann sie ihn gleichzeitig mit der Klageeinreichung stellen. Wird der Antrag mit der Klage gestellt, entscheidet das Gericht innerhalb von 48 Stunden nach Annahme der Sache; während des Verfahrens innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eingang des Antrags (Artikel 111 und 133).

Bei Maßnahmen, die Vermögenswerte oder Konten betreffen, muss der Antragsteller eine Sicherheit in Geld, Edelmetallen oder durch Bankgarantie in der vom Gericht festgesetzten Höhe leisten, die grob dem Schaden entspricht, den die Maßnahme der Gegenseite verursachen könnte (Artikel 136), und ein Antragsteller, dessen Antrag unberechtigt war, haftet für den daraus entstehenden Schaden (Artikel 113). Vorläufige Maßnahmen werden von der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen sofort vollzogen. Die Gerichte gewähren vorläufige Maßnahmen auch zur Unterstützung von Schiedsverfahren nach Artikel 53 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren, was der einzige Weg zu dringendem Rechtsschutz vor Konstituierung eines Schiedsgerichts ist.

Gerichtsgebühren und Kosten

Die Gerichtsgebühren sind in der **Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14** festgelegt. In einer Handelsstreitigkeit mit Geldwert beträgt die erstinstanzliche Gebühr 3 Mio. VND bei einem Streitwert bis 60 Mio. VND; 5 % von 60 Mio. VND bis 400 Mio. VND; 20 Mio. VND zuzüglich 4 % des 400 Mio. VND übersteigenden Betrags bis 800 Mio. VND; 36 Mio. VND zuzüglich 3 % des übersteigenden Betrags bis 2 Mrd. VND; 72 Mio. VND zuzüglich 2 % des übersteigenden Betrags bis 4 Mrd. VND; und 112 Mio. VND zuzüglich 0,1 % des 4 Mrd. VND übersteigenden Betrags. Eine Handelsstreitigkeit ohne Geldwert kostet 3 Mio. VND, eine Berufung 2 Mio. VND. Der Kläger zahlt einen Vorschuss, in der Regel die Hälfte der auf den geltend gemachten Betrag berechneten Gebühr, und die unterlegene Partei trägt die Gebühr letztlich im Verhältnis des Teils der Klage, mit dem sie unterliegt (Artikel 147 der Zivilprozessordnung).

Anwaltshonorare trägt in der Regel jede Partei selbst, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben oder das Gesetz eine Erstattung vorsieht; eine Vertragsklausel, die der obsiegenden Partei die Erstattung angemessener Rechtsverfolgungskosten ermöglicht, lohnt sich. Nur vietnamesische Rechtsanwälte mit Zulassungsbescheinigung dürfen Parteien vor Gericht vertreten; eine ausländische Kanzlei darf beraten, aber nicht auftreten. Die Honorare schwanken stark; als typische Marktspanne

kostet ein streitiges erstinstanzliches Handelsverfahren, das eine vietnamesische Kanzlei betreut, häufig zwischen 15.000 USD und 80.000 USD an Anwaltshonoraren, mehr, wenn eine internationale Kanzlei koordiniert. Dies sind keine Angebote.

Berufung, Kassation und Wiederaufnahme

Eine Partei kann gegen ein erstinstanzliches Urteil innerhalb von **15 Tagen** nach seiner Verkündung oder, wenn sie abwesend war, nach dessen Zugang Berufung einlegen (Artikel 273); die Volksstaatsanwaltschaft kann auf derselben Ebene innerhalb von 15 Tagen und auf der höheren Ebene innerhalb eines Monats Protest erheben. Das Provinzgericht hat zwei Monate zur Vorbereitung der Berufung, verlängerbar um einen Monat, und ein Berufungsurteil wird mit Verkündung wirksam (Artikel 286). Rechtskräftige Urteile können im **Kassationsverfahren** (giám đốc thẩm) wegen schwerer Verfahrensverstöße oder Rechtsfehler überprüft oder auf neu bekannt gewordene Tatsachen hin im **Wiederaufnahmeverfahren** (tái thẩm) neu aufgerollt werden, jedoch nur auf Protest eines befugten Gerichtspräsidenten oder Leitenden Staatsanwalts; eine Partei kann diese in der Regel innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des Urteils darum ersuchen, und Proteste können innerhalb von drei Jahren erhoben werden. Seit Juli 2025 überprüfen die Richterausschüsse der Provinzgerichte die Urteile der regionalen Gerichte, und das Oberste Volksgericht überprüft Entscheidungen der Provinzgerichte durch Spruchkörper aus fünf Richtern oder den gesamten Richterrat.

Die Kassation ist keine dritte Instanz, die von Rechts wegen offensteht, wird aber so häufig genutzt, dass ein Urteilsgläubiger ein Berufungsurteil nicht als Ende der Sache betrachten sollte. Die Vollstreckung kann währenddessen fortgesetzt werden, sofern der Protest sie nicht aussetzt.

Ausländische Parteien, Zustellung im Ausland und Präzedenzentscheidungen

Befindet sich eine Partei im Ausland, werden Schriftstücke im Wege der Rechtshilfe nach einem bilateralen Abkommen, nach dem Haager Zustellungsübereinkommen, dem Vietnam seit 2016 angehört, auf diplomatischem Weg oder per Einschreiben mit Rückschein zugestellt, soweit der Empfangsstaat dies zulässt. Die Zustellung im Ausland dauert regelmäßig viele Monate, und das Gericht setzt die Verhandlungstermine entsprechend fest, was ein Grund für die längere Dauer von Fällen mit Auslandsbezug ist. Beweise im Ausland können nach dem Haager Beweisaufnahmeübereinkommen, das für Vietnam seit 3. Mai 2020 in Kraft ist, oder nach einem bilateralen Abkommen erhoben werden. Eine ausländische Gesellschaft, die in Vietnam klagt, benötigt eine legalisierte oder mit Apostille versehene und übersetzte Vollmacht für einen vietnamesischen Vertreter und sollte damit rechnen, ihre Gesellschaftsunterlagen in derselben Form vorzulegen.

Vietnam hat ein kontinentaleuropäisch geprägtes Rechtssystem, doch seit 2016 wählt das Oberste Volksgericht nach der Resolution Nr. 04/2019/NQ-HDTP aus Gerichtsurteilen **Präzedenzentscheidungen** (án lệ) aus. Die Gerichte müssen eine einschlägige Präzedenzentscheidung berücksichtigen und jede Abweichung begründen. Bis Mitte 2026 waren 90 Präzedenzentscheidungen veröffentlicht, wobei die letzten acht (Nr. 83/2026/AL bis 90/2026/AL) nach der Entscheidung Nr. 162/QD-CA ab 1. Juli 2026 gelten, darunter Präzedenzentscheidungen zur Mitversicherung und zum Rang

von Zahlungen aus Sicherheiten. Im Handelsrecht gibt es noch wenige Präzedenzentscheidungen, sodass Resolutionen des Richterrats und die Antworten des Obersten Volksgerichts auf Praxisfragen im Alltag größeres Gewicht haben.

Erhebung einer Handelsklage vor einem regionalen Gericht

1. **Zuständigkeit und Verjährung prüfen**

   Prüfen Sie, dass keine wirksame Schiedsklausel greift, ermitteln Sie für die örtliche Zuständigkeit den Hauptsitz des Beklagten und vergewissern Sie sich, dass die zweijährige Verjährungsfrist nach Artikel 319 des Handelsgesetzes nicht abgelaufen ist.

2. **Beweise zusammenstellen**

   Vertrag, Änderungen, Rechnungen, Liefer- und Abnahmenachweise, Korrespondenz und Mahnschreiben; ausländische Dokumente legalisieren oder mit Apostille versehen lassen und übersetzen.

3. **Vorläufige Maßnahmen prüfen**

   Besteht die Gefahr, dass Vermögen beiseitegeschafft wird, bereiten Sie mit der Klage einen Antrag auf Einfrieren von Konten oder Beschlagnahme von Vermögenswerten vor und stellen Sie die vom Gericht verlangte Sicherheit bereit.

4. **Klage einreichen**

   Reichen Sie die Klage online, persönlich oder per Post ein; der Richter entscheidet innerhalb von fünf Arbeitstagen über die Annahme (Artikel 191).

5. **Gerichtskostenvorschuss zahlen**

   Zahlen Sie innerhalb der in der gerichtlichen Mitteilung genannten Frist, in der Regel sieben Tage, und legen Sie die Quittung vor; die Sache gilt ab diesem Tag als angenommen (Artikel 195).

6. **Vorbereitung, Beweisaustausch und Mediation**

   Erwidern Sie auf die Stellungnahme des Beklagten und nehmen Sie innerhalb der zweimonatigen Vorbereitungsfrist am Termin zum Beweisaustausch und am gerichtlichen Mediationstermin teil (Artikel 203, 205 und 210).

7. **Erstinstanzliche Verhandlung und Urteil**

   Die Verhandlung sollte innerhalb eines Monats nach der Entscheidung über die Anberaumung der Hauptverhandlung beginnen; das Urteil wird am Ende der Verhandlung verkündet.

8. **Berufung einlegen oder vollstrecken**

   Legen Sie innerhalb von 15 Tagen Berufung ein oder stellen Sie nach Rechtskraft des Urteils innerhalb von fünf Jahren einen Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen.

Prozessführung in Handelssachen: die Kennzahlen (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Gerichtsaufbau	Oberstes Volksgericht; 34 Provinzgerichte; 355 regionale Gerichte	Gesetz Nr. 81/2025/QH15
Eingangsgericht für Handelsstreitigkeiten	Regionales Volksgericht am Hauptsitz des Beklagten	Zivilprozessordnung, Art. 30 und 39, in der geänderten Fassung
Entscheidung über die Annahme einer Klage	5 Arbeitstage nach Zuweisung an einen Richter	Art. 191
Stellungnahme des Beklagten	15 Tage, verlängerbar um 15 Tage	Art. 199
Vorbereitung der Hauptverhandlung	2 Monate, verlängerbar um 1 Monat	Art. 203
Verhandlung nach Entscheidung über die Anberaumung	1 Monat (2 Monate aus wichtigem Grund)	Art. 203
Vorläufige Maßnahmen	48 Stunden bei Antrag mit der Klage; 3 Arbeitstage während des Verfahrens; Sicherheitsleistung kann verlangt werden	Art. 111, 133 und 136
Berufung durch eine Partei	15 Tage ab Verkündung oder Zugang	Art. 273
Vorbereitung der Berufung	2 Monate, verlängerbar um 1 Monat	Art. 286
Erstinstanzliche Gebühr, Streitwert 4 Mrd. VND oder mehr	112 Mio. VND zuzüglich 0,1 % des 4 Mrd. VND übersteigenden Betrags	Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14
Berufungsgebühr (Handelssachen)	2 Mio. VND	Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14
Verjährungsfrist für Handelsansprüche	2 Jahre ab der Rechtsverletzung	Handelsgesetz Nr. 36/2005/QH11, Art. 319
Veröffentlichte Präzedenzentscheidungen	90 bis Juli 2026	Resolution Nr. 04/2019/NQ-HDTP; Entscheidung Nr. 162/QD-CA

RECHENBEISPIEL

Klage gegen einen vietnamesischen Kunden wegen unbezahlter Rechnungen über 5 Mrd. VND

Ein Verpackungshersteller in koreanischem Eigentum in Dong Nai verklagt ein vietnamesisches Lebensmittelunternehmen mit Hauptsitz in Ho-Chi-Minh-Stadt auf 5 Mrd. VND aus unbezahlten Rechnungen aus einem Liefervertrag ohne Schiedsklausel. Daten und Zahlen zur Veranschaulichung.

Gerichtsgebühr	112 Mio. VND + 0,1 % × 1 Mrd. VND = 113 Mio. VND; Gebührenvorschuss etwa 56,5 Mio. VND.
15. Januar 2026	Klage online beim zuständigen regionalen Gericht in Ho-Chi-Minh-Stadt eingereicht, mit einem Antrag auf Einfrieren des Kontos des Beklagten bei einer namentlich benannten Bank.
22. Januar 2026	Klage nach Zahlung des Vorschusses angenommen; die Einfrierungsanordnung ergeht innerhalb von 48 Stunden gegen eine auf Anweisung des Gerichts hinterlegte Sicherheit von 500 Mio. VND.
Februar 2026	Die Stellungnahme des Beklagten macht mangelhafte Ware geltend und begehrt eine Aufrechnung; das Gericht ordnet eine technische Begutachtung zurückbehaltener Muster an, wodurch die Vorbereitungsfrist für sechs Wochen ausgesetzt wird.
April 2026	Beweisaustausch und gerichtliche Mediation; der Beklagte bietet 3,5 Mrd. VND in Raten an, was der Hersteller ablehnt.
Juni 2026	Entscheidung über die Anberaumung der Hauptverhandlung; Verhandlung im Juli. Urteil über 4,8 Mrd. VND zuzüglich Verzugszinsen; die Aufrechnung wird bis auf eine Lieferung zurückgewiesen.
August 2026	Der Beklagte legt innerhalb von 15 Tagen Berufung ein; das Provinzgericht verhandelt die Berufung im November und bestätigt das Urteil.
Dezember 2026	Der Hersteller stellt einen Antrag bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen in Ho-Chi-Minh-Stadt; die eingefrorenen Mittel werden zur Begleichung der Urteilssumme freigegeben.

Die Gesamtdauer von etwa elf Monaten ist ein günstiges Ergebnis; ein Verfahren mit Zustellung im Ausland oder mehreren technischen Begutachtungen dauert häufig deutlich länger.

Hätte der Vertrag eine VIAC-Klausel enthalten, hätte das regionale Gericht seine Zuständigkeit verneint, doch der Hersteller hätte dieselbe Einfrierungsanordnung nach Artikel 53 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren dennoch beim Gericht erwirken können.

Fragen von Investoren zu den vietnamesischen Gerichten

Welches Gericht verhandelt seit Juli 2025 eine Handelsstreitigkeit in Vietnam?

In erster Instanz ein regionales Volksgericht, in der Regel am Hauptsitz des Beklagten, auch in Fällen mit Auslandsbezug, nach der Zivilprozessordnung in der Fassung des Gesetzes Nr. 85/2025/QH15. Berufungen gehen an das Provinzgericht. Die Bezirksgerichte und die Hohen Volksgerichte wurden durch das Gesetz Nr. 81/2025/QH15 abgeschafft.

Wie lange dauert ein Handelsprozess in Vietnam?

Die Zivilprozessordnung sieht zwei Monate zur Vorbereitung einer Handelssache vor, verlängerbar um einen Monat, und einen Monat bis zur Eröffnung der Verhandlung nach der Entscheidung über die Anberaumung. In der Praxis dauert ein streitiges erstinstanzliches Verfahren häufig ein Jahr oder länger, mit ausländischen Parteien länger, und Berufung und Kassation kosten zusätzliche Zeit.

Kann ich das Bankkonto eines vietnamesischen Schuldners vor dem Urteil einfrieren lassen?

Ja. Nach den Artikeln 111 bis 142 der Zivilprozessordnung kann das Gericht Konten einfrieren, Vermögenswerte beschlagnahmen und Übertragungen verbieten, in der Regel innerhalb von 48 Stunden bei Antrag mit der Klage und sonst innerhalb von drei Arbeitstagen. Der Antragsteller leistet in der Regel eine vom Gericht festgesetzte Sicherheit und haftet für Schäden, wenn die Maßnahme unberechtigt war.

Wie hoch sind die Gerichtsgebühren für eine Handelsklage?

Nach der Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14 hängt die erstinstanzliche Gebühr vom Streitwert ab, von 3 Mio. VND bis zu 112 Mio. VND zuzüglich 0,1 % des 4 Mrd. VND übersteigenden Betrags. Der Kläger zahlt einen Vorschuss, und die unterlegene Partei trägt die Gebühr; jede Seite trägt in der Regel ihre eigenen Anwaltshonorare, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Kann ein ausländischer Rechtsanwalt meine Gesellschaft vor einem vietnamesischen Gericht vertreten?

Nein. Nur vietnamesische Rechtsanwälte mit Zulassungsbescheinigung oder der gesetzliche oder bevollmächtigte Vertreter der Gesellschaft dürfen an Gerichtsverfahren teilnehmen. Eine ausländische Kanzlei darf beraten und koordinieren. Vollmachten und Gesellschaftsunterlagen aus dem Ausland müssen legalisiert oder mit Apostille versehen und ins Vietnamesische übersetzt werden.

AUSBLICK AUF 2027

- Das Oberste Volksgericht baut nach der Neuordnung 2025 die Online-Einreichung, die elektronische Zustellung und Fernverhandlungen aus; der Umfang der elektronischen Verfahren nach der geänderten Zivilprozessordnung sollte bei Einreichung geprüft werden.
- Weitere Präzedenzentscheidungen in Geschäfts- und Handelssachen werden vom Beirat für Präzedenzentscheidungen des Obersten Volksgerichts geprüft; die zwölf 2026 gemeldeten Entwürfe zu Geschäfts- und Handelssachen könnten im Laufe des Jahres 2027 angenommen werden.
- Das Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen gilt seit 1. Juli 2026, mit privaten Vollstreckungsbüros und digitaler Vermögensprüfung; seine Umsetzung im Laufe des Jahres 2027 wird zeigen, ob Urteile schneller beigetrieben werden (Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung).

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Supreme People's Court	*Tòa án nhân dân tối cao*	Das höchste Gericht, das Entscheidungen der Provinzgerichte überprüft und Präzedenzentscheidungen auswählt.
Provincial people's court	*Tòa án nhân dân cấp tỉnh*	Eines von 34 Gerichten, die über Berufungen und Kassation gegen Urteile der regionalen Gerichte entscheiden.
Regional people's court	*Tòa án nhân dân khu vực*	Eines von 355 am 1. Juli 2025 geschaffenen Eingangsgerichten.
Business and commercial dispute	*Tranh chấp về kinh doanh, thương mại*	Die in Artikel 30 der Zivilprozessordnung bestimmte Kategorie von Verfahren.
Petition	*Đơn khởi kiện*	Das Schriftstück, mit dem ein Prozess eingeleitet wird.
Advance on court fees	*Tạm ứng án phí*	Die vom Kläger vor der Annahme gezahlte Vorauszahlung.
Interim measures	*Biện pháp khẩn cấp tạm thời*	Sicherungsanordnungen nach den Artikeln 111 bis 142.
Appeal	*Phúc thẩm*	Überprüfung eines erstinstanzlichen Urteils durch das Provinzgericht.
Cassation; reopening	*Giám đốc thẩm; tái thẩm*	Außerordentliche Überprüfung rechtskräftiger Urteile auf Protest.
Precedent	*Án lệ*	Ein vom Obersten Volksgericht ausgewähltes Urteil, dem die Gerichte folgen.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Die Gerichte wenden auf jede Partei dasselbe Verfahren an, und ein Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ist eine vietnamesische Prozesspartei wie jede andere. Eine ausländische Gesellschaft, die selbst Partei ist, muss wegen der Zustellung im Ausland mit längeren Fristen rechnen, ihre Unterlagen und Vollmachten legalisieren oder mit Apostille versehen und übersetzen lassen und kann sich vor Gericht nicht durch ihre ausländischen Rechtsanwälte vertreten lassen. Einem vietnamesischen Investor, der mit einer anderen vietnamesischen Partei kontrahiert, oder einem Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von höchstens 50 % stehen nur die vietnamesischen Gerichte oder vietnamesische Schiedsverfahren offen.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Einreichung beim falschen Gericht: Seit 1. Juli 2025 gehen erstinstanzliche Handelssachen an die regionalen Gerichte, nicht an die Provinzgerichte.
- Schwache Dokumentation: Vietnamesische Gerichte entscheiden weitgehend anhand von Dokumenten, und mündliche Aussagen haben wenig Gewicht.
- Verspätete Beweise: Nach Ablauf der richterlichen Frist vorgelegtes Material kann ausgeschlossen werden.
- Die Sicherheitsleistung für vorläufige Maßnahmen zu vergessen, die das Gericht vor dem Einfrieren von Vermögen verlangt.
- Ein Berufungsurteil als endgültig zu behandeln: Eine Kassation auf Protest bleibt möglich.
- Nicht übersetzte oder nicht legalisierte ausländische Dokumente, die nicht zugelassen werden.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 81/2025/QH15 zur Änderung des Gesetzes über die Organisation der Volksgerichte; Gesetz Nr. 85/2025/QH15 zur Änderung der Zivilprozessordnung — https://vbpl.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13; Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14 über Gerichtsgebühren — https://vbpl.vn
- Oberstes Volksgericht: Präzedenzentscheidungen und Leitlinien — https://www.toaan.gov.vn
- Gerichtszeitschrift des Obersten Volksgerichts (Zuständigkeit nach der Neuorganisation 2025) — https://tapchitoaan.vn

Mediation und Verhandlung: einvernehmliche Beilegung von Streitigkeiten, Handelsmediation nach Dekret 22/2017, das Vietnam Mediation Centre, gerichtsnahe Mediation und Dialog, Vollstreckbarkeit eines Vergleichs, das Übereinkommen von Singapur sowie Mediation in Arbeits- und Verwaltungssachen

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Nach Artikel 13 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 sind Verhandlung und Mediation der erste Schritt bei Investitionsstreitigkeiten; ein ausgehandelter Vergleich ist ein Vertrag, aus dem geklagt werden kann, und ein Schuldanerkenntnis lässt die Verjährungsfrist nach dem Zivilgesetzbuch (Gesetz Nr. 91/2015/QH13) neu beginnen.
- Die Handelsmediation durch registrierte Mediatoren und zugelassene Mediationszentren, darunter das Vietnam Mediation Centre (VMC) beim VIAC, ist in Dekret Nr. 22/2017/ND-CP geregelt, geändert durch Dekret Nr. 112/2025/ND-CP, das die Zulassung von Mediationszentren auf die Provinzen übertragen hat.
- Eine erfolgreiche außergerichtliche Mediation kann nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung (Gesetz Nr. 92/2015/QH13) gerichtlich anerkannt und anschließend wie ein Urteil vollstreckt werden; im Schiedsverfahren kann ein Vergleich in einer Entscheidung festgehalten werden, die die Wirkung eines Schiedsspruchs hat (Artikel 58, Gesetz Nr. 54/2010/QH12).
- Die Gerichte bieten nach Gesetz Nr. 58/2020/QH14 Mediation und Dialog vor der Annahme der Klage an; das Verfahren ist innerhalb von 20 Tagen nach Bestellung des Mediators abzuschließen, verlängerbar, vertraulich und mit gerichtlicher Anerkennung des Ergebnisses; die Parteien von Handelsstreitigkeiten über Geldforderungen tragen die Kosten selbst.
- Vietnam hat das Übereinkommen von Singapur über Mediation von 2018 weder unterzeichnet noch ist es Vertragspartei; ein internationaler Mediationsvergleich ist in Vietnam daher nicht unmittelbar vollstreckbar.

Warum die meisten Streitigkeiten mit einem Vergleich enden

Die meisten Geschäftsstreitigkeiten in Vietnam werden durch Vergleich beigelegt, nicht durch Entscheidung. Die Gründe sind praktischer Natur: Gerichtsverfahren sind langwierig und öffentlich, Schiedsverfahren sind teuer, die Vollstreckung gegen einen unwilligen Schuldner ist ungewiss, und in

einem Markt, in dem die Beziehungen zu Partnern, Lieferanten und Provinzbehörden zählen, kann eine bis zum Urteil getriebene Streitigkeit mehr kosten als der Streitwert. Das vietnamesische Recht fördert den Vergleich in jedem Stadium. Nach Artikel 13 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen werden Investitionsstreitigkeiten zunächst durch Verhandlung und Mediation beigelegt (FAQ 78); die Zivilprozessordnung verpflichtet den Richter, vor der Hauptverhandlung in den meisten Handelssachen eine Mediation zu versuchen; das Gesetz über Handelsschiedsverfahren erlaubt dem Schiedsgericht, auf Antrag der Parteien zu vermitteln; und das Arbeitsgesetzbuch schreibt die Mediation für die meisten individuellen Arbeitsstreitigkeiten zwingend vor.

Der Vergleich ist daher eine Strategie, die geplant werden will, und kein Zeichen von Schwäche. Zu klären ist, welches Forum in der Verhandlung den größten Hebel bietet, wie verhindert werden kann, dass Vergleichsgespräche die Rechtsposition beeinträchtigen, wenn sie scheitern, und wie der Vergleich vollstreckbar gemacht werden kann, falls die Gegenseite nicht leistet. Dieser Abschnitt behandelt jede dieser Fragen sowie die förmlichen Mediationswege, die das vietnamesische Recht vorsieht.

Sicher verhandeln

Das vietnamesische Recht kennt kein allgemeines Verwertungsverbot für Vergleichskommunikation („without prejudice“) nach Art des Common Law. Ein in der Korrespondenz abgegebenes Eingeständnis oder Angebot kann vor Gericht oder im Schiedsverfahren vorgelegt werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben oder ein besonderes Gesetz es schützt. Vergleichsgespräche sollten daher auf der Grundlage einer schriftlichen Vertraulichkeitsvereinbarung geführt werden, nach der zu Vergleichszwecken ausgetauschte Angebote, Eingeständnisse und Unterlagen nicht als Beweismittel verwendet werden dürfen, oder im Rahmen einer förmlichen Mediation, deren Regeln diesen Schutz vorsehen. Gesetz Nr. 58/2020/QH14 gewährt der gerichtsnahen Mediation gesetzlichen Schutz (Artikel 4), und Dekret Nr. 22/2017/ND-CP erhebt die Vertraulichkeit zu einem Grundsatz der Handelsmediation; außerhalb dieser Rahmen beruht der Schutz auf Vertrag.

Die Fristen laufen weiter. Die zweijährige Verjährungsfrist für Handelsforderungen nach Artikel 319 des Handelsgesetzes wird durch Verhandlungen nicht gehemmt; ein Anerkenntnis der Schuld durch den Schuldner, eine Teilzahlung oder eine Vereinbarung zur Leistung lässt die Frist nach Artikel 157 des Zivilgesetzbuchs jedoch neu beginnen. Ein Gläubiger, der kurz vor Ablauf der Frist verhandelt, sollte entweder ein schriftliches Anerkenntnis einholen, schriftlich ein Stillhalteabkommen vereinbaren oder das Verfahren einleiten und parallel verhandeln. Der Vergleich selbst sollte schriftlich geschlossen, von den gesetzlichen Vertretern oder bevollmächtigten Unterzeichnern beider Parteien unterzeichnet werden und die Beträge, Termine, den Verzicht auf Ansprüche, die Folgen eines Verzugs und das Forum für Streitigkeiten über den Vergleich festlegen.

Handelsmediation nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP

Dekret Nr. 22/2017/ND-CP über die Handelsmediation, in Kraft seit dem 15. April 2017, regelt die Mediation von Streitigkeiten aus Handelstätigkeiten, von Streitigkeiten, bei denen mindestens eine Partei Handel treibt, und von sonstigen Streitigkeiten, deren Beilegung durch Handelsmediation gesetzlich zulässig ist. Die Mediation kann von einem in einer Provinzliste registrierten **Handelsmediator** durchgeführt werden, den die Parteien ad hoc wählen, oder von einem

Handelsmediationszentrum nach dessen Regeln. Mediatoren müssen die Anforderungen des Dekrets erfüllen, darunter volle Geschäftsfähigkeit, guter Leumund, ein Hochschulabschluss und Berufserfahrung; auch ausländische Mediatoren dürfen tätig werden. Das Verfahren ist freiwillig, vertraulich und flexibel: Die Parteien wählen den Mediator und das Verfahren, jede Partei kann jederzeit ausscheiden, und der Mediator schlägt Bedingungen vor, kann sie aber nicht auferlegen.

Dekret Nr. 112/2025/ND-CP vom 29. Mai 2025 änderte neben weiteren Dekreten zur Justizunterstützung das Dekret Nr. 22/2017/ND-CP dahin, dass ein Antrag auf Errichtung eines Handelsmediationszentrums beim Justizamt der Provinz eingereicht wird, das ihn innerhalb von 15 Tagen prüft, und der Vorsitzende des Volkskomitees der Provinz innerhalb von fünf Arbeitstagen entscheidet, statt wie bisher das Justizministerium. Ausländische Handelsmediationsorganisationen können im selben Rahmen Zweigniederlassungen und Repräsentanzen in Vietnam errichten.

Die führende Institution für ausländische Investoren ist das **Vietnam Mediation Centre (VMC)**, das dem VIAC angegliedert ist und eine Mediationsordnung, eine Liste vietnamesischer und ausländischer Mediatoren, eine Muster-Mediationsklausel sowie die Möglichkeit bietet, bei Scheitern der Mediation in ein VIAC-Schiedsverfahren überzugehen. Weitere Mediationszentren sind in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt tätig. Die Mediationsgebühren richten sich nach der Gebührenordnung des jeweiligen Zentrums und sind im Vergleich zum Schiedsverfahren moderat.

Vollstreckbarkeit eines Mediationsvergleichs

Ein in einer Handelsmediation erzielter Vergleich wird in einem schriftlichen **Protokoll über die erfolgreiche Mediation** (văn bản kết quả hòa giải thành) festgehalten. Für sich genommen ist es ein Vertrag: Erfüllt eine Partei nicht, muss die andere vor Gericht oder im Schiedsverfahren daraus klagen. Um es unmittelbar vollstreckbar zu machen, kann eine Partei das Gericht ersuchen, es nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung **anzuerkennen**; diese Vorschriften gelten für erfolgreiche außergerichtliche Mediationen durch eine nach dem Gesetz zuständige Organisation oder Einzelperson, einschließlich der Handelsmediation (FAQ 78). Der Antrag ist innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Vergleichs beim zuständigen regionalen Gericht einzureichen. Das Gericht prüft die Voraussetzungen des Artikels 417: Die Parteien waren voll geschäftsfähig und Inhaber der verglichenen Rechte und Pflichten; der Inhalt verstößt weder gegen ein gesetzliches Verbot noch gegen die guten Sitten und dient nicht der Umgehung von Pflichten gegenüber dem Staat oder Dritten; und die Parteien haben sich freiwillig geeinigt. Die Streitigkeit selbst wird nicht erneut geprüft. Eine Anerkennungsentscheidung wird sofort wirksam und von der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen wie ein Urteil vollstreckt (Vollstreckung von Urteilen und Zivilurteilsvollstreckung).

Haben die Parteien eine Schiedsvereinbarung getroffen, steht ein zweiter Weg offen. Einigen sie sich während eines Schiedsverfahrens, kann das Schiedsgericht den Vergleich auf ihren Antrag in einer **Entscheidung über die Anerkennung der Einigung der Parteien** festhalten, die endgültig ist und dieselbe Wirkung wie ein Schiedsspruch hat (Artikel 58 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren). Parteien, die sich vor Beginn eines Schiedsverfahrens in einer Mediation einigen, leiten mitunter ein Schiedsverfahren allein zu dem Zweck ein, eine solche Entscheidung zu erlangen. Dieser Weg eignet sich am besten, wenn die Schiedsvereinbarung auf das VIAC lautet, da VMC-Mediation und VIAC-Schiedsverfahren gemeinsam administriert werden.

Gerichtsnahe Mediation und Dialog

Gesetz Nr. 58/2020/QH14 über Mediation und Dialog bei Gericht, in Kraft seit dem 1. Januar 2021 und geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15, eröffnet einen dritten Weg. Bei Einreichung einer Klage weist das Gericht die Parteien auf ihr Recht auf Mediation vor Annahme der Sache hin; stimmen beide zu, bestellt das Gericht einen Mediator aus seiner Liste, in der Regel einen pensionierten Richter oder erfahrenen Rechtsanwalt. Die Mediation muss innerhalb von **20 Tagen** nach Bestellung des Mediators abgeschlossen sein, verlängerbar auf höchstens 30 Tage in komplexen Fällen, und die Parteien können eine längere Frist von bis zu zwei Monaten vereinbaren (Artikel 20). In der Mediation offengelegte Informationen sind vertraulich und dürfen nicht als Beweismittel verwendet werden, es sei denn, die offenlegende Partei stimmt zu oder das Gesetz verlangt es (Artikel 4). Die in der Mediation verbrachte Zeit wird grundsätzlich nicht auf die Verjährungsfrist angerechnet, wenn die Sache später streitig verhandelt wird (Artikel 16).

Einigen sich die Parteien, übermittelt der Mediator das Protokoll an das Gericht, der Richter hat 15 Tage Zeit für die Prüfung, und das Gericht erkennt die Einigung an oder lehnt die Anerkennung ab (Artikel 32 und 33); eine Anerkennungsentscheidung ist wie ein Urteil vollstreckbar. Scheitert die Mediation, wird die Sache im ordentlichen Verfahren fortgeführt. Die Kosten der gerichtsnahen Mediation trägt grundsätzlich der Staatshaushalt; Parteien von Handelsstreitigkeiten mit Geldwert tragen die Mediationskosten jedoch selbst, ebenso Parteien, die Sitzungen außerhalb des Gerichts beantragen oder eine Dolmetschung benötigen (Artikel 9). Für Verwaltungssachen sieht dasselbe Gesetz einen **Dialog** zwischen dem Kläger und der Behörde vor, deren Entscheidung angefochten wird.

Das Übereinkommen von Singapur und grenzüberschreitende Vergleiche

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 2018 über internationale, durch Mediation erzielte Vergleichsvereinbarungen, das **Übereinkommen von Singapur**, ermöglicht es, einen in einer internationalen Mediation erzielten Handelsvergleich in jedem Vertragsstaat unmittelbar zu vollstrecken, ähnlich wie das New Yorker Übereinkommen für Schiedssprüche. Stand Oktober 2026 verzeichnet die Statustabelle von UNCITRAL 24 Vertragsparteien, doch **Vietnam hat das Übereinkommen weder unterzeichnet noch ist es Vertragspartei**. Ein in einer internationalen Mediation in Singapur oder anderswo erzielter Vergleich ist daher in Vietnam nicht unmittelbar nach dem Übereinkommen vollstreckbar.

Es bleiben drei Alternativen. Aus dem Vergleich kann als Vertrag vor dem in der Vergleichsvereinbarung gewählten Forum geklagt werden; er kann von einem Schiedsgericht in einen Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut umgewandelt werden, der dann in Vietnam als vietnamesischer Schiedsspruch oder, bei Schiedsort im Ausland, nach Anerkennung gemäß dem New Yorker Übereinkommen vollstreckbar ist, wobei nicht geklärt ist, ob ein vietnamesisches Gericht einen im Ausland ergangenen Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut als Schiedsspruch im Sinne des Übereinkommens behandelt; oder die Parteien können, wenn die Mediation in Vietnam mit einem zuständigen Mediator stattgefunden hat, ein vietnamesisches Gericht um Anerkennung nach Artikel 416 bis 419 ersuchen. Investoren, die mit einer vietnamesischen Partei über einen Vergleich verhandeln, sollten vor der Unterzeichnung entscheiden, welchen Weg sie nutzen werden, und den Vergleich entsprechend abfassen.

Arbeits- und Verwaltungsstreitigkeiten

Individuelle Arbeitsstreitigkeiten folgen nach dem Arbeitsgesetzbuch (Gesetz Nr. 45/2019/QH14) einem eigenen Weg: Die Mediation durch einen von der Arbeitsbehörde der Provinz bestellten Arbeitsmediator ist ein zwingender erster Schritt, der innerhalb von fünf Arbeitstagen nach dem Antrag abzuschließen ist; ausgenommen sind Streitigkeiten über disziplinarische Entlassung, einseitige Beendigung, Zahlungen bei Beendigung, Versicherungen und bestimmte weitere Fälle, die unmittelbar vor Gericht gebracht werden können; nach gescheiterter Mediation können die Parteien die Streitigkeit einem Arbeitsschiedsrat oder dem Gericht vorlegen (Artikel 187 bis 190). Kollektive Streitigkeiten folgen einem gesonderten Verfahren. Diese Regeln und ihre Verjährungsfristen werden unter Innerbetriebliche Arbeitsordnung, Gewerkschaften und Streitigkeiten erläutert.

Streitigkeiten mit Behörden über Steuerbescheide, Bodenentscheidungen oder Lizenzen werden durch eine Verwaltungsbeschwerde bei der erlassenden Behörde und deren übergeordneter Stelle und anschließend vor dem Verwaltungsgericht beigelegt, wo ein Dialog nach Gesetz Nr. 58/2020/QH14 zur Verfügung steht (Steuerverwaltung, Betriebsprüfungen und Streitigkeiten; Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren). Investitionsstreitigkeiten mit dem Staat beginnen mit der nach Artikel 13 vorgeschriebenen Verhandlung und Mediation und nach den meisten Investitionsabkommen mit einer Abkühlungsfrist von mehreren Monaten (Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen).

Durchführung einer Handelsmediation beim VMC und Vollstreckbarkeit des Ergebnisses

1. **Zuerst die Rechtsposition sichern**
   Notieren Sie die Verjährungsfrist, holen Sie ein schriftliches Schuldanerkenntnis oder ein Stillhalteabkommen ein und unterzeichnen Sie eine Vertraulichkeitsvereinbarung für die Vergleichskommunikation.

2. **Mediation vereinbaren**
   Berufen Sie sich auf die im Vertrag vorgesehene Mediationsstufe oder unterzeichnen Sie eine Vorlagevereinbarung, mit der die Streitigkeit dem VMC nach dessen Regeln unterbreitet wird.

3. **Mediator bestellen**
   Einigen Sie sich auf einen Mediator aus der VMC-Liste oder einen registrierten Handelsmediator mit den passenden Sprachkenntnissen und Branchenerfahrungen; können sich die Parteien nicht einigen, bestellt das Zentrum den Mediator.

4. **Positionspapiere austauschen**
   Kurze schriftliche Darstellungen der Streitigkeit und die wesentlichen Unterlagen, die dem Mediator und, soweit vereinbart, auch der Gegenseite übermittelt werden.

5. **Mediationssitzungen durchführen**
   Gemeinsame und Einzelsitzungen, persönlich oder online; Entscheidungsträger mit Vergleichsbefugnis nehmen teil.

6 Vergleich festhalten

Unterzeichnen Sie ein Protokoll über die erfolgreiche Mediation, das Beträge, Termine, Verzichtserklärungen, Verzugsfolgen und das Forum für Streitigkeiten über den Vergleich festlegt.

7 Gerichtliche Anerkennung erwirken

Stellen Sie innerhalb von sechs Monaten beim zuständigen regionalen Gericht einen Antrag nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung oder ersuchen Sie, wenn ein Schiedsverfahren anhängig ist, das Schiedsgericht um eine Entscheidung über die Anerkennung der Einigung nach Artikel 58 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren.

Mediationswege im Vergleich (Oktober 2026)

Transaktionsweg	Rechtsgrundlage	Dauer und Kosten	Vollstreckung des Ergebnisses
Ausgehandelter Vergleich	Zivilgesetzbuch; Handelsgesetz	Nach Vereinbarung; keine Gebühren	Klage aus dem Vergleich als Vertrag
Handelsmediation (VMC oder anderes Zentrum oder Ad-hoc-Mediator)	Dekret Nr. 22/2017/ND-CP in der Fassung von Dekret Nr. 112/2025/ND-CP	Nach Vereinbarung gemäß der Ordnung des Zentrums; Gebührenordnung des Zentrums	Gerichtliche Anerkennung binnen 6 Monaten (Zivilprozessordnung, Art. 416 bis 419); danach Vollstreckung
Vergleich während des Schiedsverfahrens	Gesetz Nr. 54/2010/QH12, Art. 58	Im Zeitplan des Schiedsverfahrens	Entscheidung über die Anerkennung der Einigung mit der Wirkung eines Schiedsspruchs
Gerichtsnahe Mediation und Dialog	Gesetz Nr. 58/2020/QH14 in der Fassung von Gesetz Nr. 85/2025/QH15	20 Tage, verlängerbar auf 30, oder bis zu 2 Monate nach Vereinbarung; Parteien zahlen bei Handelsstreitigkeiten über Geldforderungen	Gerichtliche Anerkennungsentscheidung, wie ein Urteil vollstreckbar
Mediation im Gerichtsverfahren	Zivilprozessordnung, Art. 205 bis 213	Innerhalb der Vorbereitungsphase	Entscheidung über die Anerkennung der Einigung der Parteien, sofort wirksam
Individuelle Arbeitsmediation	Arbeitsgesetzbuch Nr. 45/2019/QH14, Art. 188	5 Arbeitstage	Protokoll über die erfolgreiche Mediation; bei Nichterfüllung Arbeitsschiedsverfahren oder Gericht
Internationale Mediation	Übereinkommen von Singapur (Vietnam keine Vertragspartei)	Wie vereinbart	In Vietnam nicht unmittelbar vollstreckbar; vertragliche Klage oder Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut

RECHENBEISPIEL

Mediation einer Zahlungsstreitigkeit aus einem Bauvorhaben beim VMC

Ein vietnamesisches Bauunternehmen in singapurischem Eigentum fordert von einem vietnamesischen Projektentwickler bei einem Fabrikprojekt in Binh Duong (heute Teil von Ho-Chi-Minh-Stadt) 18 Mrd. VND an offenen Abschlagszahlungen und Nachträgen; der Projektentwickler macht widerklagend Verzugsstrafen geltend. Der Vertrag sieht 30 Tage Verhandlung, danach eine VMC-Mediation und anschließend ein VIAC-Schiedsverfahren in Ho-Chi-Minh-Stadt vor. Daten und Zahlen dienen der Veranschaulichung.

März 2026	Das Bauunternehmen stellt eine Streitanzeige zu; leitende Führungskräfte treffen sich zweimal auf der Grundlage einer Vertraulichkeitsvereinbarung, die die Vergleichskommunikation als Beweismittel ausschließt. Der Projektentwickler unterzeichnet ein schriftliches Anerkenntnis über 9 Mrd. VND an bestätigten Zahlungen, wodurch die Verjährungsfrist für diesen Betrag neu beginnt.
April 2026	Die Verhandlungsfrist läuft ab; das Bauunternehmen legt die Streitigkeit dem VMC vor. Die Parteien einigen sich auf einen Mediator mit Bauerfahrung, der Englisch und Vietnamesisch spricht.
Mai 2026	Austausch der Positionspapiere; eine ganztägige Mediation in Ho-Chi-Minh-Stadt unter Teilnahme des Generaldirektors des Projektentwicklers und des Regionalleiters des Bauunternehmens.
Ergebnis	Vergleich über 14,5 Mrd. VND, zahlbar in drei Raten über vier Monate; Verzicht auf die Verzugsstrafen; gegenseitiger Verzicht auf Ansprüche; das VIAC-Schiedsverfahren bleibt für Streitigkeiten über den Vergleich vereinbart.
Juni 2026	Das Bauunternehmen beantragt beim zuständigen regionalen Gericht die Anerkennung des Protokolls über die erfolgreiche Mediation nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung; das Gericht erkennt es an.
September 2026	Der Projektentwickler versäumt die dritte Rate; das Bauunternehmen wendet sich auf Grundlage der Anerkennungsentscheidung an die Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen, statt ein Schiedsverfahren einzuleiten.

Die Mediationskosten, einschließlich der zu gleichen Teilen getragenen Gebühr des Zentrums und Vergütung des Mediators, betrugen nur einen kleinen Bruchteil der Kosten eines VIAC-Schiedsverfahrens.

Ohne gerichtliche Anerkennung wäre dem Bauunternehmen wegen der versäumten Rate nur ein VIAC-Schiedsverfahren aus der Vergleichsvereinbarung geblieben.

Fragen von Investoren zur Mediation

Ist ein Mediationsvergleich in Vietnam vollstreckbar?

Nicht automatisch. Er ist ein Vertrag, doch eine Partei kann das zuständige Gericht innerhalb von sechs Monaten nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung ersuchen, eine erfolgreiche außergerichtliche Mediation anzuerkennen; danach wird er wie ein Urteil vollstreckt. In einem Schiedsverfahren kann das Schiedsgericht den Vergleich in einer Entscheidung mit der Wirkung eines Schiedsspruchs festhalten.

Ist Vietnam dem Übereinkommen von Singapur über Mediation beigetreten?

Nein. Stand Oktober 2026 hat Vietnam das Übereinkommen von Singapur von 2018, das 24 Vertragsparteien zählte, weder unterzeichnet noch ist es Vertragspartei. Ein internationaler Mediationsvergleich muss daher als Vertrag durchgesetzt, in einen Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut umgewandelt oder, wenn die Mediation in Vietnam stattfand, von einem vietnamesischen Gericht anerkannt werden.

Was ist das Vietnam Mediation Centre?

Das Vietnam Mediation Centre (VMC) ist das dem VIAC angegliederte Zentrum für Handelsmediation. Es administriert Mediationen nach seiner eigenen Ordnung und nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP, bietet vietnamesische und ausländische Mediatoren an und ermöglicht bei Scheitern der Mediation einen reibungslosen Übergang in ein VIAC-Schiedsverfahren, weshalb es in gestuften Streitbeilegungsklauseln die übliche Wahl ist.

Sind Vergleichsgespräche in Vietnam vertraulich?

Nur wenn sie geschützt sind. Das vietnamesische Recht kennt keine allgemeine Without-prejudice-Regel. Die gerichtsnahe Mediation ist nach Artikel 4 des Gesetzes Nr. 58/2020/QH14 vertraulich, die Handelsmediation nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP; andere Verhandlungen sollten durch eine schriftliche Vereinbarung abgesichert werden, die die Vergleichskommunikation als Beweismittel ausschließt.

Hemmen Verhandlungen den Lauf der Verjährungsfrist?

Nein. Die zweijährige Frist für Handelsforderungen nach Artikel 319 des Handelsgesetzes läuft weiter, doch ein schriftliches Anerkenntnis der Schuld, eine Teilzahlung oder eine Vereinbarung zur Leistung lässt sie nach Artikel 157 des Zivilgesetzbuchs neu beginnen. Die Zeit einer gerichtsnahen Mediation wird grundsätzlich nicht angerechnet, wenn die Sache später fortgeführt wird.

AUSBLICK AUF 2027

- In Fachkreisen wurden Vorschläge für ein Gesetz über die Handelsmediation erörtert, das Dekret Nr. 22/2017/ND-CP ersetzen soll, mit klareren Anforderungen an Mediatoren und einem einfacheren Weg zur Vollstreckung von Vergleichen; Stand Oktober 2026 stand kein Gesetzentwurf auf dem Gesetzgebungsprogramm.
- Der Beitritt zum Übereinkommen von Singapur wurde vom Justizministerium geprüft, eine Entscheidung ist jedoch nicht bekannt gegeben worden; Investoren sollten nicht von einem Beitritt im Jahr 2027 ausgehen.
- Da die Zulassung von Handelsmediationszentren durch Dekret Nr. 112/2025/ND-CP auf die Provinzen übertragen wurde, werden voraussichtlich mehr lokale Zentren zugelassen; prüfen Sie die Zulassung und die Betriebsregistrierung eines Zentrums beim Justizamt der Provinz, bevor Sie es in einer Klausel benennen.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Negotiation	*Thương lượng*	Unmittelbare Vergleichsgespräche zwischen den Parteien.
Commercial mediation	*Hòa giải thương mại*	Mediation nach Dekret Nr. 22/2017/ND-CP.
Commercial mediator	*Hòa giải viên thương mại*	Ein Mediator, der die Anforderungen des Dekrets erfüllt und registriert oder einem Zentrum angeschlossen ist.
Commercial mediation centre	*Trung tâm hòa giải thương mại*	Eine zugelassene Einrichtung, die Mediationen administriert, etwa das VMC.
Record of successful mediation	*Văn bản kết quả hòa giải thành*	Der am Ende einer Mediation unterzeichnete schriftliche Vergleich.
Recognition of out-of-court mediation	*Công nhận kết quả hòa giải thành ngoài Tòa án*	Gerichtliches Verfahren nach Artikel 416 bis 419 der Zivilprozessordnung.
Mediation and dialogue at court	*Hòa giải, đối thoại tại Tòa án*	Das Verfahren vor Annahme der Klage nach Gesetz Nr. 58/2020/QH14.
Labour mediator	*Hòa giải viên lao động*	Der amtliche Mediator für Arbeitsstreitigkeiten nach dem Arbeitsgesetzbuch.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Die Mediation steht allen Parteien zu denselben Bedingungen offen, und auch ausländische Mediatoren dürfen tätig werden. Die praktischen Unterschiede liegen in der Sprache, da vietnamesische Gerichte für die Anerkennung eines Vergleichs einen vietnamesischen Text benötigen, und in der Vollstreckung grenzüberschreitender Vergleiche: Da Vietnam nicht Vertragspartei des Übereinkommens von Singapur ist, muss ein ausländischer Investor, der im Ausland mediiert, planen, wie der Vergleich in Vietnam vollstreckt werden soll, während zwei vietnamesische Parteien, die in Vietnam mediieren, unmittelbar die gerichtliche Anerkennung nutzen können.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Schreiben mit Angeboten oder Eingeständnissen ohne Vertraulichkeitsvereinbarung: Sie können als Beweismittel vorgelegt werden.
- Verhandlungen über den Ablauf der zweijährigen Verjährungsfrist hinaus ohne schriftliches Anerkenntnis oder Stillhalteabkommen.
- Versäumen der Sechsmonatsfrist für die gerichtliche Anerkennung eines außergerichtlichen Vergleichs.
- Die Annahme, ein internationaler Mediationsvergleich könne in Vietnam nach dem Übereinkommen von Singapur vollstreckt werden.
- Vergleiche, die von nicht vertretungsbefugten Personen oder ohne vietnamesischen Text für die gerichtliche Anerkennung unterzeichnet werden.
- Gestufte Klauseln, deren Mediationsstufe kein Enddatum hat.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Dekret Nr. 22/2017/ND-CP über die Handelsmediation; Dekret Nr. 112/2025/ND-CP — https://vbpl.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 58/2020/QH14 über Mediation und Dialog bei Gericht; Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13, Artikel 416 bis 419 — https://vbpl.vn
- Vietnam International Arbitration Centre und Vietnam Mediation Centre (Verfahrensordnungen und Musterklauseln) — https://www.viac.vn
- UNCITRAL: Status des Übereinkommens von Singapur über Mediation — https://uncitral.un.org/en/texts/mediation/conventions/international_settlement_agreements/status

Vollstreckung von Urteilen und Schiedssprüchen: das Gesetz über die Vollstreckung von Zivilurteilen 2025, die Vollstreckungsbehörden nach der Umstrukturierung 2025, private Vollstreckungsbüros, die Fünfjahresfrist, die Ermittlung von Vermögenswerten, die Anerkennung ausländischer Gerichtsurteile und der Vorrang gesicherter Gläubiger

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen, verabschiedet am 5. Dezember 2025, hat ab dem 1. Juli 2026 (einige Bestimmungen ab dem 20. Januar 2026) das Gesetz Nr. 26/2008/QH12 abgelöst; es erfasst vietnamesische Urteile, vietnamesische Schiedssprüche sowie anerkannte ausländische Urteile und Schiedssprüche (Artikel 2).
- Die Vollstreckung erfolgt durch 34 Provinzbehörden für die Vollstreckung von Zivilurteilen und ihre regionalen Abteilungen, die von der Abteilung für die Verwaltung der Zivilurteilsvollstreckung im Justizministerium geleitet werden, oder durch zugelassene private Vollstreckungsbüros auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags (Artikel 17, 26 und 31).
- Der Gläubiger muss die Vollstreckung innerhalb von fünf Jahren ab Wirksamwerden des Urteils oder Schiedsspruchs oder ab Fälligkeit der Verpflichtung beantragen (Artikel 34); der Schuldner hat dann ab Mitteilung der Vollstreckungsentscheidung zehn Tage Zeit, freiwillig zu leisten, bevor Zwangsmaßnahmen ergriffen werden (Artikel 36).
- Ein ausländisches Gerichtsurteil wird nur anerkannt, wenn Vietnam mit dem Urteilsstaat ein Rechtshilfeabkommen geschlossen hat oder Gegenseitigkeit besteht, und nur auf Antrag innerhalb von drei Jahren (Artikel 423 Zivilprozessordnung, Gesetz Nr. 92/2015/QH13); mit dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und Singapur hat Vietnam kein solches Abkommen.
- Ein gesicherter Gläubiger, dessen Sicherheit registriert ist, hat am Sicherungsgut Vorrang in der Reihenfolge der Registrierung (Zivilgesetzbuch; Dekret Nr. 21/2021/ND-CP; Dekret Nr. 99/2022/ND-CP), und dieser Vorrang wird in der Vollstreckung beachtet.

Das neue Vollstreckungsgesetz

Ein Urteil oder Schiedsspruch ist so viel wert, wie sich daraus beitreiben lässt. In Vietnam ist die Beitreibung Sache des Systems der Zivilurteilsvollstreckung, und das maßgebliche Gesetz hat sich am **1. Juli 2026** geändert, als **Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen**, am 5. Dezember 2025 von der Nationalversammlung verabschiedet, das Gesetz Nr. 26/2008/QH12 in seiner geänderten Fassung ablöste; einige wenige Bestimmungen, darunter jene zur digitalen Datenbank, traten bereits am 20. Januar 2026 in Kraft. Das neue Gesetz behält die Struktur des alten bei, ein staatliches Vollstreckungssystem, das auf Antrag des Gläubigers tätig wird, bringt aber drei wesentliche Neuerungen: private Vollstreckungsbüros, die Gläubiger vertraglich beauftragen können, eine nationale Datenbank für die Zivilurteilsvollstreckung, die mit anderen nationalen Datenbanken verbunden ist und in der elektronische Dokumente dieselbe Rechtswirkung haben wie Papierdokumente (Artikel 5), sowie konkretere Pflichten von Schuldnern und Dritten zur Offenlegung von Vermögenswerten.

Artikel 2 bestimmt, was vollstreckt wird: rechtskräftige Urteile und Entscheidungen vietnamesischer Gerichte in Zivil-, Handels-, Arbeits- und sonstigen zivilrechtlichen Sachen, einschließlich ausländischer Gerichtsurteile und ausländischer Schiedssprüche, die ein vietnamesisches Gericht anerkannt und für vollstreckbar erklärt hat; erstinstanzliche Urteile, die trotz Berufung sofort vollstreckbar sind; Entscheidungen über vorläufige Maßnahmen; sowie Schiedssprüche und vorläufige Maßnahmen vietnamesischer Schiedsgerichte nach dem Gesetz über Handelsschiedsverfahren. Ein ausländisches Urteil oder ein ausländischer Schiedsspruch, das bzw. der nicht anerkannt wurde, ist nicht vollstreckbar (Ausländische Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen).

Wer vollstreckt: die Behörden nach der Umstrukturierung 2025

Das staatliche System wurde 2025 im Gleichschritt mit den Gerichten und den Provinzen neu organisiert. Auf zentraler Ebene wurde die frühere Generaldirektion für die Vollstreckung von Zivilurteilen durch Entscheidung Nr. 1898/QD-BTP vom 25. Juni 2025 zur **Abteilung für die Verwaltung der Zivilurteilsvollstreckung** (Cục Quản lý thi hành án dân sự) des Justizministeriums. In jeder der 34 Provinzen und zentral verwalteten Städte besteht eine **Provinzbehörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen** (Thi hành án dân sự tỉnh, thành phố) mit eigener Rechtspersönlichkeit, eigenem Siegel und eigenen Konten und darunter **regionale Abteilungen für die Vollstreckung von Zivilurteilen** (Phòng Thi hành án dân sự khu vực), insgesamt 355, die den regionalen Gerichten entsprechen. Artikel 17 und 19 des Gesetzes Nr. 106/2025/QH15 spiegeln diese Struktur wider; Vollstreckungsstellen der Militärregionen sind für Urteile der Militärgerichte zuständig.

Artikel 32 verteilt die Fälle auf die Ebenen; unter anderem werden anerkannte ausländische Urteile und Schiedssprüche sowie Schiedssprüche von der Provinzbehörde vollstreckt, die über ihre regionalen Abteilungen am Ort der Vermögenswerte tätig wird. Jeder Fall wird von einem **Vollstreckungsbeamten** (chấp hành viên) bearbeitet, der die Entscheidungen erlässt, die Vermögenswerte prüft, Zwangsmaßnahmen anwendet und den Erlös verteilt.

Die neuen **privaten Vollstreckungsbüros** (văn phòng thi hành án dân sự) sind mit zugelassenen Vollstreckungspraktikern (thừa hành viên) besetzt, die vom Vorsitzenden des Volkskomitees der Provinz ernannt werden und mindestens einen juristischen Hochschulabschluss sowie eine

Vollstreckungsausbildung vorweisen müssen (Artikel 29). Ein Büro ist als Privatunternehmen oder Partnerschaftsgesellschaft organisiert (Artikel 26). Es wird auf Antrag eines Gläubigers auf Grundlage eines **Dienstleistungsvertrags** tätig, sein Leiter muss die Vollstreckungsentscheidung innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Vertragsunterzeichnung erlassen (Artikel 31), und seine Praktiker dürfen Vermögenswerte auch außerhalb ihrer eigenen Provinz prüfen (Artikel 30). Der Gläubiger zahlt die vereinbarten Gebühren. Kann das Büro den Fall nicht abschließen oder endet der Vertrag, geht die Akte an die staatliche Behörde über. Durchführungsdekrete zu den Büros wurden im Laufe des Jahres 2026 erlassen; die Zahl der tätigen Büros sollte geprüft werden, bevor man sich auf diesen Weg verlässt.

Fristen, freiwillige Erfüllung und Zwang

Der Gläubiger muss die **Vollstreckung innerhalb von fünf Jahren** ab dem Tag beantragen, an dem das Urteil oder der Schiedsspruch rechtswirksam wird, oder bei einer später fälligen Verpflichtung ab dem Fälligkeitstag (Artikel 34). Zeiten, die durch Notlagen, objektive Hindernisse oder höhere Gewalt verloren gehen, werden nicht mitgerechnet. Die Frist ist streng, und ein Gläubiger, der abwartet, während er über eine Zahlung zu verhandeln versucht, kann das Recht auf Vollstreckung verlieren. Der Antrag wird bei der zuständigen Behörde eingereicht oder es wird ein Vertrag mit einem privaten Büro geschlossen, jeweils mit dem Urteil oder Schiedsspruch, einer etwaigen Anerkennungsentscheidung und Angaben zu den Vermögenswerten des Schuldners.

Die Behörde erlässt eine **Vollstreckungsentscheidung** und teilt sie dem Schuldner mit, der ab ordnungsgemäßer Mitteilung **zehn Tage** Zeit hat, freiwillig zu leisten (Artikel 36). Diese Frist gilt nicht für vorläufige Maßnahmen, die sofort vollstreckt werden. Zahlt der Schuldner nicht, kann der Beamte Zwangsmaßnahmen anwenden: Abbuchung von Geld von Bankkonten, Sperrung von Konten und Vermögenswerten, Pfändung von Einkünften und Forderungen, Beschlagnahme und Versteigerung von Vermögenswerten einschließlich Anteilen und Immobilien, Verpflichtung einer Partei zur Herausgabe von Sachen oder zur Vornahme einer Handlung sowie Verpflichtung des Schuldners zur Räumung von Immobilien. Zwangsmaßnahmen dürfen nicht nachts, an Ruhetagen oder gesetzlichen Feiertagen durchgeführt werden, und der Schuldner wird mindestens zwei Arbeitstage vor einer Zwangsmaßnahme benachrichtigt, sofern nicht sofortiges Handeln erforderlich ist. Zahlungsurteile ordnen in der Regel Verzugszinsen ab dem Tag an, an dem der Gläubiger die Vollstreckung beantragt, und zwar zu dem im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Satz, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben.

Vermögenswerte ermitteln

Die meisten Vollstreckungsverfahren scheitern nicht an fehlenden rechtlichen Befugnissen, sondern an fehlenden bekannten Vermögenswerten. Der Vollstreckungsbeamte kann die Vermögenswerte des Schuldners und die Voraussetzungen der Vollstreckung prüfen und von informationsführenden Stellen Auskunft verlangen (Artikel 25); Banken, Steuerbehörden, Grundbuch- und Fahrzeugregister, Wertpapierverwahrstellen und andere Stellen müssen Prüfersuchen umgehend nachkommen (Artikel 14); und der Schuldner muss seine Konten, Vermögenswerte und Zahlungsfähigkeit wahrheitsgemäß angeben (Artikel 7). Der Gläubiger hat ein eigenes Recht, Prüfungen vorzunehmen und Informationen beizubringen (Artikel 6), und das Volkskomitee auf Gemeindeebene muss Auskunft über örtliche Einwohner und Vermögenswerte erteilen (Artikel 10).

In der Praxis kommt es vor allem auf die eigene Arbeit des Gläubigers an. Vor der Klageerhebung und erneut vor dem Vollstreckungsantrag sollte ein Gläubiger zusammentragen, was er weiß: die Bankkonten des Schuldners aus früheren Zahlungen, seine Kunden und Forderungen, seine Landnutzungsrechte aus Verträgen oder Ortsbesichtigungen, seine Fahrzeuge und Ausrüstung, seine Beteiligungen an anderen Gesellschaften aus dem Nationalen Unternehmensregisterportal sowie etwaige an diesen Vermögenswerten im Register für Sicherungsgeschäfte eingetragene Sicherheiten. Während des Verfahrens erwirkte vorläufige Maßnahmen, etwa eine Kontosperrung, wirken bis in die Vollstreckung fort und sind oft der einzige Grund, weshalb ein Urteil bezahlt wird (Vietnamesische Gerichte und Prozessführung). Ist der Schuldner insolvent, tritt die Vollstreckung hinter das Konkursverfahren nach Gesetz Nr. 142/2025/QH15 über Sanierung und Konkurs zurück (Insolvenz, Restrukturierung und Konkurs).

Vollstreckung eines Urteils oder Schiedsspruchs gegen einen vietnamesischen Schuldner

1. **Vollstreckbarkeit des Titels bestätigen**
   Ein rechtskräftiges vietnamesisches Urteil, ein vietnamesischer Schiedsspruch nach Ablauf der 30-tägigen Aufhebungsfrist (oder nach einem erfolglosen Aufhebungsantrag), ein registrierter Ad-hoc-Schiedsspruch oder ein von einem vietnamesischen Gericht anerkanntes ausländisches Urteil bzw. ausländischer Schiedsspruch.

2. **Informationen über Vermögenswerte sammeln**
   Bankkonten, Forderungen, Landnutzungsrechte, Fahrzeuge, Beteiligungen und registrierte Sicherheiten; ziehen Sie eine Vermögensrecherche vor der Vollstreckung in Betracht.

3. **Staatliche Behörde oder privates Büro wählen**
   Reichen Sie den Antrag innerhalb von fünf Jahren bei der Provinzbehörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen ein oder schließen Sie einen Dienstleistungsvertrag mit einem zugelassenen privaten Vollstreckungsbüro (Artikel 34).

4. **Vollstreckungsentscheidung und Frist zur freiwilligen Erfüllung**
   Die Entscheidung wird erlassen und mitgeteilt; der Schuldner hat zehn Tage Zeit, freiwillig zu zahlen (Artikel 36).

5. **Prüfung und Zwang**
   Der Beamte prüft die Vermögenswerte bei Banken, Registern und Behörden und wendet nach Bedarf Abbuchungen, Sperrungen, Beschlagnahmen und Versteigerungen an.

6. **Verteilung**
   Der Erlös wird nach Abzug der Vollstreckungskosten ausgezahlt, wobei gesicherte Gläubiger aus ihrem Sicherungsgut vorrangig nach der registrierten Rangfolge befriedigt werden.

7 **Wenn der Schuldner kein Vermögen hat**

Die Behörde stellt fest, dass beim Schuldner die Voraussetzungen für die Vollstreckung fehlen, und prüft regelmäßig erneut; der Gläubiger kann jederzeit neue Informationen beibringen oder ein Konkursverfahren in Betracht ziehen.

Anerkennung ausländischer Gerichtsurteile

Ein ausländisches Gerichtsurteil in einer Zivil-oder Handelssache ist in Vietnam erst nach Anerkennung durch ein vietnamesisches Gericht vollstreckbar, und die Anerkennung ist nach **Artikel 423** der Zivilprozessordnung nur in zwei Fällen möglich: wenn Vietnam und der Urteilsstaat Vertragsparteien eines Abkommens sind, das die Anerkennung vorsieht, oder, mangels Abkommens, auf der Grundlage der **Gegenseitigkeit** (FAQ 75). Vietnam hat bilaterale Rechtshilfeabkommen mit etwa 17 Staaten, darunter China, Frankreich und Russland, aber keines mit dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder Singapur, und die vietnamesischen Gerichte haben keine gefestigte Praxis entwickelt, gegenüber diesen Staaten Gegenseitigkeit anzunehmen. Urteile aus Common-Law-Rechtsordnungen werden daher kaum anerkannt werden; dies ist der Hauptgrund, weshalb dieser Leitfaden für grenzüberschreitende Verträge das Schiedsverfahren empfiehlt (Möglichkeiten der Streitbeilegung und Wahl des Forums).

Das Verfahren entspricht dem für ausländische Schiedssprüche. Der Antrag ist innerhalb von **drei Jahren** ab Rechtskraft des Urteils zu stellen, über das Justizministerium, soweit ein Abkommen dies verlangt, oder unmittelbar beim Gericht; seit dem 1. Juli 2025 entscheidet in erster Instanz das regionale Gericht am Sitz des Schuldners, mit Berufung zum Provinzgericht. Das Gericht prüft das Urteil anhand der Versagungsgründe des Artikels 439; dazu gehören, dass das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, dass der Beklagte nicht ordnungsgemäß geladen wurde oder sich nicht verteidigen konnte, dass die Sache in die ausschließliche Zuständigkeit der vietnamesischen Gerichte fiel, dass ein vietnamesisches Gericht oder ein anderes anerkanntes Urteil bereits über dieselbe Streitigkeit entschieden hat, dass die Frist abgelaufen ist und dass die Anerkennung den Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts widersprechen würde. Die Gerichtsgebühr beträgt nach Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14 3 Mio. VND.

Sicherheiten und Rangfolge

Den sichersten Schutz vor Zahlungsausfall bieten Sicherheiten, die bei Vertragsschluss bestellt werden. Sicherungsrechte entstehen nach dem **Zivilgesetzbuch** (Gesetz Nr. 91/2015/QH13) und **Dekret Nr. 21/2021/ND-CP** und werden gegenüber Dritten mit Registrierung oder Besitzerlangung wirksam; der Rang unter gesicherten Gläubigern richtet sich nach der Reihenfolge, in der ihre Sicherheiten gegenüber Dritten wirksam wurden, in der Regel nach der Reihenfolge der Registrierung (FAQ 80). Sicherheiten an beweglichen Sachen werden nach **Dekret Nr. 99/2022/ND-CP** online bei der Abteilung für die Registrierung von Sicherungsgeschäften und Staatshaftung des Justizministeriums registriert; Hypotheken an Landnutzungsrechten und Häusern werden beim Grundbuchamt registriert. Ein neues Dekret zur Ablösung von Dekret Nr. 99/2022/ND-CP wird ausgearbeitet, war jedoch Stand Oktober

2026 noch nicht erlassen. Ausländische Darlehensgeber können nach dem Bodengesetz 2024 keine Hypotheken an Landnutzungsrechten erwerben und bedienen sich stattdessen eines inländischen Sicherheitentreuhänders (Projektfinanzierung, Sicherheiten und das Finanzzentrum).

In der Vollstreckung beachtet der Beamte den registrierten Rang: Der Erlös aus dem Sicherungsgut befriedigt nach Abzug der Vollstreckungskosten zuerst den gesicherten Gläubiger, und nur der Überschuss steht ungesicherten Urteilsgläubigern zur Verfügung. Ein gesicherter Gläubiger kann seine Sicherheit auch außergerichtlich nach den im Sicherungsvertrag vereinbarten Methoden verwerten, etwa durch Verkauf oder Einbehaltung des Sicherungsguts, vorbehaltlich einer Benachrichtigung und der Herausgabe durch den Schuldner; leistet der Schuldner Widerstand, benötigt der Gläubiger ein Gerichtsurteil oder die Unterstützung der Vollstreckungsbehörde. Bei Bürgschaften und Bankgarantien richtet sich der Anspruch des Begünstigten gegen den Garanten, und eine Bankgarantie auf erstes Anfordern einer vietnamesischen Bank ist in der Praxis die verlässlichste Form der Zahlungssicherung in Vietnam.

Vollstreckung in Vietnam: die Eckdaten (Oktober 2026)

Posten	Regel	Quelle
Anwendbares Recht	Gesetz Nr. 106/2025/QH15 ab 1. Juli 2026 (einige Bestimmungen ab 20. Januar 2026), Ablösung von Gesetz Nr. 26/2008/QH12	Gesetz Nr. 106/2025/QH15
Staatliche Vollstreckungsstruktur	Abteilung des Justizministeriums; 34 Provinzbehörden; 355 regionale Abteilungen	Entscheidung Nr. 1898/QD-BTP; Gesetz Nr. 106/2025/QH15, Art. 17 und 19
Private Vollstreckungsbüros	Zugelassene Praktiker auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags; Entscheidung binnen 5 Arbeitstagen	Art. 26, 29 und 31
Frist für den Vollstreckungsantrag	5 Jahre ab Wirksamwerden des Urteils oder ab Fälligkeit	Art. 34
Frist zur freiwilligen Erfüllung	10 Tage ab ordnungsgemäßer Mitteilung	Art. 36
Vollstreckbare Titel	Vietnamesische Urteile und Schiedssprüche; anerkannte ausländische Urteile und Schiedssprüche; vorläufige Maßnahmen	Art. 2
Anerkennung ausländischer Urteile	Abkommen oder Gegenseitigkeit; Antrag binnen 3 Jahren; seit Juli 2025 regionales Gericht	Zivilprozessordnung, Art. 423 und 439, in geänderter Fassung
Bilaterale Rechtshilfeabkommen	Etwa 17 Staaten; keines mit dem Vereinigten Königreich, den USA oder Singapur	Justizministerium
Gebühr für die Anerkennung eines ausländischen Urteils	3.000.000 VND	Resolution Nr. 326/2016/UBTVQH14

Posten	Regel	Quelle
Registrierung von Sicherheiten	Bewegliche Sachen werden online beim Justizministerium registriert, Land beim Grundbuchamt	Dekret Nr. 99/2022/ND-CP
Priorität	Reihenfolge, in der die Sicherheit gegenüber Dritten wirksam wurde	Zivilgesetzbuch; Dekret Nr. 21/2021/ND-CP

RECHENBEISPIEL

Beitreibung aus einem VIAC-Schiedsspruch über 12 Mrd. VND

Ein vietnamesisches Logistikunternehmen in thailändischem Eigentum erwirkt gegen ein vietnamesisches Handelsunternehmen in Hanoi einen VIAC-Schiedsspruch über 12 Mrd. VND zuzüglich Kosten. Das Handelsunternehmen beantragt keine Aufhebung und zahlt nicht. Daten und Zahlen dienen der Veranschaulichung.

10. Juli 2026	Beide Parteien erhalten den Schiedsspruch; die 30-tägige Aufhebungsfrist läuft bis zum 9. August 2026.
Juli 2026	Die Rechtsanwälte des Gläubigers recherchieren im Register für Sicherungsgeschäfte und im Unternehmensregisterportal: Das Lagergrundstück des Schuldners ist zugunsten einer vietnamesischen Bank mit 20 Mrd. VND hypothekarisch belastet; der Schuldner hält 30 % an einer Tochtergesellschaft und unterhält Konten bei zwei Banken, die aus früheren Zahlungen bekannt sind.
12. August 2026	Der Gläubiger reicht bei der Behörde für die Vollstreckung von Zivilurteilen in Hanoi deutlich innerhalb der Fünfjahresfrist einen Vollstreckungsantrag mit dem Schiedsspruch und den Angaben zu den Vermögenswerten ein.
19. August 2026	Die Vollstreckungsentscheidung wird erlassen und mitgeteilt; die zehntägige Frist zur freiwilligen Erfüllung läuft am 29. August ohne Zahlung ab.
September 2026	Der Beamte prüft die Konten bei den beiden Banken und bucht 2,3 Mrd. VND ab; er sperrt die 30-prozentige Beteiligung des Schuldners und benachrichtigt die Tochtergesellschaft und die Unternehmensregisterstelle.
Oktober 2026	Die Beteiligung wird bewertet; eine Versteigerung ist geplant. Das hypothekarisch belastete Lagergrundstück wird nicht verfolgt, da die registrierte Hypothek der Bank seinen voraussichtlichen Wert übersteigt.
Ergebnis (voraussichtlich)	Der Versteigerungserlös dürfte den Großteil des Restbetrags decken; die Vollstreckungskosten werden von den beigetriebenen Beträgen abgezogen.

Hätte sich der Gläubiger bei Vertragsschluss eine Bankgarantie oder ein registriertes Pfandrecht an den Forderungen des Schuldners einräumen lassen, hätte er binnen weniger Tage nach dem Zahlungsausfall befriedigt werden können.

Wäre der Schiedsspruch ein SIAC-Schiedsspruch gewesen, hätten dieselben Schritte erst nach einer Anerkennungsentscheidung des regionalen Gerichts erfolgen können, in der Regel mehrere Monate später.

Fragen von Investoren zur Rechtsdurchsetzung

Wie viel Zeit habe ich für die Vollstreckung eines vietnamesischen Urteils oder Schiedsspruchs?

Fünf Jahre ab dem Tag, an dem das Urteil oder der Schiedsspruch rechtswirksam wird, oder ab Fälligkeit einer später fälligen Verpflichtung, nach Artikel 34 des Gesetzes Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen. Zeiten, die durch höhere Gewalt oder objektive Hindernisse verloren gehen, werden nicht mitgerechnet. Nach dem Antrag hat der Schuldner zehn Tage Zeit, freiwillig zu zahlen.

Wer vollstreckt seit 2025 Urteile in Vietnam?

Die Provinzbehörden für die Vollstreckung von Zivilurteilen der 34 Provinzen und ihre regionalen Abteilungen, die von der Abteilung für die Verwaltung der Zivilurteilsvollstreckung des Justizministeriums geleitet werden. Seit dem 1. Juli 2026 kann ein Gläubiger stattdessen nach Gesetz Nr. 106/2025/QH15 ein zugelassenes privates Vollstreckungsbüro auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags beauftragen.

Kann ich ein englisches oder US-amerikanisches Gerichtsurteil in Vietnam vollstrecken?

In der Regel nicht. Nach Artikel 423 der Zivilprozessordnung wird ein ausländisches Urteil nur aufgrund eines Abkommens oder bei Gegenseitigkeit anerkannt, und Vietnam hat mit dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten kein Rechtshilfeabkommen. Das nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckbare Schiedsverfahren ist die sicherere Wahl.

Wie werden die Vermögenswerte eines Schuldners ermittelt?

Der Vollstreckungsbeamte kann nach Artikel 14 und 25 des Gesetzes Nr. 106/2025/QH15 von Banken, Steuerbehörden, Registern und anderen Stellen die Offenlegung von Informationen verlangen, und der Schuldner muss seine Vermögenswerte angeben. In der Praxis entscheiden die eigenen Informationen des Gläubigers über Konten, Forderungen, Land und Beteiligungen sowie eine etwaige vorläufige Sperranordnung die meisten Fälle.

Hat ein gesicherter Gläubiger Vorrang vor einem Urteilsgläubiger?

Ja, hinsichtlich des Sicherungsguts. Registrierte Sicherheiten haben nach dem Zivilgesetzbuch und Dekret Nr. 21/2021/ND-CP Rang in der Reihenfolge, in der sie gegenüber Dritten wirksam wurden, und der Vollstreckungserlös aus dem Sicherungsgut befriedigt nach Abzug der Kosten zuerst den gesicherten Gläubiger. Ungesicherte Urteilsgläubiger teilen sich nur den Rest.

AUSBLICK AUF 2027

- Durchführungsdekrete und Rundschreiben zum Gesetz Nr. 106/2025/QH15, unter anderem zu privaten Vollstreckungsbüros, Gebühren und der nationalen Vollstreckungsdatenbank, wurden im Laufe des Jahres 2026 erlassen; die praktische Verfügbarkeit privater Büros in den einzelnen Provinzen sollte 2027 geprüft werden.
- Ein Dekret zur Ablösung von Dekret Nr. 99/2022/ND-CP über die Registrierung von Sicherheiten ist in Vorbereitung; nach seinem Erlass sind Änderungen der Registrierungsverfahren und des Registersystems zu erwarten.
- Ein neues bilaterales Rechtshilfeabkommen, das die Anerkennung von Urteilen vorsieht, oder eine Entscheidung Vietnams, dem Haager Anerkennungs-und Vollstreckungsübereinkommen von 2019 beizutreten, würde die Lage bei ausländischen Urteilen verändern; Stand Oktober 2026 steht weder das eine noch das andere unmittelbar bevor.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Civil judgment enforcement	*Thi hành án dân sự*	Die Vollstreckung von Urteilen und Schiedssprüchen in Zivil-und Handelssachen.
Civil judgment enforcement agency	*Cơ quan thi hành án dân sự*	Die Provinzbehörde und ihre regionalen Abteilungen.
Enforcement officer	*Chấp hành viên*	Der staatliche Beamte, der ein Vollstreckungsverfahren bearbeitet.
Private enforcement office; enforcement practitioner	*Văn phòng thi hành án dân sự; Thừa hành viên*	Private Vollstreckung auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags (Artikel 26 bis 31).
Time limit to request enforcement	*Thời hiệu yêu cầu thi hành án*	Fünf Jahre nach Artikel 34.
Voluntary enforcement	*Tự nguyện thi hành án*	Die zehntägige Frist, in der der Schuldner leisten kann.
Coercive enforcement	*Cưỡng chế thi hành án*	Abbuchung, Sperrung, Beschlagnahme und Versteigerung von Vermögenswerten.
Verification of assets	*Xác minh tài sản, điều kiện thi hành án*	Die Ermittlungen des Beamten zu den Vermögenswerten des Schuldners.
Recognition of a foreign judgment	*Công nhận và cho thi hành bản án của Tòa án nước ngoài*	Das gerichtliche Verfahren nach Artikel 423 ff.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Das Vollstreckungssystem behandelt alle Gläubiger gleich, und ein ausländischer Gläubiger kann den Antrag selbst stellen oder über einen vietnamesischen Vertreter mit einer legalisierten oder mit Apostille versehenen Vollmacht. Die Unterschiede ergeben sich aus dem Titel: Ein ausländischer Gläubiger mit einem ausländischen Urteil oder Schiedsspruch muss zunächst die Anerkennung erwirken, und ein ausländisches Urteil ist möglicherweise überhaupt nicht anerkennungsfähig; zudem kann ein ausländischer Darlehensgeber selbst keine Hypothek an Land halten, sodass seine Sicherheit an Land von einem inländischen Sicherheitentreuhänder gehalten werden muss.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Die fünfjährige Vollstreckungsfrist verstreichen zu lassen, während mit dem Schuldner verhandelt wird.
- Die Vollstreckung ohne Informationen über Vermögenswerte einzuleiten: Die Prüfung durch die Behörde ist nur so gut wie die Hinweise, die sie erhält.
- Während des Verfahrens beiseitegeschaffte Vermögenswerte: Beantragen Sie frühzeitig vorläufige Sperranordnungen.
- Nicht registrierte Sicherheiten, die hinter registrierten Gläubigern rangieren und Dritte möglicherweise nicht binden.
- Sich auf ein ausländisches Gerichtsurteil gegen einen vietnamesischen Schuldner zu verlassen, wenn weder ein Abkommen noch Gegenseitigkeit besteht.
- Die Annahme, private Vollstreckungsbüros seien ab dem 1. Juli 2026 in jeder Provinz tätig; prüfen Sie dies vorab.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 106/2025/QH15 über die Vollstreckung von Zivilurteilen — https://vbpl.vn
- Justizministerium: System der Zivilurteilsvollstreckung und Registrierung von Sicherungsgeschäften — https://moj.gov.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Zivilprozessordnung Nr. 92/2015/QH13, Artikel 423 bis 445; Dekret Nr. 21/2021/ND-CP; Dekret Nr. 99/2022/ND-CP — https://vbpl.vn
- Nationales Unternehmensregisterportal (Beteiligungen des Schuldners und Unternehmensinformationen) — https://dangkykinhdoanh.gov.vn

Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen: das Verfahren nach bilateralen Investitionsschutzabkommen, dem CPTPP und den ASEAN-Abkommen, Streitanzeige und Abkühlungsfrist, die Koordinierung durch die Regierung nach Entscheidung 14/2020, bekannte Fälle, UNCITRAL- und Nicht-ICSID-Schiedsverfahren, Vollstreckung von Schiedssprüchen gegen den Staat sowie Verträge mit staatlichen Stellen

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Eine Streitigkeit eines ausländischen Investors mit einer vietnamesischen Behörde wird vor vietnamesischen Schiedsgerichten oder Gerichten ausgetragen, sofern der Vertrag mit dem Staat oder ein Abkommen, dem Vietnam angehört, nichts anderes vorsieht (Artikel 13, Gesetz Nr. 143/2025/QH15); Verhandlung und Mediation stehen an erster Stelle.
- Vietnam hat 45 bilaterale Investitionsschutzabkommen in Kraft, und das CPTPP sowie das umfassende ASEAN-Investitionsabkommen sehen Investor-Staat-Schiedsverfahren vor; das RCEP enthält keines, und das Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam ist nicht in Kraft.
- Nach dem CPTPP muss ein Kläger Konsultationen beantragen, sechs Monate abwarten, 90 Tage zuvor seine Klageabsicht anzeigen und innerhalb von drei Jahren und sechs Monaten Klage erheben; bei Ansprüchen gegen Vietnam ist die Wahl zwischen einem Verfahren vor Ort und dem Schiedsverfahren endgültig (Anhang 9-J).
- Vietnam ist nicht Vertragspartei des ICSID-Übereinkommens; Ansprüche werden daher nach der UNCITRAL-Schiedsordnung oder anderen Regeln verfolgt, einschließlich der ICSID Additional Facility, soweit ein Abkommen dies zulässt; Schiedssprüche werden nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckt.
- Die Verteidigung der Regierung wird nach Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg koordiniert; die Federführung liegt beim Ministerium oder der Provinz, deren Maßnahme angegriffen wird, und das Justizministerium berät; UNCTAD verzeichnet 13 bekannte Fälle gegen Vietnam auf Grundlage von Abkommen.

Drei Arten von Streitigkeiten mit dem Staat

Ein ausländischer Investor kann auf drei Arten in eine Streitigkeit mit dem vietnamesischen Staat geraten. Die erste ist eine **vertragliche Streitigkeit** aus einer Vereinbarung mit einer staatlichen Stelle: einem PPP-Vertrag, einem von der Regierung genehmigten Produktionsteilungsvertrag mit Petrovietnam, einer Landpacht, einer Zusage von Investitionsanreizen oder einem Liefervertrag mit einem staatseigenen Unternehmen. Die zweite ist eine **verwaltungsrechtliche Streitigkeit** über eine behördliche Entscheidung: einen Steuerbescheid, die Verweigerung oder den Widerruf einer Lizenz, die Beendigung eines Projekts oder die Rücknahme von Land. Die dritte ist eine **Streitigkeit aus einem Abkommen**, bei der der Investor geltend macht, das Verhalten des Staates habe gegen ein internationales Investitionsabkommen verstoßen, etwa durch Enteignung der Investition ohne Entschädigung oder durch Verweigerung einer gerechten und billigen Behandlung.

Die Wege unterscheiden sich. Vertragliche Streitigkeiten gehen in den Grenzen des Artikels 13 des Gesetzes Nr. 143/2025/QH15 über Investitionen vor das im Vertrag bestimmte Forum. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten werden im Wege der Verwaltungsbeschwerde und vor den Verwaltungsgerichten ausgetragen (Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren; Steuerverwaltung, Betriebsprüfungen und Streitigkeiten). Streitigkeiten aus Abkommen gehen vor ein internationales Schiedsgericht nach dem jeweiligen Abkommen. Derselbe Sachverhalt kann alle drei begründen, und die Wahl eines Weges kann einen anderen versperren; die Strategie muss daher feststehen, bevor der erste Schritt unternommen wird. Die Garantien in Kapitel II des Gesetzes, das Netz der Abkommen und die Voraussetzungen für den Schutz werden unter Investitionsgarantien und Abkommen erläutert; dieser Abschnitt behandelt das Verfahren.

Artikel 13 und Verträge mit staatlichen Stellen

Artikel 13 des Investitionsgesetzes verlangt zunächst Verhandlung und Mediation. Eine Streitigkeit zwischen einem ausländischen Investor und einer staatlichen Behörde im Zusammenhang mit Geschäftsinvestitionen in Vietnam geht danach vor vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte, sofern der Vertrag zwischen ihnen oder ein Abkommen, dem Vietnam angehört, nichts anderes vorsieht; eine Streitigkeit zwischen einem inländischen Investor oder einer Gesellschaft mit höchstens 50 % ausländischer Beteiligung und dem Staat geht vor vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte (FAQ 77). Die Ausnahme für Verträge ist bedeutsam: Ein ausländischer Investor, der einen Vertrag mit einer staatlichen Stelle aushandelt, kann eine Klausel anstreben, die ein internationales Schiedsverfahren vorsieht, und ein gut beratener Investor in einem Großprojekt tut dies auch.

PPP-Verträge nach Gesetz Nr. 64/2020/QH14 über PPP-Investitionen, geändert 2024 und 2025 und konkretisiert durch Dekret Nr. 243/2025/ND-CP, folgen einem ähnlichen Muster: Nach den eigenen Streitbeilegungsbestimmungen des Gesetzes, die für jedes Projekt geprüft werden sollten, können Streitigkeiten zwischen der vertragschließenden Behörde und einem ausländischen Investor oder einer von ihm gegründeten Projektgesellschaft vor das im Vertrag vereinbarte Forum gebracht werden, einschließlich eines internationalen Schiedsverfahrens (FAQ 96). **Erdölverträge** werden vom Premierminister genehmigt und benennen das Schiedsgericht oder Gericht, das über Streitigkeiten entscheidet; Produktionsteilungsverträge mit ausländischen Auftragnehmern sehen üblicherweise internationale Schiedsverfahren vor (FAQ 111). **Landpachtverhältnisse** mit dem Staat beruhen auf Verwaltungsentscheidungen über die Zuweisung oder Verpachtung von Land, und Streitigkeiten über

Bodenpacht, Rücknahme oder Entschädigung werden in der Regel im Beschwerdeweg und vor den Verwaltungsgerichten statt durch Schiedsverfahren beigelegt; die Pacht von Land in einem Industriepark vom Parkentwickler ist hingegen ein gewöhnlicher Handelsvertrag (Landrücknahme, Entschädigung und Nichtnutzung).

Eine Streitigkeit mit einem kommerziell handelnden **staatseigenen Unternehmen** ist eine gewöhnliche Handelsstreitigkeit: Das Unternehmen ist eine eigenständige juristische Person, der Investor-Staat-Teil des Artikels 13 findet keine Anwendung, und maßgeblich ist die Schiedsklausel des Vertrags.

Die Abkommen, die einen Anspruch ermöglichen

Nach Angaben von UNCTAD hat Vietnam 66 bilaterale Investitionsschutzabkommen unterzeichnet, von denen 45 in Kraft sind, sowie rund 20 weitere Abkommen mit Investitionsbestimmungen (FAQ 76). Die meisten geltenden BIT erlauben es einem Investor des anderen Staates, nach einer Verhandlungsphase wegen Verletzung der Schutzstandards des Abkommens Ansprüche vor einem Schiedsgericht geltend zu machen, in der Regel nach der UNCITRAL-Schiedsordnung oder ad hoc. Kapitel 9 des **CPTPP** sieht Investor-Staat-Schiedsverfahren bei Verletzung seiner Investitionsschutzstandards vor, wobei Ansprüche auf Grundlage von Investitionsgenehmigungen und Investitionsvereinbarungen ausgesetzt sind. Das **umfassende ASEAN-Investitionsabkommen** (ASEAN Comprehensive Investment Agreement) gibt Investoren aus ASEAN-Staaten einen vergleichbaren Mechanismus, und die Abkommen der ASEAN mit China, Korea, Australien und Neuseeland sowie weitere enthalten eigene Bestimmungen. Das **RCEP**, in Kraft seit dem 1. Januar 2022, enthält keinen Investor-Staat-Mechanismus. Das **Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam**, 2019 mit einem Investitionsgerichtssystem unterzeichnet, ist nicht in Kraft, sodass sich Investoren aus der EU auf das BIT ihres Mitgliedstaats stützen, sofern ein solches besteht.

Vietnam ist **nicht Vertragspartei des ICSID-Übereinkommens**. Ansprüche aus Abkommen werden daher nach der UNCITRAL-Schiedsordnung verfolgt, häufig administriert vom Ständigen Schiedshof, oder nach anderen Regeln, die ein Abkommen zulässt, darunter die ICSID Additional Facility Rules, auf die sich mehrere Kläger gegen Vietnam gestützt haben, sowie die ICC- oder SCC-Regeln. Ein solcher Schiedsspruch ist kein nach dem ICSID-Übereinkommen vollstreckbarer ICSID-Schiedsspruch; er wird nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckt und kann am Schiedsort aufgehoben werden, weshalb die Wahl des Schiedsorts, häufig Singapur, Paris oder eine andere schiedsfreundliche Stadt, eine wichtige strategische Entscheidung ist.

Streitanzeige, Abkühlungsfrist und die Schritte nach dem CPTPP

Jedes Abkommen verlangt vor dem Schiedsverfahren eine Verhandlungsphase, bei den älteren BIT typischerweise drei bis sechs Monate ab schriftlicher Anzeige der Streitigkeit, und in manchen Fällen eine Frist für innerstaatliche Rechtsbehelfe. Die Anzeige sollte den Investor und seine Staatsangehörigkeit, die Investition, die beanstandeten Maßnahmen, die verletzten Bestimmungen des Abkommens und das begehrte Rechtsschutzziel bezeichnen und an die im Abkommen genannten Behörden gerichtet werden, andernfalls an die Regierung und das Justizministerium. Wird die Frist nicht eingehalten, kann ein Schiedsgericht das Verfahren aussetzen oder den Anspruch abweisen, und Artikel 13 des Investitionsgesetzes fügt das innerstaatliche Erfordernis von Verhandlung und Mediation hinzu.

Das **CPTPP** legt eine ausführlichere Abfolge fest. Der Kläger muss zunächst Konsultationen beantragen; er darf einen Anspruch erst sechs Monate nach Eingang dieses Antrags beim beklagten Staat einreichen; er muss mindestens 90 Tage vor Einreichung des Anspruchs eine schriftliche Anzeige seiner Klageabsicht übermitteln; er muss auf das Recht verzichten, andere Verfahren über dieselbe Maßnahme fortzuführen; und er muss den Anspruch innerhalb von drei Jahren und sechs Monaten ab dem Tag einreichen, an dem er von der Verletzung und dem Schaden Kenntnis erlangt hat oder hätte erlangen müssen. Für Ansprüche gegen Vietnam fügt **Anhang 9-J** eine Fork-in-the-road-Klausel hinzu: Hat ein Investor die Verletzung vor einem vietnamesischen Gericht oder Verwaltungsgericht geltend gemacht, ist diese Wahl endgültig, und er kann denselben Anspruch danach nicht mehr einem Schiedsgericht vorlegen. Ein Zusatzschreiben zwischen Vietnam und Neuseeland ersetzt für deren Investoren den unmittelbaren Zugang zum Schiedsverfahren durch ein Konsultationsverfahren und das Erfordernis einer ausdrücklichen Zustimmung. Stand Oktober 2026 war kein CPTPP-Anspruch gegen Vietnam bekannt geworden.

Wie die Regierung reagiert

Vietnam koordiniert seine Reaktion auf internationale Investitionsstreitigkeiten nach **Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg** des Premierministers, mit der die Regelung über die Koordinierung bei der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten erlassen wurde. Die Federführung liegt bei dem Ministerium, der Behörde auf Ministerebene oder dem Volkskomitee der Provinz, dessen bzw. deren Maßnahme angegriffen wird; das **Justizministerium** berät in Rechtsfragen und übernimmt oder koordiniert die Vertretung, und andere Ministerien wirken mit, wobei das Finanzministerium beteiligt ist, wenn es um die Zahlung aus einem Schiedsspruch oder Vergleich geht (FAQ 77). Eine Streitanzeige, die nur an die Provinzbehörde gerichtet ist, welche die Maßnahme getroffen hat, erreicht die koordinierenden Stellen möglicherweise nicht rasch; es empfiehlt sich, sie auch dem Justizministerium und gegebenenfalls dem Regierungsamt zu übermitteln.

In der Abkühlungsfrist liegt der größte Hebel. Mehrere bekannte Streitigkeiten wurden nach der Streitanzeige verglichen, und vietnamesische Behörden, die sich der Reputations- und Finanzkosten eines Anspruchs aus einem Abkommen bewusst sind, lassen sich oft ernsthaft auf Gespräche ein, sobald eine fundierte Streitanzeige eines Investors mit einer glaubwürdigen Position nach dem Abkommen eingeht. Diplomatische Unterstützung durch die Botschaft des Investors, Kontakte zum Finanzministerium als dem für Investitionsförderung zuständigen Ministerium und eine klare Darstellung des angestrebten Ergebnisses, etwa der Wiederherstellung einer Lizenz, eines geänderten Bodenpreises oder einer Entschädigung, sind in der Regel zielführender als eine sofortige Klageeinreichung.

Die bekannten Fälle

Der Investment Dispute Settlement Navigator von UNCTAD verzeichnet **13 bekannte Fälle** gegen Vietnam auf Grundlage von Abkommen. Im Überblick: die von Trinh Vinh Binh nach dem BIT Niederlande-Vietnam erhobenen Ansprüche, von denen der erste verglichen wurde und der zweite 2019 mit einem Schiedsspruch endete, der als zugunsten des Investors entschieden verzeichnet ist; Ansprüche von McKenzie nach dem Handelsabkommen USA-Vietnam von 2000 (zugunsten des Staates entschieden, 2013), von Dialasie nach dem BIT Frankreich-Vietnam (zugunsten des Staates entschieden,

2014) und von RECOFI nach demselben BIT (zugunsten des Staates entschieden, 2015, wobei eine Anfechtung vom Schweizerischen Bundesgericht zurückgewiesen wurde); ein Anspruch von ConocoPhillips und Perenco nach dem BIT Vereinigtes Königreich-Vietnam, der Berichten zufolge die Besteuerung eines Verkaufs von Erdölbeteiligungen betraf und verglichen wurde; ein Anspruch von Shin Dong Baig nach dem BIT Korea-Vietnam im Rahmen der ICSID Additional Facility, in dem 2020 ein Schiedsspruch erging; sowie mehrere nach den jüngsten Angaben anhängige Ansprüche, darunter Ansprüche nach dem Handelsabkommen USA-Vietnam, dem BIT Deutschland-Vietnam und, seitens PowerChina und weiterer chinesischer Auftragnehmer, nach dem BIT China-Vietnam und dem Investitionsabkommen ASEAN-China.

Aus den Fällen lassen sich drei Lehren ziehen. Ansprüche wurden überwiegend auf ältere BIT mit weitreichenden Schutzstandards gestützt, die Vietnam inzwischen nach dem Vorbild des CPTPP neu verhandeln möchte. Die Ergebnisse sind gemischt, wobei mehr Fälle zugunsten des Staates als zugunsten der Investoren entschieden wurden. Und Vergleiche vor oder während des Verfahrens sind häufig. Diese Zusammenfassungen beruhen auf der öffentlichen Datenbank von UNCTAD und geben keinen Fall vollständig wieder; Einzelheiten anhängiger Fälle sind oft vertraulich.

Vollstreckung eines Schiedsspruchs gegen den Staat

Ein Schiedsspruch gegen Vietnam auf Grundlage eines Abkommens wird wie jeder ausländische Schiedsspruch vollstreckt. In Vietnam beantragt der Investor bei einem vietnamesischen Gericht die Anerkennung nach der Zivilprozessordnung und dem New Yorker Übereinkommen und sieht sich denselben Versagungsgründen gegenüber, einschließlich der Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts (Ausländische Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen); die Zahlung hängt sodann von den Verfahren des Staatshaushalts ab. Außerhalb Vietnams hängt die Vollstreckung vom Recht der Staatenimmunität im Vollstreckungsstaat ab: Kommerzielle Vermögenswerte des Staates können in manchen Rechtsordnungen erreichbar sein, während diplomatische Vermögenswerte und Vermögen der Zentralbank grundsätzlich Immunität genießen. Vermögenswerte eines eigenständigen staatseigenen Unternehmens sind keine Vermögenswerte des Staates, es sei denn, das Vollstreckungsgericht setzt sich über die eigene Rechtspersönlichkeit hinweg. In der Praxis werden die meisten Schiedssprüche gegen Staaten bezahlt oder verglichen, doch der Investor sollte vor Einleitung eines Verfahrens prüfen, wo eine Vollstreckung stattfinden könnte.

Eine Versicherung gegen politische Risiken bei der MIGA oder privaten Versicherern und das Sicherheitenpaket einer Projektfinanzierung sind ergänzende Schutzinstrumente: Sie leisten Zahlungen oder verringern das Risiko, ohne von einem Schiedsspruch abzuhängen, und ein Versicherer, der zahlt, tritt in der Regel im Wege der Subrogation in die Rechte des Investors aus dem Abkommen ein.

ENTSCHEIDUNGSHILFE

Streitigkeit mit einer vietnamesischen Behörde: vertraglicher, verwaltungsrechtlicher oder völkervertraglicher Weg?

Eine Prüfabfolge, sobald eine Maßnahme einer staatlichen Stelle eine Investition beeinträchtigt hat. Holen Sie vor jedem Schritt Rat ein, denn manche Entscheidungen sind unumkehrbar.

Q1 **Ergibt sich die Streitigkeit aus einem Vertrag mit der staatlichen Stelle (PPP, Erdöl, Anreizvereinbarung), der eine Streitbeilegungsklausel enthält?**

Ja Befolgen Sie die im Vertrag vorgesehenen Verhandlungs- und Streitbeilegungsschritte; sieht er ein internationales Schiedsverfahren vor, ist dies nach Artikel 13 zulässig. Prüfen Sie, ob zusätzlich ein Anspruch aus einem Abkommen besteht und ob sich der vertragliche Weg darauf auswirkt.

Nein Weiter zu Frage 2.

Q2 **Ist der Investor (oder eine Gesellschaft weiter oben in der Beteiligungskette) Angehöriger eines Staates, der mit Vietnam ein geltendes BIT hat, oder einer Vertragspartei des CPTPP oder der ASEAN, jeweils mit Investor-Staat-Schiedsverfahren?**

Ja Weiter zu Frage 3.

Nein Nutzen Sie die Verwaltungsbeschwerde und das Verwaltungsgericht, Verhandlung und Mediation nach Artikel 13 sowie diplomatische Kanäle und Kanäle der Investitionsförderung.

Q3 **Verstößt die Maßnahme plausibel gegen einen Schutzstandard des Abkommens (Enteignung, gerechte und billige Behandlung, freier Transfer), statt eine rechtmäßig angewandte gewöhnliche Regulierung zu sein?**

Ja Stellen Sie der Regierung und dem Justizministerium eine Streitanzeige nach dem Abkommen zu, notieren Sie Abkühlungsfrist und Verjährung und leiten Sie kein Verfahren vor Ort zu derselben Maßnahme ein, ohne eine etwaige Fork-in-the-road-Klausel geprüft zu haben (CPTPP-Anhang 9-J für Vietnam).

Nein Fechten Sie die Entscheidung im Beschwerdeweg und vor dem Verwaltungsgericht an und sichern Sie Beweismittel für den Fall, dass sich die Lage ändert.

Investor-Staat-Optionen im Überblick (Oktober 2026)

Rechtsakt	Ansprüche gegen Vietnam	Schritte vor dem Schiedsverfahren	Verfahrensregeln und Vollstreckung
Investitionsgesetz, Art. 13	Vertragliches oder vietnamesisches Forum, sofern Vertrag oder Abkommen nichts anderes vorsehen	Verhandlung und Mediation	Grundsätzlich vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte
Bilaterale Investitionsschutzabkommen (45 in Kraft)	In der Regel ja	Verhandlungsphase, üblicherweise 3 bis 6 Monate	In der Regel UNCITRAL oder ad hoc; New Yorker Übereinkommen
CPTPP, Kapitel 9	Ja, für Schutzstandards; Ansprüche aus Genehmigungen und Vereinbarungen ausgesetzt	Konsultationen; 6 Monate; Anzeige der Klageabsicht 90 Tage vorher; Verzicht; Frist von 3 Jahren und 6 Monaten; Fork-in-the-road nach Anhang 9-J	UNCITRAL oder andere zulässige Regeln; New Yorker Übereinkommen
Umfassendes ASEAN-Investitionsabkommen	Ja, für Investoren aus ASEAN-Staaten	Konsultations- und Anzeigefristen	UNCITRAL, regionale Zentren oder andere zulässige Regeln
RCEP	Kein Investor-Staat-Mechanismus	entfällt	Nur zwischenstaatlich
Investitionsschutzabkommen EU-Vietnam	Nicht in Kraft	entfällt	Investitionsgerichtssystem nach Inkrafttreten
ICSID-Übereinkommen	Vietnam keine Vertragspartei	entfällt	ICSID Additional Facility nur, soweit ein Abkommen dies zulässt
Koordinierung auf Seiten des Staates	Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg	Federführendes Ministerium oder Provinz; Justizministerium berät	Finanzministerium bei Zahlungen beteiligt

RECHENBEISPIEL

Eine Provinzbehörde widerruft die Lizenz eines singapurischen Investors

Eine singapurische Gesellschaft hält 100 % an einem vietnamesischen Unternehmen, das auf Grundlage eines PPP-Vertrags mit dem Volkskomitee einer Provinz eine Müllverbrennungsanlage mit Energierückgewinnung betreibt. Die Provinz beendet den Vertrag und das Investitionsprojekt unter Berufung auf Umweltverstöße, die der Investor bestreitet. Zur Veranschaulichung; Sachverhalt und Zeitplan sind vereinfacht.

Monat 0	Die Beendigungsentscheidung ergeht. Der PPP-Vertrag sieht Verhandlungen und danach ein SIAC-Schiedsverfahren mit Schiedsort Singapur vor; der singapurischen Muttergesellschaft stehen sowohl das BIT Singapur-Vietnam als auch das CPTPP offen.
Monat 0 bis 1	Die Berater ermitteln die möglichen Wege: vertraglicher Anspruch der Projektgesellschaft vor dem SIAC; Anspruch der Muttergesellschaft aus dem BIT oder dem CPTPP; verwaltungsrechtliche Anfechtung der Beendigung des Investitionsprojekts vor dem Verwaltungsgericht. Nach CPTPP-Anhang 9-J würde eine Verwaltungsklage zu derselben Maßnahme den Weg zum CPTPP-Schiedsverfahren versperren.
Monat 1	Die Projektgesellschaft stellt der Provinz eine vertragliche Streitanzeige zu; die Muttergesellschaft stellt der Provinz, dem Justizministerium und dem Finanzministerium eine Streitanzeige nach dem BIT und einen Antrag auf Konsultationen nach dem CPTPP zu.
Monate 2 bis 6	Verhandlungen unter der Koordinierung nach Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg unter Teilnahme des Justizministeriums. Die Provinz gibt eine unabhängige Umweltprüfung in Auftrag.
Monat 6	Die Prüfung stellt behebbare Verstöße fest; die Provinz nimmt die Beendigung gegen einen Sanierungsplan, eine Erfüllungsbürgschaft und eine geänderte Tarifstruktur zurück. Die Muttergesellschaft übermittelt keine Anzeige der Klageabsicht.
Bei Scheitern der Gespräche	Die Projektgesellschaft hätte ein SIAC-Schiedsverfahren aus dem Vertrag eingeleitet, und die Muttergesellschaft hätte einen CPTPP-Anspruch erwogen (Anzeige der Klageabsicht mindestens 90 Tage vor Einreichung; Einreichung innerhalb von drei Jahren und sechs Monaten).

Die glaubwürdige Position des Investors nach dem Abkommen, die er Jahre zuvor durch das Halten der Beteiligung über eine singapurische Gesellschaft mit Substanz begründet hatte, trug mehr zum Vergleich bei als jede Klageeinreichung.

Hätte der Investor zunächst vor dem vietnamesischen Verwaltungsgericht geklagt, wäre der CPTPP-Weg nach Anhang 9-J verloren gewesen, während das BIT je nach seinem Wortlaut möglicherweise weiterhin zur Verfügung gestanden hätte.

Fragen von Investoren zu Ansprüchen gegen den Staat

Kann ein ausländischer Investor Vietnam vor einem internationalen Schiedsgericht verklagen?

Ja, auf Grundlage eines Abkommens, das Investor-Staat-Schiedsverfahren vorsieht, etwa der meisten der 45 geltenden bilateralen Investitionsschutzabkommen, des CPTPP und des umfassenden ASEAN-Investitionsabkommens, nach Ablauf der im Abkommen vorgesehenen Verhandlungsphase. Vietnam ist nicht Mitglied des ICSID; Ansprüche werden daher nach der UNCITRAL-Schiedsordnung oder anderen zulässigen Regeln verfolgt, und Schiedssprüche werden nach dem New Yorker Übereinkommen vollstreckt.

Was muss ich tun, bevor ich einen CPTPP-Anspruch gegen Vietnam erhebe?

Beantragen Sie Konsultationen, warten Sie sechs Monate ab Eingang beim beklagten Staat, übermitteln Sie mindestens 90 Tage vor Einreichung eine schriftliche Anzeige der Klageabsicht, verzichten Sie auf Parallelverfahren und reichen Sie den Anspruch innerhalb von drei Jahren und sechs Monaten ein. Nach Anhang 9-J schließt die vorherige Geltendmachung der Verletzung vor einem vietnamesischen Gericht oder Verwaltungsgericht ein Schiedsverfahren über denselben Anspruch aus.

Wer verteidigt Vietnam gegen einen Anspruch aus einem Investitionsschutzabkommen?

Nach Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg liegt die Federführung bei dem Ministerium oder dem Volkskomitee der Provinz, dessen Maßnahme angegriffen wird; das Justizministerium berät und koordiniert die Vertretung, und andere Ministerien wirken mit, darunter das Finanzministerium bei Zahlungen. Eine Streitanzeige sollte sowohl an das Justizministerium als auch an die betroffene Behörde gerichtet werden.

Kann ein PPP-Vertrag mit einer vietnamesischen Behörde ein SIAC-Schiedsverfahren vorsehen?

Ja. Nach Artikel 13 des Investitionsgesetzes geht die Streitigkeit eines ausländischen Investors mit einer staatlichen Behörde vor vietnamesische Schiedsgerichte oder Gerichte, sofern der Vertrag oder ein Abkommen nichts anderes vorsieht, und PPP-Verträge mit ausländischen Investoren oder deren Projektgesellschaften können ein internationales Schiedsverfahren vorsehen. Die Klausel muss vor der Unterzeichnung ausgehandelt werden.

Haben Investoren Ansprüche aus Abkommen gegen Vietnam gewonnen?

Selten. UNCTAD verzeichnet 13 bekannte Fälle: drei zugunsten des Staates entschieden, einer als zugunsten des Investors entschieden verzeichnet (Trinh Vinh Binh, 2019), zwei verglichen, einer eingestellt, einer mit einem Schiedsspruch unbekannten Ergebnisses und mehrere anhängig. Ein Vergleich während der Abkühlungsfrist ist das häufigere Ergebnis eines fundierten Anspruchs.

AUSBLICK AUF 2027

- Die Ratifizierung des Investitionsschutzabkommens EU-Vietnam durch die übrigen EU-Mitgliedstaaten würde dessen Investitionsgerichtssystem in Kraft setzen und nach einer Übergangszeit die BIT der Mitgliedstaaten ersetzen.
- Vietnam hat zu erkennen gegeben, dass es ältere BIT bevorzugt nach dem Vorbild des CPTPP neu verhandeln möchte, mit engeren Klauseln zur gerechten und billigen Behandlung und Ausnahmen für Steuern und Regulierung; Kündigungen oder Ersetzungen können den Schutz neuer Investitionen beeinflussen.
- Ein Beitritt zum ICSID-Übereinkommen wird immer wieder erörtert, ist aber nicht terminiert; bis dahin bleiben der Schiedsort eines Schiedsverfahrens aus einem Abkommen und das New Yorker Übereinkommen für die Vollstreckung von zentraler Bedeutung.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
International investment dispute	*Tranh chấp đầu tư quốc tế*	Eine Streitigkeit zwischen einem Investor und dem Staat auf Grundlage eines Investitionsschutzabkommens.
Investor-State dispute settlement	*Giải quyết tranh chấp giữa nhà đầu tư và Nhà nước*	Schiedsverfahren zwischen einem Investor und dem Gaststaat.
Notice of dispute	*Thông báo tranh chấp*	Die schriftliche Anzeige, mit der die Verhandlungsphase beginnt.
Notice of intent	*Thông báo ý định khởi kiện*	Die mindestens 90 Tage vor Einreichung zu übermittelnde Anzeige nach dem CPTPP.
Cooling-off period	*Thời hạn tham vấn, thương lượng*	Die vor einem Schiedsverfahren vorgeschriebene Verhandlungsphase.
Fork in the road	*Điều khoản lựa chọn một lần*	Eine Klausel, die die Wahl zwischen einem Verfahren vor Ort und einem Schiedsverfahren endgültig macht.
Public-private partnership contract	*Hợp đồng dự án PPP*	Ein Vertrag nach Gesetz Nr. 64/2020/QH14 zwischen einer Behörde und einem Investor.
Production sharing contract	*Hợp đồng chia sản phẩm dầu khí*	Der übliche Erdölvertrag.
State immunity	*Quyền miễn trừ của quốc gia*	Der Grundsatz, der staatliche Vermögenswerte vor der Vollstreckung durch ausländische Gerichte schützt.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Ansprüche aus Abkommen stehen allein ausländischen Investoren zu und hängen von Staatsangehörigkeit und Struktur ab. Ein vietnamesischer Investor oder eine Gesellschaft mit höchstens 50 % ausländischer Beteiligung trägt seine bzw. ihre Streitigkeiten mit dem Staat vor vietnamesischen Schiedsgerichten oder Gerichten sowie im Wege der Verwaltungsbeschwerde und vor den Verwaltungsgerichten aus; ihr ausländischer Minderheitsgesellschafter kann als mittelbarer Investor jedoch eigene Rechte aus einem Abkommen haben. Vertragsklauseln, die ein internationales Schiedsverfahren mit einer staatlichen Stelle vorsehen, sind nur möglich, wenn der Teil des Artikels 13 für ausländische Investoren anwendbar ist.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Zuerst vor einem vietnamesischen Gericht oder Verwaltungsgericht zu klagen: Nach CPTPP-Anhang 9-J schließt dies ein Schiedsverfahren über denselben Anspruch gegen Vietnam aus.
- Eine Umstrukturierung nach Entstehen der Streitigkeit, um Schutz nach einem Abkommen zu erlangen: Schiedsgerichte werten dies als Rechtsmissbrauch.
- Das Versäumen der CPTPP-Frist von drei Jahren und sechs Monaten oder der Verhandlungsphase eines BIT.
- Eine Streitanzeige nur an die Provinzbehörde zu senden, ohne das Justizministerium einzubeziehen.
- Einen PPP- oder anderen Vertrag mit dem Staat nur mit einer Klausel zugunsten vietnamesischer Gerichte zu akzeptieren, obwohl ein internationales Schiedsverfahren hätte ausgehandelt werden können.
- Von einem ICSID-Schiedsspruch auszugehen: Vietnam ist nicht Vertragspartei, daher kommt es auf den Schiedsort und die Vollstreckung nach dem New Yorker Übereinkommen an.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 143/2025/QH15, Artikel 13; Entscheidung Nr. 14/2020/QD-TTg; Gesetz Nr. 64/2020/QH14 über PPP-Investitionen — https://vbpl.vn
- UNCTAD Investment Dispute Settlement Navigator: Fälle gegen Viet Nam — https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/country/229/viet-nam
- UNCTAD Investment Policy Hub: internationale Investitionsabkommen Vietnams — https://investmentpolicy.unctad.org/international-investment-agreements/countries/229/viet-nam
- Justizministerium (Koordinierung bei der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten) — https://moj.gov.vn

Das VIFC-Gericht und spezialisierte Foren: das spezialisierte Gericht des Internationalen Finanzzentrums Vietnam nach Gesetz 150/2025, das internationale Schiedszentrum des Finanzzentrums und die Wege für Streitigkeiten in Arbeits-, Verwaltungs-, Steuer-, IP- und Wettbewerbssachen

Überprüft am 26. November 2026 · Verfasst von einem Wirtschaftsjuristen mit über 30 Jahren Erfahrung, davon fast 20 in Vietnam · Rechts- und Steuerinformationen, keine Rechtsberatung · So prüfen wir · In der App öffnen

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Gesetz Nr. 150/2025/QH15, verabschiedet am 11. Dezember 2025 und in Kraft seit dem 1. Januar 2026, hat in Ho-Chi-Minh-Stadt ein spezialisiertes Gericht des Internationalen Finanzzentrums Vietnam geschaffen, mit einem Gericht erster Instanz und einem Berufungsgericht, dessen Urteile ohne Kassation oder Wiederaufnahme endgültig sind.
- Das Gericht ist zuständig für Investitions- und Geschäftsstreitigkeiten, bei denen mindestens eine Partei Mitglied des Zentrums ist, für die Anerkennung ausländischer Urteile und Schiedssprüche mit Beteiligung eines Mitglieds und für die gerichtliche Unterstützung von Schiedsverfahren mit Beteiligung eines Mitglieds, ausgenommen Angelegenheiten, die staatliche oder öffentliche Interessen berühren; Englisch ist Arbeitssprache, und ausländische Richter sowie ausländische Rechtsanwälte können mitwirken.
- Die Verfahrensregeln des Gerichts sollen vom Richterrat des Obersten Volksgerichts erlassen werden, geplant ist der Abschluss bis zum 31. Dezember 2026; bis dahin steht das Gericht grundsätzlich zur Verfügung, ist aber noch nicht erprobt.
- Dekret Nr. 328/2025/ND-CP vom 18. Dezember 2025 sieht ein vom Justizminister zugelassenes internationales Schiedszentrum innerhalb des VIFC vor; bei Streitigkeiten mit Auslandsbezug ist die Wahl ausländischen Rechts zulässig, und die Parteien können in ihrer ursprünglichen Vereinbarung auf die Aufhebung verzichten.
- Arbeitsstreitigkeiten durchlaufen nach dem Arbeitsgesetzbuch (Gesetz Nr. 45/2019/QH14) Arbeitsmediation, Arbeitsschiedsverfahren oder Gerichte; Entscheidungen von Behörden, einschließlich steuerlicher Entscheidungen, werden im Wege der Beschwerde und vor dem Verwaltungsgericht nach Gesetz Nr. 93/2015/QH13 in geänderter Fassung angefochten.

Ein neues Forum für das Finanzzentrum

Das **Internationale Finanzzentrum Vietnam** (VIFC), ein einheitliches Zentrum mit Standorten in Ho-Chi-Minh-Stadt und Da Nang, wurde durch Resolution Nr. 222/2025/QH15 der Nationalversammlung mit Wirkung vom 1. September 2025 geschaffen und am 21. Dezember 2025 eröffnet (FAQ 69). Seine

rechtliche Ordnung, die Mitgliedschaft, die Devisenregeln und die finanziellen Anreize werden unter Projektfinanzierung, Sicherheiten und das Finanzzentrum erläutert. Zwei Streitbeilegungseinrichtungen sind Teil der Konzeption: ein durch Gesetz geschaffenes **spezialisiertes Gericht** und ein durch Regierungsdekret vorgesehenes **internationales Schiedszentrum**. Beide sollen ausländischen Investoren im Zentrum ein Forum bieten, das in englischer Sprache arbeitet, internationale Praxis anwendet und Streitigkeiten rasch entscheidet, eher nach dem Vorbild des Dubai International Financial Centre oder des Astana International Financial Centre als nach dem der ordentlichen Volksgerichte.

Beide sind neu, und ihr praktischer Wert hängt von Regeln und Ernennungen ab, die noch ausstehen. Dieser Abschnitt beschreibt, was das Recht Stand Oktober 2026 vorsieht und was ein Investor prüfen sollte, bevor er sich auf eine der beiden Einrichtungen verlässt.

Das spezialisierte Gericht nach Gesetz Nr. 150/2025/QH15

Gesetz Nr. 150/2025/QH15 über das spezialisierte Gericht am Internationalen Finanzzentrum wurde am 11. Dezember 2025 verabschiedet und trat am **1. Januar 2026** in Kraft. Das Gericht ist Teil des Systems der Volksgerichte in Ho-Chi-Minh-Stadt und besteht aus einem **Gericht erster Instanz**, einem **Berufungsgericht** und einem Unterstützungsapparat. Seine Zuständigkeit umfasst: Investitions- und Geschäftsstreitigkeiten zwischen Mitgliedern des Zentrums oder zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied; die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile und ausländischer Schiedssprüche in solchen Streitigkeiten in Vietnam; Anträge im Zusammenhang mit Handelsschiedsverfahren nach dem Schiedsverfahrensrecht, etwa zur Bestellung von Schiedsrichtern, zu vorläufigen Maßnahmen und zur Beweisaufnahme, wenn mindestens eine Partei Mitglied ist; sowie sonstige vom Obersten Volksgericht bestimmte Angelegenheiten, wenn mindestens eine Partei Mitglied ist. Angelegenheiten, die **staatliche Interessen oder das öffentliche Interesse** berühren, sind ausgenommen. Im Schrifttum wird die Zuständigkeit innerhalb ihres Anwendungsbereichs als ausschließlich beschrieben, sodass eine Handelsstreitigkeit eines Mitglieds, die sonst vor ein regionales Gericht ginge, vor das spezialisierte Gericht geht, sofern keine wirksame Schiedsvereinbarung eingreift. Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen dem spezialisierten Gericht und den Volksgerichten entscheidet der Gerichtspräsident, mit Beschwerde zum Obersten Volksgericht, dessen Entscheidung endgültig ist.

Das Verfahren weicht in wichtigen Punkten von der Zivilprozessordnung ab. **Englisch** ist Arbeitssprache: Verfahren und Urteile können allein in englischer Sprache oder in Englisch mit vietnamesischer Übersetzung geführt bzw. abgefasst werden. Eine Sache erster Instanz wird von einem Einzelrichter verhandelt oder bei komplexen Fällen auf Antrag der Parteien von einer Kammer mit drei Richtern; Berufungen werden von drei Richtern verhandelt, und kein Richter, der in erster Instanz mitgewirkt hat, darf an der Berufung mitwirken. **Berufungsurteile sind endgültig** und unterliegen anders als Urteile der ordentlichen Gerichte weder der Kassation noch der Wiederaufnahme. Richter können Vietnamesen oder **Ausländer** sein und müssen mindestens zehn Jahre Erfahrung mit Investitions- und Geschäftsstreitigkeiten sowie für die Rechtsprechung ausreichende Englischkenntnisse haben. Die Parteien können sich durch vietnamesische Rechtsanwälte oder durch **ausländische Rechtsanwälte** mit gültiger Zulassung einer ausländischen Behörde vertreten lassen, und eine juristische Person muss durch einen Rechtsanwalt vertreten werden, sofern die Verfahrensregeln nichts anderes vorsehen. Die Staatsanwaltschaft wirkt nicht mit. Einreichung, Zustellung, Zahlung von Gebühren, Beweisaufnahme und Verhandlungen können vollständig elektronisch erfolgen.

In der Sache können die Parteien von Geschäften mit Auslandsbezug **ausländisches Recht** oder internationale Handelsbräuche wählen, sofern das Ergebnis nicht gegen die öffentliche Ordnung Vietnams verstößt; Streitigkeiten über Eigentum und andere dingliche Rechte an Immobilien, einschließlich Miet- und Pachtverhältnissen und Sicherheiten daran, unterliegen dem Recht des Belegenheitsorts. Im Schrifttum zum Gesetz wird eine Verjährungsfrist von sechs Jahren ab dem auslösenden Ereignis genannt, die die Parteien in Grenzen, die durch die Verfahrensregeln zu klären sind, vertraglich ändern können. Die Verfahrenskosten umfassen Gerichtsgebühren und angemessene Anwaltskosten; sie werden von der antragstellenden Partei vorgestreckt und von der unterliegenden Partei getragen, sofern nichts anderes vereinbart ist, in einer vom Obersten Volksgericht gemeinsam mit dem Finanzministerium festzulegenden Höhe. Das Gericht erlässt eigene Vollstreckungsentscheidungen, die von einem bestimmten Vollstreckungsrichter durchgeführt werden.

Ab wann das Gericht nutzbar sein wird

Gesetz Nr. 150/2025/QH15 überlässt die Einzelheiten der **Besonderen Verfahrensordnung**, die durch Resolution des Richterrats des Obersten Volksgerichts zu erlassen ist. Der im Januar 2026 bekannt gewordene Umsetzungsplan des Obersten Volksgerichts sah den 31. März 2026 für ein Rundschreiben über die Ernennung der Richter, den 30. Juni 2026 für Regelungen zu Gebühren und Kosten, Vollstreckung und richterlicher Ethik und den **31. Dezember 2026** für die Verfahrensregeln selbst vor. Bis die Regeln in Kraft und die Richter ernannt sind, sollte das Gericht als grundsätzlich verfügbar, aber unerprobt gelten, und ein Investor sollte es in einem Vertrag nicht ohne Auffanglösung als einziges Forum wählen (Projektfinanzierung, Sicherheiten und das Finanzzentrum).

Für Verträge, die Mitglieder des Zentrums jetzt schließen, bietet es sich in der Praxis an, ein Schiedsverfahren zu wählen, sei es beim VIAC, beim VIFC-Schiedszentrum, sobald es tätig ist, oder bei einer ausländischen Institution, und sich für unterstützende Funktionen und für die Anerkennung von Schiedssprüchen mit Beteiligung eines Mitglieds, die es ohnehin übernehmen wird, auf das spezialisierte Gericht zu stützen. Bevorzugen die Parteien ein Gerichtsverfahren, sollte eine Klausel zugunsten des spezialisierten Gerichts die Partei, die Mitglied ist, benennen und regeln, was gilt, wenn das Gericht die Sache noch nicht verhandeln kann.

Das internationale VIFC-Schiedszentrum

Dekret Nr. 328/2025/ND-CP vom 18. Dezember 2025, eines von acht Dekreten zur Durchführung der Resolution Nr. 222/2025/QH15, sieht ein **internationales Schiedszentrum** innerhalb des VIFC vor. Das Schiedszentrum muss eine unabhängige juristische Person mit Sitz innerhalb des Gebiets des Finanzzentrums sein und vom Justizminister zugelassen werden. Es entscheidet Investitions- und Handelsstreitigkeiten aus Tätigkeiten am VIFC, wenn die Parteien seine Zuständigkeit vereinbaren; ausgenommen sind Streitigkeiten über Verwaltungsentscheidungen und -handlungen, Arbeitsstreitigkeiten, Streitigkeiten über Persönlichkeitsrechte und Angelegenheiten, über die bereits ein Gericht oder eine zuständige Behörde entschieden hat. Parteien von Streitigkeiten mit Auslandsbezug können ausländisches Recht wählen, sofern es nicht gegen die Grundprinzipien des vietnamesischen Rechts verstößt, und das Schiedsgericht kann internationale Handelsbräuche anwenden; Englisch kann verwendet werden. Das spezialisierte Gericht unterstützt die

Schiedsverfahren, indem es Schiedsrichter bestellt, wenn sich die Parteien nicht einigen können, bei Beweismitteln und Zeugen hilft, vorläufige Maßnahmen anordnet und mit dem Zentrum verbundene ausländische Schiedssprüche anerkennt.

Das markanteste Merkmal des Dekrets ist der **Verzicht auf die Aufhebung**: Die Parteien können in der ursprünglichen Schiedsvereinbarung ausdrücklich auf ihr Recht verzichten, die Aufhebung des Schiedsspruchs bei Gericht zu beantragen; in diesem Fall ist der Schiedsspruch ab Erlass endgültig und vollstreckbar, es sei denn, die Schiedsvereinbarung ist nach Artikel 18 des Gesetzes über Handelsschiedsverfahren nichtig oder der Verzicht wurde erst nach Einreichung eines Aufhebungsantrags erklärt. Im Schrifttum wurde angemerkt, dass die eigene Verfahrensordnung des Schiedszentrums bei Inkrafttreten des Dekrets noch nicht veröffentlicht war, sodass für Verfahren hilfsweise das Gesetz über Handelsschiedsverfahren und die Resolution gelten würden. Dieser Leitfaden konnte nicht bestätigen, dass das Schiedszentrum Stand Oktober 2026 Fälle annimmt; ein Investor sollte dessen Zulassung, Verfahrensordnung und Schiedsrichterliste prüfen, bevor er es in einer Klausel benennt, und einen Verzicht auf die Aufhebung nicht ohne Beratung mit einer unerprobten Institution verbinden.

Arbeitsstreitigkeiten

Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fallen nicht unter das Handelsschiedsverfahren und richten sich nach dem **Arbeitsgesetzbuch** (Gesetz Nr. 45/2019/QH14). Eine individuelle Arbeitsstreitigkeit geht zunächst an einen von der Arbeitsbehörde der Provinz, die heute zum System des Innenministeriums gehört, bestellten Arbeitsmediator und ist innerhalb von fünf Arbeitstagen abzuschließen; ausgenommen sind Streitigkeiten über disziplinarische Entlassung, einseitige Beendigung, Zahlungen bei Beendigung, Versicherungen und bestimmte weitere Fälle, die unmittelbar vor Gericht gebracht werden können; scheitert die Mediation, können die Parteien vereinbaren, die Streitigkeit dem **Arbeitsschiedsrat** der Provinz vorzulegen, oder jede Partei kann vor Gericht klagen (Artikel 187 bis 190). Die Verjährungsfristen betragen sechs Monate für die Mediation, neun Monate für das Schiedsverfahren und ein Jahr für Gerichtsverfahren. Kollektive Rechts- und Regelungsstreitigkeiten folgen eigenen Wegen, und nur eine Regelungsstreitigkeit kann zu einem rechtmäßigen Streik führen, über dessen Rechtmäßigkeit das regionale Gericht entscheidet. Diese Regeln und ihre praktischen Folgen für einen ausländischen Arbeitgeber werden unter Innerbetriebliche Arbeitsordnung, Gewerkschaften und Streitigkeiten und, zur Beendigung, unter Beendigung, Abfindung und betriebsbedingte Kündigung dargestellt (FAQ 58).

Verwaltungs- und Steuerstreitigkeiten

Eine Entscheidung einer staatlichen Behörde, mit der eine Lizenz verweigert oder widerrufen, ein Investitionsprojekt beendet, eine Verwaltungssanktion verhängt, Steuern festgesetzt oder Land zurückgenommen wird, kann auf zwei Wegen angefochten werden, die nacheinander beschritten werden können. Der erste ist eine **Verwaltungsbeschwerde** nach dem Beschwerdegesetz bei der Behörde, die die Entscheidung erlassen hat, in der Regel innerhalb von 90 Tagen nach deren Erhalt, und anschließend bei der nächsthöheren Ebene, wenn die Beschwerde zurückgewiesen oder nicht fristgerecht beschieden wird. Der zweite ist eine **Verwaltungsklage** nach dem Verwaltungsprozessgesetz (Gesetz Nr. 93/2015/QH13, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15), in

der Regel innerhalb eines Jahres nach Erhalt der Entscheidung; seit dem 1. Juli 2025 werden Verwaltungssachen in erster Instanz von den neu organisierten regionalen und Provinzgerichten verhandelt. Gesetz Nr. 58/2020/QH14 ermöglicht einen Dialog zwischen Kläger und Behörde vor Annahme der Klage. Die Entscheidung bleibt während der Anfechtung in der Regel vollziehbar, sodass ein Investor sie unter Vorbehalt befolgen muss.

Steuerstreitigkeiten folgen diesem Weg mit den Sonderregeln des Gesetzes Nr. 108/2025/QH15 über die Steuerverwaltung: eine Beschwerde bei der Steuerbehörde in der Regel innerhalb von 90 Tagen, eine zweite Beschwerde oder eine Verwaltungsklage und in der Zwischenzeit die Zahlung der festgesetzten Steuer mit Erstattung bei erfolgreicher Anfechtung; abkommensrechtliche Fragen können zudem in das Verständigungsverfahren gebracht werden (FAQ 30; Steuerverwaltung, Betriebsprüfungen und Streitigkeiten). Verstößt eine Verwaltungsmaßnahme zugleich gegen ein Investitionsschutzabkommen, kann die Wahl einer Verwaltungsklage den Weg nach dem Abkommen aufgrund einer Fork-in-the-road-Klausel wie CPTPP-Anhang 9-J versperren (Investor-Staat-Streitigkeiten und Ansprüche aus Abkommen).

Geistiges Eigentum und Wettbewerb

Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums können im Wege der verwaltungsrechtlichen Durchsetzung durch Inspektionen, Marktüberwachung und Zoll, im Zivilverfahren auf Unterlassung und Schadensersatz und bei schwerwiegender Produktfälschung durch Strafverfolgung verfolgt werden. Seit dem 1. Juli 2025 werden zivilrechtliche IP-Sachen in erster Instanz von den **Gerichten für geistiges Eigentum des Regionalen Volksgerichts Nr. 2 in Hanoi und des Regionalen Volksgerichts Nr. 1 in Ho-Chi-Minh-Stadt** verhandelt, mit Berufung zu den Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt. Streitigkeiten über die Erteilung, Gültigkeit oder Nichtigerklärung registrierter Rechte gehen zunächst an das Amt für geistiges Eigentum (IP Viet Nam). Lizenz- und Technologietransferstreitigkeiten zwischen Unternehmen sind Handelssachen und schiedsfähig. Die Wahl zwischen verwaltungsrechtlicher und gerichtlicher Durchsetzung und die erforderlichen Beweismittel werden unter Durchsetzung von IP-Rechten und Bekämpfung von Produktfälschungen erläutert (FAQ 84).

Wettbewerbssachen, einschließlich Ermittlungen wegen Kartellen und Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung, Fusionskontrolle und privater Beschwerden, werden von der **Nationalen Wettbewerbskommission** nach dem Wettbewerbsgesetz Nr. 23/2018/QH14 bearbeitet, deren Entscheidungen in den Verfahren dieses Gesetzes und anschließend vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden können; Schadensersatz wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens kann vor den Zivilgerichten geltend gemacht werden. Anmeldeschwellen, Verfahren und Sanktionen werden unter Fusionskontrolle und Wettbewerbsrecht behandelt (FAQ 87).

Vor der Wahl des VIFC-Gerichts oder des VIFC-Schiedszentrums

Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses zu prüfende Punkte; mehrere hängen von Regelungen ab, die 2026 noch erlassen werden.

- [ ] **Mitgliedschaft**
  Vergewissern Sie sich, dass mindestens eine Partei registriertes Mitglied des VIFC ist und bleiben wird; die Zuständigkeit hängt davon ab.
- [ ] **Streitgegenstand**
  Vergewissern Sie sich, dass es sich um eine Investitions-oder Geschäftsstreitigkeit handelt, die keine staatlichen oder öffentlichen Interessen berührt, da diese ausgenommen sind.
- [ ] **Verfahrensregeln**
  Prüfen Sie, ob das Oberste Volksgericht die Besondere Verfahrensordnung erlassen und Richter ernannt hat; sehen Sie bis dahin ein Auffangforum vor.
- [ ] **Stand des Schiedszentrums**
  Prüfen Sie Zulassung, Verfahrensordnung, Gebührenordnung und Schiedsrichterliste des internationalen VIFC-Schiedszentrums, bevor Sie es benennen.
- [ ] **Verzicht auf die Aufhebung**
  Entscheiden Sie bewusst, ob Sie nach Dekret Nr. 328/2025/ND-CP auf die Aufhebung verzichten; der Verzicht muss ausdrücklich und in der ursprünglichen Vereinbarung erklärt werden.
- [ ] **Anwendbares Recht**
  Ausländisches Recht ist für Geschäfte mit Auslandsbezug zulässig, nicht jedoch für dingliche Rechte an Immobilien.
- [ ] **Vertretung und Sprache**
  Stellen Sie sich auf ein Verfahren in englischer Sprache ein und klären Sie, ob ausländische Prozessbevollmächtigte auftreten werden, bei Bedarf zusammen mit einem vietnamesischen Rechtsanwalt.
- [ ] **Vollstreckung**
  Prüfen Sie, wo sich die Vermögenswerte der Gegenpartei befinden und wie ein Urteil oder Schiedsspruch des VIFC innerhalb und außerhalb des Zentrums gegen sie vollstreckt werden kann.

Spezialisierte Foren im Überblick (Oktober 2026)

Streitigkeit	Forum	Kernregel	Quelle
Geschäftsstreitigkeit mit Beteiligung eines VIFC-Mitglieds	Spezialisiertes VIFC-Gericht (erste Instanz und Berufung)	Englisch; ausländische Richter und Rechtsanwälte; Berufung endgültig; Verfahrensregeln bis Ende 2026 erwartet	Gesetz Nr. 150/2025/QH15

Streitigkeit	Forum	Kernregel	Quelle
Schiedsverfahren in Streitigkeiten mit VIFC-Bezug	Internationales VIFC-Schiedszentrum	Ausländisches Recht zulässig; optionaler Verzicht auf die Aufhebung	Dekret Nr. 328/2025/ND-CP
Individuelle Arbeitsstreitigkeit	Arbeitsmediator; Arbeitsschiedsrat; Gericht	Zuerst Mediation, mit Ausnahmen; Fristen von 6, 9 und 12 Monaten	Arbeitsgesetzbuch Nr. 45/2019/QH14, Art. 187 bis 190
Verwaltungsentscheidung	Beschwerde; Verwaltungsgericht	Beschwerde in der Regel binnen 90 Tagen; Klage in der Regel binnen 1 Jahr	Beschwerdegesetz; Gesetz Nr. 93/2015/QH13 in geänderter Fassung
Steuerfestsetzung	Beschwerde bei der Steuerbehörde; Verwaltungsgericht; Verständigungsverfahren	Steuer ist zwischenzeitlich zu zahlen	Gesetz Nr. 108/2025/QH15
IP-Verletzung (zivilrechtlich)	IP-Gerichte des Regionalgerichts Nr. 2 Hanoi und Nr. 1 Ho-Chi-Minh-Stadt	Berufung zu den Wirtschaftskammern in Hanoi oder Ho-Chi-Minh-Stadt	Zivilprozessordnung, geändert durch Gesetz Nr. 85/2025/QH15
Wettbewerb	Nationale Wettbewerbskommission; Verwaltungsgericht	Schadensersatz vor den Zivilgerichten	Gesetz Nr. 23/2018/QH14
Insolvenz	Bestimmte regionale Gerichte in Hanoi, Da Nang und Ho-Chi-Minh-Stadt	Sanierungs- und Konkursverfahren	Gesetz Nr. 142/2025/QH15

RECHENBEISPIEL

Ein singapurischer Fondsmanager im VIFC wählt sein Streitbeilegungsforum

Ein singapurischer Fondsmanager lässt eine vietnamesische Tochtergesellschaft als Mitglied des VIFC in Ho-Chi-Minh-Stadt registrieren und unterzeichnet mit einem vietnamesischen Immobilienentwickler, der kein Mitglied ist, eine Co-Investment-Vereinbarung über 15 Mio. USD. Zur Veranschaulichung; Sachverhalt und Optionen sind vereinfacht.

Prüfung der Zuständigkeit	Eine Partei ist Mitglied, und die Streitigkeit wäre eine Geschäftsstreitigkeit ohne staatliches Interesse, sodass das spezialisierte Gericht nach Gesetz Nr. 150/2025/QH15 zuständig wäre.
Stand im März 2026	Die Verfahrensregeln des Gerichts sind noch nicht erlassen, und es wurden noch keine ausländischen Richter ernannt; das internationale VIFC-Schiedszentrum hat keine Verfahrensordnung veröffentlicht.

Anwendbares Recht	Für die Co-Investment-Vereinbarung wird singapurisches Recht gewählt (Auslandsbezug liegt vor); für die dinglichen Rechte am Grundstück des Projektentwicklers, das als Sicherheit dient, gilt zwingend vietnamesisches Recht.
Gewähltes Forum	SIAC-Schiedsverfahren mit Schiedsort Singapur, Verfahrenssprache Englisch, drei Schiedsrichter; das spezialisierte Gericht wird für vorläufige Maßnahmen und die Anerkennung in Vietnam benannt, sobald es tätig ist, und das regionale Gericht als Auffangforum.
Warum nicht allein das VIFC-Gericht	Das Verfahren ist 2026 unerprobt, und die Vermögenswerte des Projektentwicklers befinden sich in Vietnam außerhalb des Zentrums, sodass die Vollstreckung ohnehin über vietnamesische Vollstreckungsstellen laufen würde.
Überprüfungsklausel	Die Parteien vereinbaren, die Forumsklausel 2027 zu überprüfen, wenn die Verfahrensregeln des Gerichts und die Verfahrensordnung des Schiedszentrums voraussichtlich vorliegen.

Wäre auch der Projektentwickler Mitglied gewesen und wären die Verfahrensregeln des Gerichts in Kraft gewesen, hätte eine Klausel zugunsten des englischsprachigen VIFC-Gerichts mit endgültiger Berufung eine glaubwürdige Alternative zu einem Schiedsverfahren im Ausland dargestellt.

Ein Verzicht auf die Aufhebung nach Dekret Nr. 328/2025/ND-CP wurde erwogen und verworfen, solange die Verfahrensordnung des Schiedszentrums unveröffentlicht war.

Fragen von Investoren zum VIFC-Gericht und zu spezialisierten Foren

Was ist das spezialisierte VIFC-Gericht?

Ein durch Gesetz Nr. 150/2025/QH15 geschaffenes Gericht, in Kraft seit dem 1. Januar 2026, mit Sitz in Ho-Chi-Minh-Stadt, das Geschäftsstreitigkeiten verhandelt, an denen mindestens ein Mitglied des Internationalen Finanzzentrums Vietnam beteiligt ist. Es arbeitet in englischer Sprache, kann ausländische Richter einbeziehen, lässt ausländische Rechtsanwälte auftreten, und seine Berufungsurteile sind ohne Kassation endgültig.

Kann das VIFC-Gericht schon jetzt Fälle verhandeln?

Grundsätzlich ja, doch der Abschluss seiner Besonderen Verfahrensordnung, die vom Richterrat des Obersten Volksgerichts zu erlassen ist, war bis zum 31. Dezember 2026 geplant, und im Laufe des Jahres 2026 wurden noch Richter ernannt. Solange die Regeln nicht in Kraft sind, sollten sich Verträge nicht auf das Gericht als einziges Forum stützen.

Hat das VIFC ein eigenes Schiedszentrum?

Dekret Nr. 328/2025/ND-CP sieht ein vom Justizminister zugelassenes internationales Schiedszentrum innerhalb des VIFC vor, bei dem die Wahl ausländischen Rechts zulässig ist und in der ursprünglichen Vereinbarung auf die Aufhebung verzichtet werden kann. Seine Verfahrensordnung und sein Betriebsstatus sollten geprüft werden, bevor es in einem Vertrag benannt wird.

Wie fechte ich eine Entscheidung einer vietnamesischen Behörde an?

Durch eine Verwaltungsbeschwerde bei der erlassenden Behörde, in der Regel innerhalb von 90 Tagen, und anschließend bei der nächsthöheren Ebene, oder durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht nach Gesetz Nr. 93/2015/QH13, in der Regel innerhalb eines Jahres. Die Entscheidung bleibt in der Zwischenzeit in der Regel vollziehbar, sodass sie möglicherweise unter Vorbehalt befolgt werden muss.

Welches Gericht verhandelt Sachen des geistigen Eigentums?

Seit dem 1. Juli 2025 werden zivilrechtliche IP-Sachen in erster Instanz von den Gerichten für geistiges Eigentum des Regionalen Volksgerichts Nr. 2 in Hanoi und des Regionalen Volksgerichts Nr. 1 in Ho-Chi-Minh-Stadt verhandelt, mit Berufung zu den Wirtschaftskammern der Volksgerichte von Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt.

AUSBLICK AUF 2027

- Der für den 31. Dezember 2026 geplante Erlass der Besonderen Verfahrensordnung des VIFC-Gerichts und die Ernennung der ersten ausländischen Richter würden das Gericht 2027 nutzbar machen; prüfen Sie vor Vertragsschluss die Bekanntmachungen des Obersten Volksgerichts.
- Die Zulassung und die Verfahrensordnung des internationalen VIFC-Schiedszentrums nach Dekret Nr. 328/2025/ND-CP sowie die erste Nutzung des Verzichts auf die Aufhebung werden darüber entscheiden, ob es zu einer echten Alternative zum VIAC und zu Singapur wird.
- Die Mitgliedschaft im VIFC wächst, seit im August 2026 die Online-Registrierung eröffnet wurde, wodurch sich der Kreis der Streitigkeiten erweitert, die in die Zuständigkeit des spezialisierten Gerichts fallen.

Begriffe, denen Sie in den Unterlagen begegnen

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
International Financial Centre	*Trung tâm tài chính quốc tế*	Das VIFC in Ho-Chi-Minh-Stadt und Da Nang.
Specialised court	*Tòa án chuyên biệt tại Trung tâm tài chính quốc tế*	Das durch Gesetz Nr. 150/2025/QH15 geschaffene Gericht.
Specialised Rules of Procedure	*Quy tắc tố tụng của Tòa án chuyên biệt*	Die vom Obersten Volksgericht zu erlassenden Verfahrensregeln.
International arbitration centre	*Trung tâm trọng tài quốc tế*	Die Schiedsinstitution des VIFC nach Dekret Nr. 328/2025/ND-CP.
Labour arbitration council	*Hội đồng trọng tài lao động*	Das Gremium der Provinz, das Arbeitsstreitigkeiten im Schiedsweg entscheidet.

Englisch	Vietnamesisch	Bedeutung
Administrative complaint	*Khiếu nại hành chính*	Eine Beschwerde bei der Behörde, die eine Entscheidung erlassen hat.
Administrative lawsuit	*Khởi kiện vụ án hành chính*	Eine gerichtliche Anfechtung einer Verwaltungsentscheidung.
National Competition Commission	*Ủy ban Cạnh tranh Quốc gia*	Die Wettbewerbsbehörde nach Gesetz Nr. 23/2018/QH14.

AUSLÄNDISCHE UND VIETNAMESISCHE INVESTOREN IM VERGLEICH

Für das VIFC-Gericht und das VIFC-Schiedszentrum kommt es auf die Mitgliedschaft im Zentrum an, nicht auf die Staatsangehörigkeit: Ein vietnamesisches Mitglied hat denselben Zugang wie ein ausländisches, und ein ausländisches oder vietnamesisches Nichtmitglied unterliegt der Zuständigkeit des Gerichts, wenn es mit einem Mitglied Geschäfte tätigt. Die Foren für Arbeits-, Verwaltungs-, Steuer-, IP- und Wettbewerbssachen gelten für alle Unternehmen gleichermaßen; zusätzlich steht einem ausländischen Investor ein Anspruch aus einem Abkommen offen, wenn eine Verwaltungsmaßnahme gegen ein Investitionsschutzabkommen verstößt, was vor Erhebung einer Verwaltungsklage abzuwägen ist.

WORAUF SIE ACHTEN SOLLTEN

- Die Wahl des VIFC-Gerichts als einziges Forum, bevor seine Verfahrensregeln in Kraft sind.
- Ein Verzicht auf die Aufhebung nach Dekret Nr. 328/2025/ND-CP, ohne die Verfahrensordnung und die Schiedsrichterliste des Schiedszentrums geprüft zu haben.
- Die Wahl ausländischen Rechts für dingliche Rechte an Immobilien, die dem Recht des Belegenheitsorts unterliegen.
- Das Versäumen der 90-tägigen Beschwerdefrist oder der einjährigen Frist für eine Verwaltungsklage.
- Die Erhebung einer Verwaltungsklage, die aufgrund einer Fork-in-the-road-Klausel den Weg nach einem Abkommen versperrt.
- Eine Streitigkeit mit einem Arbeitnehmer als Handelssache zu behandeln: Arbeitsstreitigkeiten können nicht in ein Handelsschiedsverfahren gebracht werden.

AMTLICHE QUELLEN

- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Gesetz Nr. 150/2025/QH15 über das spezialisierte Gericht am Internationalen Finanzzentrum — https://vbpl.vn
- Regierungsportal: Resolution Nr. 222/2025/QH15 und Dekret Nr. 328/2025/ND-CP über das internationale Schiedszentrum — https://chinhphu.vn
- Oberstes Volksgericht (Umsetzung des spezialisierten Gerichts und Gerichte für geistiges Eigentum) — https://www.toaan.gov.vn
- Nationale Rechtsdatenbank (vbpl.vn): Arbeitsgesetzbuch Nr. 45/2019/QH14; Verwaltungsprozessgesetz Nr. 93/2015/QH13; Wettbewerbsgesetz Nr. 23/2018/QH14 — https://vbpl.vn